

# בבית בסקסוניה-אנהאלט

## Zu Hause in Sachsen-Anhalt

### Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung



## KOOPERATIONS- PARTNER



Mit der Reihe **Quellen**  nah präsentiert das Landesarchiv Sachsen-Anhalt Bausteинhefte zur historischen Bildungsarbeit.

Die ersten sechs Hefte führen in eine kritische, multiperspektivische Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts ein. Diese Bausteинhefte thematisieren Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus bzw. in der DDR.

**Heft 1: Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus**

**Heft 2: Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus**

**Heft 3: Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus**

**Heft 4: Repression und Handlungsspielräume in der DDR**

**Heft 5: Jugend und Erziehung in der DDR**

**Heft 6: Wirtschaft und Arbeit in der DDR**

Das siebte Heft thematisiert mit epochenübergreifenden Quellen die jüdisch-deutsche Geschichte als eine Entwicklung vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

**Heft 7: בבית בסקסוניה-אנהאלט**

**Zu Hause in Sachsen-Anhalt**

**Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung**

Die Hefte 1 bis 7 werden in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht.

**Digitales  
Angebot**

Unter <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/>

[onlineangebote/quellennah/](https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah/) können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



*... oder einfach den  
QR-Code scannen.*

Quellen  nah

Heft 7

*Christina Wirth*

בבית בסקסוניה-אנהאלט  
**Zu Hause in Sachsen-Anhalt**

**Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung,  
Selbstbehauptung und Anerkennung**

Magdeburg 2022

Gefördert durch:



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat



JÜDISCHES LEBEN  
IN DEUTSCHLAND

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**Herausgeber**

Landesarchiv Sachsen-Anhalt  
Brückstraße 2  
39114 Magdeburg  
Tel.: (0391) 59806-0  
Fax: (0391) 59806-600  
E-Mail: [poststelle@la.sachsen-anhalt.de](mailto:poststelle@la.sachsen-anhalt.de)  
Internet: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de>

**Redaktion**

Dr. Riccarda Henkel und Dr. Björn Schmalz

**Gestaltung**

Druckerei Mahnert GmbH  
Hertzstraße 3  
06449 Aschersleben

**Druck**

Saxoprint GmbH  
Enderstraße 92c  
01277 Dresden

# Inhalt

	Seite
Vorwort	4
Einleitung	6
Didaktischer Kommentar	7
Ortsübersicht	10
Quellenübersicht	11
Außerschulische Lern- und Gedenkorte	24
Weiterführende Literatur und Informationen	27
<hr/>	
<b>Ansiedlung und Vertreibung</b>	29
<b>Teilhabe und Ausgrenzung</b>	43
<b>Selbstbild und Selbstbehauptung</b>	58
<b>Nach Auschwitz</b>	76
<hr/>	
Glossar	92
Methodenteil – Einführung zur Arbeit mit Archivquellen	97

## Vorwort

Im Jahr 2021 hat das Landesarchiv Sachsen-Anhalt die ersten sechs Bausteine der neuen Reihe **Quellen** nah veröffentlicht. Dieser konsequente Einstieg in die historische Bildungsarbeit vermittelt regionale und lokale Geschichte der beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Hierfür präsentieren die Bausteine neben umfangreichen Hintergrundinformationen mehr als 300 Quellen, die überwiegend aus den Beständen des Landesarchivs stammen und Einblick in die dichte archivische Überlieferung bieten.

Parallel zum Projekt „Außerschulischer Lernort Landesarchiv Sachsen-Anhalt“, aus dem die **Quellen** nah-Reihe resultierte, wurde im Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ das Projekt „Jüdisches Leben als Baustein ganzheitlicher Bildung“ vorbereitet und umgesetzt. Projektziel war die Auseinandersetzung mit regionaler jüdisch-deutscher Geschichte in einer ganzheitlich orientierten historischen Bildungsarbeit. Diese unterstützt die Wahrnehmung von jüdischem Leben als Teil der Identität Sachsen-Anhalts sowie der individuellen Heimatgeschichten und fördert interkulturelle Kompetenz.

Der vorliegende **Quellen** nah-Baustein lädt Pädagog:innen zu einer fächerübergreifenden Beschäftigung mit der vielfältigen jüdisch-deutschen Geschichte ein. Mit umfangreichen Hintergrundinformationen und Hinweisen, insbesondere zu antisemitischer Sprache und Stereotypen, sollen Hemmschwellen abgebaut werden. Das Landesarchiv unterstützt dabei ein neues Narrativ der Geschichte von Jüdinnen und Juden, das nicht mit der Shoah endet, und leistet zugleich einen Beitrag zur Antisemitismusprävention.

Ergänzende Angebote des Landesarchivs Sachsen-Anhalt weisen den Weg zu den Quellen zum jüdischen Leben (<https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/juedisches-leben-in-sachsen-anhalt-eine-archivische-spurensuche/uebersicht/>).

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt stellt die von ihm verwahrten Quellen allen Nutzungsinteressierten für ergebnisoffene, individuelle Auseinandersetzungen mit historischen Themen zur Verfügung. In einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft ist der Zugang zu öffentlichem Archivgut grundsätzlich frei. Damit die Bürger:innen von diesem Recht umfassend Gebrauch machen können, müssen sie die Möglichkeiten des Archivzugangs kennen und sich kritisch mit historischen Themen auseinandersetzen können.

Die Arbeit mit originalen Quellen bietet einen einzigartigen Zugang zur Geschichte. Mit der Reihe **Quellen** nah wird Lehrkräften der Zugang zu den Archivquellen erleichtert, die den Ausgangspunkt zur Auseinandersetzung mit regionaler wie lokaler Geschichte im Schulunterricht bieten. Das Landesarchiv trägt so zur Identitätsbildung eines geschichtsträchtigen, aber noch jungen Bundeslandes bei. Schüler:innen und allen historisch Interessierten wird der Weg in die Archive und der Zugriff auf die dort verwahrten Quellen erleichtert.

Archive als außerschulische Lernorte machen Vergangenheit auf vielfältige Weise erfahrbar. Die Kooperation von Schulen, Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit und Archiven verlangt ein besonderes Engagement aller Beteiligten. Doch durch die Befähigung zum selbständigen Arbeiten mit Archivalien leistet die Archivpädagogik einen zentralen Beitrag zum kritischen Umgang mit Quellen und Informationen. Die souveräne, eigenständige Auseinandersetzung mit historischen Themen ermöglicht eine kritische Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs und fördert so die demokratische und pluralistische Gesellschaft.

Wie begegnen Schulen und diejenigen, die in unserem Land für Bildung Verantwortung tragen, dieser Herausforderung?

Die sorgfältig aus dem Landesarchiv erarbeiteten Materialien und Quellentexte bieten zur Geschichte jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt vielschichtige didaktisch-methodische Zugänge. Zahlreiche Bezüge zu Fachlehrplänen sowie Informationen zu außerschulischen Lern- und Gedenkorten versetzen Lehrkräfte in die Lage, das breite Themenspektrum in den Unterricht einzubinden. Vorrangig sind dabei die Fachlehrpläne Geschichte und Sozialkunde für Sekundarschulen sowie Gymnasien im Blick. Zusätzlich werden inhaltliche Anregungen für die historische Bildungsarbeit geboten. Darüber hinaus öffnen sich wertvolle Perspektiven, thematische Vertiefungen auch in anderen Fächern wie beispielsweise im Religions-, Ethik oder Sozialkundeunterricht einzubringen.

Der Einsatz dieser Materialien wird mit verschiedenen Fortbildungsformaten des Landesinstituts für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) begleitet. Der unterrichtliche Umgang mit der historischen Dimension jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsorientierten Bildung.

Die Landeszentrale für politische Bildung bietet im Rahmen ihrer Bildungsarbeit Projekte, Veranstaltungen, Handreichungen und Materialien zum Thema Jüdisches Leben. Teil dieser Bildungsarbeit ist die Zusammenarbeit mit Zeitzeug:innen des Holocaust. Dazu wurden verschiedene Bildungsmaterialien für die Erwachsenenbildung aber auch für die schulische Bildung einschließlich von Lehrer:innenhandreichungen erstellt, die unter <https://lpb.sachsen-anhalt.de/> abgerufen werden können. Das Literaturangebot der Landeszentrale mit vielfältigen Themen steht allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Bundeslandes zur Nutzung offen <https://lpb.sachsen-anhalt.de/service/literaturangebot/>.

Für die Arbeit der Landeszentrale sind deshalb neu erschlossene regionale Quellen aus unseren

Archiven gerade zum Thema jüdisches Leben unentbehrlich, um die Bildungsarbeit auch in den verschiedenen Regionen unseres Bundeslandes so authentisch wie möglich werden zu lassen.

Das Projekt „Jüdisches Leben als Baustein ganzheitlicher Bildung“ wurde vom Landesarchiv Sachsen-Anhalt als Projektpartner des Vereins 321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V. mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat realisiert.

Die Veröffentlichung dieses **Quellen**  nah-Heftes erfolgt in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung und der Landeszentrale für politische Bildung.

**Dr. Detlev Heiden**

Leiter des Landesarchivs  
Sachsen-Anhalt

**Maik Reichel**

Direktor der Landeszentrale  
für politische Bildung  
Sachsen-Anhalt

**Thomas Schödel**

Direktor des Landesinstituts  
für Schulqualität und  
Lehrerbildung Sachsen-Anhalt



Thomas Schödel, Maik Reichel und Dr. Detlev Heiden, Foto: Viktoria Kühne

## Einleitung

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt begreift sich als Kulturgut sicherndes und zugänglich machendes historisches Gedächtnis des Landes sowie als bürgerorientierter Informationsdienstleister. Unsere vielfältigen Angebote haben wir mit der Reihe **Quellen** nah um den Bereich der historischen Bildungsarbeit erweitert.

Die neue Reihe trägt zur Erinnerungskultur und Demokratieförderung bei, mit dem vorliegenden Heft auch zur Antisemitismusprävention. **Quellen** nah präsentiert sorgfältig ausgewählte und didaktisch aufbereitete Materialien, die zur Arbeit mit den Quellen aus der Region motivieren und zum Archivbesuch einladen sollen.

Die Bausteinhefte bieten Lehrer:innen, Schüler:innen und allen Interessierten multiperspektivische Zugänge zur Geschichte und ihren Deutungsmöglichkeiten – das vorliegende Heft regt dabei ein neues Narrativ über Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt an.

Eine eng begrenzte regionale Quellenauswahl mit konsequenter Orientierung an ausgewählten Themenschwerpunkten ermöglicht eine intensive, direkte und quellenkritische Auseinandersetzung mit der historischen Überlieferung. Die historischen Dokumente sind so aufbereitet, dass die jeweiligen Archivalien in den Entstehungskontext eingeordnet sowie die Komplexität und Ambivalenz historischer Entwicklungen nachvollzogen werden können.

Auch dieses Bausteinheft beginnt mit einem didaktischen Kommentar, in dem Christina Wirth die Idee eines neuen Narrativs zur Geschichte der Jüdinnen und Juden vorstellt, die Kapitelstruktur begründet und die Quellenauswahl nachvollziehbar werden lässt. Die Perspektivität der vorwiegend als Verwaltungsschriftgut entstandenen Quellen, die didaktische Zielvorstellung der Personifizierung und die Herausforderungen eines multiperspektivischen Quellenarrangements werden aufgezeigt.

Eine detaillierte Quellenübersicht verschafft insbesondere den Lehrkräften einen Überblick über die im Baustein enthaltenen Quellen und skizziert mögliche Anbindungen an den Unterricht, der über das Fach Geschichte hinausgeht. Aus der projektleitenden Vorstellung einer ganzheitlich orientierten historischen Bildungsarbeit resultieren zu jeder Quelle differenzierte inhaltliche Anregungen. Diese sollen Multiplikator:innen in der Bildungsarbeit, zivilgesellschaftlichen Initiativen und allen Interessierten die Nutzung der Quellen erleichtern.

Die Kapiteleinführungen erläutern das jeweilige Narrativ und sollen die Quellen- wie thematische Auswahl nachvollziehbar machen. Das Bausteinheft kann nicht als Gesamtdarstellung zur jüdischen Geschich-

te in Sachsen-Anhalt fungieren und beschränkt sich bewusst auf die Auswahl von nur 15 Quellen, die umso intensiver kontextualisiert werden.

Den Aufbau des Bausteinheftes haben wir gegenüber den ersten sechs **Quellen** nah-Heften konsequent weiterentwickelt: Jeder Quelle ist ein niedrigschwelliger Einleitungstext vorangestellt, der die unverzichtbaren Hintergrundinformationen zum Verständnis der Quelle umfasst. Handschriftliche Quellen werden durch zugehörige Transkriptionen zugänglich gemacht. Für die Vermittlungsarbeit und zugleich für alle tiefer Interessierten folgen jeder Quelle die Kontextualisierung und Sensibilisierung – letztere wird bei Bedarf in vereinfachter Form auch unter die Quelleneinführungen gestellt.

Die Lektüre dieses Heftes und die schulische wie außerschulische Bildungsarbeit damit kann in sehr unterschiedlichen Zugängen erfolgen – wir bieten einen Baukasten zur jüdisch-deutschen Geschichte in Sachsen-Anhalt an.

Dieser Baukasten kann selbstverständlich auch in digitaler Form genutzt werden und steht auf der Homepage des Landesarchivs zur Verfügung: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellenah/>. Mithilfe interner Verlinkungen kann dabei zwischen den Kapiteln und Quellenauszügen navigiert werden. Zusätzlich ist für einzelne Kapitel oder Quellen ein separater Download oder Ausdruck möglich. Eine Verlinkung zu weiterführenden Beständen in der Online-Recherche des Landesarchivs ermöglicht allen Interessierten eigenständige Recherchen über das im Heft präsentierte Quellenmaterial hinaus.

Zugleich gehen wir zum jüdischen Leben in Sachsen-Anhalt seit 2021 auf eine fortlaufend ausgebaute archivische Spurensuche, indem zu ausgewählten Aspekten Quellen und Recherchemöglichkeiten präsentiert werden: <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/juedisches-leben-in-sachsen-anhalt-eine-archivische-spurensuche/uebersicht/>.

Christina Wirth als Projektbearbeiterin sowie Dr. Ricarda Henkel, Dr. Björn Schmalz und Dr. Felix Schumacher, die das Projekt im Landesarchiv Sachsen-Anhalt fachlich steuerten, danke ich herzlich. Dieser Dank gilt auch Dr. Jana Lehmann und Dr. Ralf Lusiardi als Projektmentor:innen.

In Vorbereitung des Projektes haben wir den intensiven Austausch mit verschiedenen Akteur:innen gesucht und wertvolle Anregungen erhalten: Stellvertretend erwähnen möchte ich hier Dr. Kay Adenstedt, Heike Hinke (beide LISA), Beate Seibert (Archiv der Synagogengemeinde Magdeburg) und Dr. Anton Hieke.

**Detlev Heiden**

## Leitfrage

# In welchem Verhältnis standen Jüdinnen und Juden zur Mehrheitsgesellschaft?

## Didaktischer Kommentar

Die Präsenz von Jüdinnen und Juden im Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts lässt sich anhand der Quellen aus dem Landesarchiv 1000 Jahre zurückverfolgen. Ihre wechselvolle Geschichte erstreckt sich – mit kurzen Unterbrechungen – bis in die Gegenwart. Mit dem Titel des Bausteinheftes **בבית בסקסוניה-אנהאלט** (übersetzt: Zu Hause in Sachsen-Anhalt) wird dies unterstrichen. Dass sich jüdisches Leben immer in Abhängigkeit vom Verhalten der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft entfaltet, wird mit Hilfe dieses Bausteins der archivpädagogischen Reihe **Quellen**  nah aufgegriffen und untersucht.

Übergeordnetes Ziel des Bausteinheftes ist es, einen Beitrag zur ganzheitlichen Bildung über jüdisch-deutsche Geschichte im Allgemeinen und Antisemitismusprävention im Besonderen zu leisten. Der Baustein bietet neben einem **regionalen Längsschnitt** und dem **forschenden Lernen an Quellen** ein **neues Narrativ** über Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt.

### Sensibilisierung als Antisemitismusprävention

Jüdinnen und Juden positionieren sich in Sachsen-Anhalt selbstbewusst und vertreten öffentlich ihre Belange. Gleichzeitig werden sie durch rechtsterroristische Angriffe bedroht, wie der Anschlag auf die Hallenser Synagoge 2019 vor Augen geführt hat. Eine zusätzliche Bedrohungslage bilden islamistische Strömungen sowie antisemitische Projektionen des Nahostkonflikts oder Verschwörungsmythen.

Das meist verbreitete Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen des Jahres 2020 war die Beleidigung „Du Jude!“. Mit ihr kommen eine populäre Aversion gegen Jüdinnen und Juden ebenso wie ein vorherrschendes kollektives Unwissen über sie zum

Ausdruck: Ein Großteil der deutschen Gesellschaft weiß über Jüdinnen und Juden kaum mehr als ihr Schicksal in der Shoah. Ebenso wenig haben die meisten einen Begriff von Antisemitismus. In ihrer Studie „Antisemitismus an Schulen in Deutschland“ konnte die Soziologin Julia Bernstein belegen, dass das Unwissen der Mehrheitsgesellschaft die Bedrohungslage für die Betroffenen noch erhöht: Vielfach erkennen Lehrer:innen, Sicherheitskräfte oder Pasant:innen Antisemitismus nicht, wodurch die Betroffenen weder gestärkt noch geschützt werden. Diese Befunde gelten auch für Sachsen-Anhalt, wie die Problembeschreibung des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) e.V. deutlich zeigt. Auch in Sachsen-Anhalt prägt Antisemitismus das Leben von Jüdinnen und Juden.



### Ansprechpartner:innen bei antisemitischen Vorfällen:

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Sachsen-Anhalt (RIAS, in Trägerschaft von OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt, Berlin)



Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurden Politik, Zivilgesellschaft und die jüdischen Gemeinden selbst aktiv. Mit dem vorliegenden Bausteinheft tritt auch das Landesarchiv dem Unwissen über Jüdinnen und Juden sowie Antisemitismus entgegen, indem es zu Themen des Judentums, der Judenheit und der gesellschaftspolitischen Relevanz der Thematik sensibilisiert.

Präsentiert werden 15 ausgewählte Quellen, die zur Ausbildung eines **kritischen Geschichtsbewusst-**

**seins** anregen sollen: Hierfür sind den Quellen sowohl eine Sensibilisierung für Schüler:innen als auch eine Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit zugeordnet. Letztere adressieren Lehrkräfte und beinhalten Hinweise auf einen **diversitäts- und sprachsensiblen Umgang** mit der Thematik. Für Lernende finden sich diese Hintergrundinformationen in sprachlich vereinfachter Form in den Sensibilisierungskästen direkt unter der Quelleneinleitung. Auf diese Weise können alle Leser:innen des Bausteinheftes überblicksartige Kenntnisse zur Geschichte und Gegenwart von Jüdinnen und Juden erwerben bzw. vorhandenes Wissen vertiefen. Die tabellarische Quellenübersicht zu Beginn des Heftes beinhaltet eine Niveaubestimmung der Quellen sowie Informationen für die schulische und außerschulische Vermittlung. Im letzten Teil des Bausteinheftes befinden sich ein Glossar sowie eine adressatengerechte Methodenseite zur Arbeit mit Archiven zur jüdischen Geschichte.

### Ein neues Narrativ über Jüdinnen und Juden in Sachsen-Anhalt

Da das vorliegende Bausteinheft nicht umfassend in 1000 Jahre deutsch-jüdischer Geschichte einführen kann, ist dieses nur als erste Anregung und thematischer Einstieg zu verstehen. Es reiht sich in eine Reihe neuer Diskurse ein und legt den Fokus auf kritische Impulse. Neben der Sensibilisierung für die Inhalte der jüdisch-deutschen Geschichte wird mit dem Bausteinheft die **Forderung nach einem neuen Narrativ** aufgestellt und umgesetzt. Auf diese Weise können historisch arbeitende jüdische Gemeinden, Lehrkräfte aller Schulformen, Multiplikator:innen in der politischen Bildungsarbeit, zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen sowie Interessierte die Quellen des Bausteinheftes zusammen mit ihren jeweiligen Einleitungen und Sensibilisierungen bzw. Kontextualisierungen in ihre Projekte einbeziehen und ein neues Narrativ über jüdisch-deutsche Geschichte gestalten und aushandeln.

Das Bausteinheft löst sich vom veralteten Narrativ einer passiven jüdischen Opfer- bzw. Verfolgungsgeschichte, indem es Jüdinnen und Juden als Akteur:innen versteht. Im Mittelpunkt steht dabei das fachdidaktische **Konzept der Personifizierung**, bei dem Quellen typisierend zusammengestellt werden, sodass Typen bzw. Rollen erfasst werden können. Obwohl Jüdinnen und Juden so divers gelebt haben, dass von jüdischen Minderheiten im Plural gesprochen werden könnte, wird ihre Geschichte unweigerlich mit der Shoah als einer Art negativ-sakralem

Ereignis zu einer homogenen Geschichte verknüpft und im heutigen Erinnerungsdiskurs selten unabhängig davon gesehen. Meist enden die Narrative sogar mit der Shoah, als sei es den Nationalsozialist:innen tatsächlich gelungen, jüdisches Leben gänzlich auszulöschen.

Um bei der Erzählung der jüdischen Geschichte Sachsen-Anhalts **ausgewogenere Geschichten des Zusammenlebens** zu erzählen, sind die Kapitel des Bausteins thematisch gruppiert. Das Narrativ wird zu Beginn jedes Kapitels mit Hilfe einer Einleitung transparent gemacht.

#### Kapitelstruktur

Mit Hilfe des ersten Kapitels „Ansiedlung und Vertreibung“ wird eine **herrschaftsgeschichtliche Sicht** auf unterschiedliche rechtliche und politische Lebensbedingungen von Jüdinnen und Juden im Längsschnitt der Zeit eröffnet. Dabei werden auf der einen Seite Schutzherrschafts- und Staatsbürgerschaftsfragen und auf der anderen Vertreibungen sowie Entrechtungen von Jüdinnen und Juden beleuchtet. Somit dient das erste Kapitel einer Groborientierung der Makrogeschichte von Herrschaft und Verwaltung über Jüdinnen und Juden, ohne die das Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Gruppen nicht verstanden werden kann. Wichtig hierbei ist, dass sowohl Jüdinnen und Juden als auch die Herrschenden als Subjekte mit **Handlungsspielraum** zu verstehen sind.

Das zweite Kapitel „Teilhabe und Ausgrenzung“ analysiert kritisch und mit Hilfe eines **alltags- und kulturgeschichtlichen Zugriffs** die Aushandlungsprozesse im Zusammenleben von Jüdinnen und Juden und der Mehrheitsgesellschaft. Hier kann neben den Aspekten des Zusammenlebens der **Blick der Mehrheitsgesellschaft** auf Jüdinnen und Juden thematisiert werden, weil er eine Klammer um die Handlungsspielräume jüdischen Lebens in Abhängigkeit von der jeweiligen Herrschaftsform bildet. Auf diese Weise können mit den Quellen sowohl Inklusion als auch Exklusion und Vernichtung betrachtet werden. Das Erkenntnisinteresse besteht im Sinne des *Cultural Turns* darin, Geschichte basierend auf ‚kleineren‘ Zusammenhängen, einzelnen Akteur:innen und Ideen zu erzählen.

Der Wechsel auf die **Innensicht** von Jüdinnen und Juden vollzieht sich im dritten Kapitel „Selbstbild und Selbstbehauptung“. Im Gegensatz zum zweiten Kapitel wird hier eine **jüdische Perspektive** auf die verschiedenen Wechselverhältnisse zur Mehrheitsbevölkerung und die Auswirkungen auf die **Iden-**

tität der Minderheit nachgezeichnet. Es wird dabei deutlich, dass sich Jüdinnen und Juden ganz unterschiedlich zu den Konflikten mit der Mehrheitsgesellschaft positioniert haben und diese Positionen Auswirkungen auf ihre Identität hatten. Bis heute beantworten Jüdinnen und Juden unterschiedlich, was das **Jüdischsein** ausmacht. Deshalb gibt es innerhalb des Judentums und der Judenheit verschiedene Strömungen mit unterschiedlichen Vorstellungen. Das Kapitel ermöglicht daher eine weitere Beschäftigung mit dem Jüdischsein – von den traditionellen Anfängen der aschkenasischen Jüdinnen und Juden über das Reformjudentum bis hin zum Zionismus. Insgesamt bietet dieses Kapitel eine Möglichkeit, sich mit dem didaktischen Prinzip des **Fremdverstehens** auseinanderzusetzen.

Das letzte Kapitel des Bausteins „Nach Auschwitz“ stellt inhaltlich und formal eine **Zäsur** zu den vorherigen dar. Es beschäftigt sich mit der Frage des Wechselverhältnisses von Jüdinnen und Juden und der Mehrheitsgesellschaft unter Rückbezug auf den Zivilisationsbruch. Der Titel rekurriert auf Adornos vielzitiertes Urteil von 1951, dass es barbarisch sei, nach Auschwitz ein Gedicht zu verfassen, welches Adorno selbst später kontextualisiert hat:

„Der Begriff einer nach Auschwitz entstandenen Kultur ist scheinhaft und widersinnig, und dafür hat jedes Gebilde, das überhaupt noch entsteht, den bitteren Preis zu bezahlen. Weil jedoch die Welt den Untergang überlebt hat, bedarf sie gleichwohl der Kunst und ihrer bewußtlosen Geschichtsschreibung. Die authentischen Künstler der Gegenwart sind die, in deren Werken das äußerste Grauen nachzittert.“<sup>1</sup>



Theodor W. Adorno (1964).  
Foto: Jeremy J. Shapiro,  
CC BY-SA 3.0 via Wikimedia  
Commons.

Darauf bezugnehmend deutet der Übergang in dieses Kapitel das *Nachzittern* an und untersucht das der Katastrophe nachfolgende, gesellschaftliche *Gebilde*. Auf diese Weise endet das vorliegende Bausteinheft inhaltlich nicht mit der Shoah als Kulminationspunkt der jüdisch-deutschen Geschichte. Stattdessen ist die **Shoah als Negativfolie** jeweils am Ende der vorherigen Kapitel integriert.

## Umgang mit Quellen zur jüdischen Geschichte im Bausteinheft

### Überlieferung und Perspektivität der Quellen

Die spezifische Überlieferungslage im Landesarchiv Sachsen-Anhalt erfordert die Untersuchung der **Perspektivität** der Quellen: Bei der Mehrzahl der im Baustein präsentierten Quellen handelt es sich um Verwaltungsschriftgut, das zur Erfüllung fest umrissener Aufgaben angelegt wurde. Sogenannte Egodokumente sind nur selten überliefert. Daher sollten die Quellen auf ihre **Standortgebundenheit** hin untersucht werden. Dies kann den Lerngruppen nur dann gelingen, wenn ihnen genug Hintergrundinformationen gegeben werden. Deshalb gehört zu jeder Quelle eine kurze Einleitung, die der Lerngruppe ausgehändigt werden kann sowie eine Kontextualisierung als Orientierung für die Lehrenden. Auch die Einleitungstexte zu Beginn eines jeden Kapitels können für die Kontextualisierung, insbesondere zur Beantwortung der Leitfrage, nützlich sein.

### Personifizierung

Aufgrund der Fragestellung des Bausteins wird die didaktische Zielvorstellung der **Personifizierung** relevant. Weil sich aufgrund der Überlieferungslage von Quellen zu solchen Personengruppen keine Individuen als solche darstellen lassen, werden sie mit Hilfe der Personifizierung als Rollen bzw. Typen abstrakt präsentiert. Um aufgrund der Typisierung nicht in Stereotype zu verfallen, werden verschiedene Perspektiven der jüdischen Akteur:innen dargestellt und die **Heterogenität** der Gruppe hervorgehoben.

### Multiperspektivität

Innerhalb des Bausteins sind nicht nur der Bezug auf die besondere Überlieferungslage im Sinne der Perspektivität relevant, sondern auch die **multiperspektivischen Quellenarrangements**. So werden Quellen präsentiert, die verschiedene Akteur:innen abbilden. Auf diese Weise können Jüdinnen und Juden, Vertreter:innen der Mehrheitsgesellschaft und die jeweils Herrschenden behandelt werden. Mit Hilfe des multiperspektivischen Quellenarrangements kann es zudem gelingen, die Konstruktivität von Geschichte im Sinne der Ausbildung eines kritischen **Geschichtsbewusstseins** aufzuzeigen.

<sup>1</sup> Theodor W. Adorno, *Jene Zwanziger Jahre*, in: *Ders., Kulturkritik und Gesellschaft II: Eingriffe, Stichworte, Anhang (Gesammelte Schriften, Bd. 10/2)*, Frankfurt a. M. 1977, S. 499–507.

## Ortsübersicht



## Quellenübersicht

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die in diesem Baustein enthaltenen Quellen mitsamt einer Angabe der jeweiligen Niveaustufe und Archivsignatur.

Die einzelnen Quellen sind mit orangefarbenen Punkten markiert, die mit ansteigender Zahl auf das Anforderungsniveau der Quellen hinweisen. Ein niedrighschwelliger Zugang (●) liegt bei kurzen und einfach geschriebenen Quellen vor, die entweder wenig Fachbegriffe und einfache historische Sprache enthalten oder einem Thema zuzuordnen sind, zu dem es viele adressatengerechte Texte gibt. Bei Quellen, die aufgrund der Komplexität des Inhalts, des sprachlichen Duktus sowie des notwendigen Hintergrundwissens schwerer zu erschließen sind, besteht ein mittelschwelliger Zugang (● ●). Quellen wurden mit dem höchsten Niveau als hochschwelliger Zugang (● ● ●) bewertet, wenn sie besonders umfangreich sind und ein erhöhtes Dekonstruktionsvermögen erfordern.

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
<b>Ansiedlung und Vertreibung</b>			
Q 1			<i>Anbindung an den Unterricht</i>
● ● ●	Schutzbrief des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau für Nathan Abraham Block von 1761	LASA, Z 44, C 15 Nr. 136, Bl. 37–38.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Lebenswelten des Spätmittelalters (grundlegende Wissensbestände: Lehnswesen, Freie und Unfreie; Stellung der Juden)</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Werte und Normen der Machtausübung im Mittelalter erklären (Interpretationskompetenz: Formen der Herrschaftslegitimation und Machterweiterung herausarbeiten)</li> <li>Herrschaftspraxis und -präsentation in der absoluten Monarchie beurteilen</li> <li>Abhängigkeiten in der Grundherrschaft und im Lehnswesen untersuchen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Herrschaftsgeschichte</li> <li>Gründe für Privilegienvergabe</li> <li>Abhängigkeit der Jüdinnen und Juden von den Herrschenden</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 2			<b>Anbindung an den Unterricht</b>
●	Staatsbürgerschaftsnachweis für Marcus Mendel Leidersdorff vom 31. Dez. 1812	LASA, A 9b III, A Nr. 50, Bl. 11.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Französische Revolution als Aufbruch in die bürgerliche Gesellschaft</li> <li>• Zusammenwirken von Aufklärung und Absolutismus</li> <li>• Entstehen des modernen Staatswesens</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Herrschaftspraxis und -präsentation in der absoluten Monarchie beurteilen</li> <li>• Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> <li>• Bruch mit der Ständegesellschaft in der Französischen Revolution erklären</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Europäische Politik untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Längsschnitt Ansiedlung und Vertreibung</li> <li>• Assimilation</li> <li>• Kampf um Gleichberechtigung</li> <li>• Folgen der Französischen Revolution</li> </ul>
Q 3			<b>Anbindung an den Unterricht</b>
●	Vertrauliches Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten über „Freiwerdende Judenwohnungen“ in Weißenfels vom 16. Mai 1942	LASA, G 1, Nr. 48, Bl. 120.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Herrschaft und Alltag in der NS-Diktatur</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Bedeutung von Ideologiekritik für den Umgang mit Quellen und die Angemessenheit der Rekonstruktion von Geschichte</li> <li>• Entgrenzung von Gewalt im Zweiten Weltkrieg beurteilen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verletzungen von Menschenrechten untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• NS-Innenpolitik: Phase der Entrechtung und Vertreibung von Jüdinnen und Juden</li> <li>• Profiteur:innen des NS</li> <li>• Zivile Akteur:innen und ihre Rolle im Nationalsozialismus</li> <li>• Längsschnitt Ansiedlung und Vertreibung</li> </ul>
<b>Teilhabe und Ausgrenzung</b>			
Q 4			<b>Anbindung an den Unterricht</b>
●	Rechnung von Israel Jakob und Susmann Heyne- mann an Christian von dem Knese- beck aus dem Jahr 1831	LASA, H 135, Nr. 697, Bl. 7.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entstehung des modernen Staatwesens</li> <li>• Französische Revolution als Aufbruch in die bürgerliche Gesellschaft</li> <li>• Entstehung der Industriegesellschaft</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anziehungskraft urbanen Lebens in mittelalterlichen Städten erklären</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären</li> <li>• Gefährdungen für eine Demokratie aufzeigen</li> <li>• Historische Wurzeln eines aktuellen Konfliktes des 21. Jahrhunderts analysieren</li> <li>• Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Chancen und Grenzen wirtschaftspolitischen Handelns in der sozialen Marktwirtschaft darstellen</li> <li>• Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für Politik beurteilen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Längsschnitt zu Geld-, Finanz- und Bankwesen</li> <li>• Längsschnitt zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel</li> <li>• Geschichtskultur untersuchen: Woher kommt das Klischee der „geldgierigen Juden“?</li> <li>• Neuzeitliche Geschichtskonstrukte</li> <li>• Das Mittelalter als Projektion der Neuzeit</li> </ul>
<b>Q 5</b>			<b><i>Anbindung an den Unterricht</i></b>
● ●	Statut der Bianca Elbthal-Stiftung von Johanne Elbthal, geborene Haller, aus dem Jahr 1873	LASA, C 28 Ie I, Nr. 1640, Bl. 37.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Französische Revolution als Aufbruch in die bürgerliche Gesellschaft</li> <li>• Entstehung des modernen Staatswesens</li> <li>• Zusammenwirken von Aufklärung und Absolutismus</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Chancen und Grenzen wirtschaftspolitischen Handelns in der sozialen Marktwirtschaft darstellen</li> <li>• Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für Politik beurteilen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Längsschnitt zur Entwicklung der Wohlfahrt</li> <li>• Jüdisches Gemeindeleben</li> <li>• Soziale Differenzen im 19. Jahrhundert und ihre Folgen</li> </ul>
<b>Q 6</b>			<b><i>Anbindung an den Unterricht</i></b>
●	Fotos vom jüdischen Warenhaus Emil Joske in Weißenfels um 1929	LASA, I 582, FS Nr. P 211–217, 219, 220.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entstehung der Industriegesellschaft</li> <li>• Beginn des europäischen Zeitalters</li> <li>• Herrschaft und Alltag in der NS-Diktatur</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bis in die Gegenwart reichende ökologische Veränderungen in der Alten und Neuen Welt hinterfragen</li> <li>• Das Entstehen der deutschen Industriegesellschaft erklären</li> <li>• Den Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> <li>• Wandlungsprozesse beim Entstehen der Industriegesellschaft diskutieren</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären</li> <li>• Gefährdungen für eine Demokratie aufzeigen</li> <li>• Historische Wurzeln eines aktuellen Konfliktes des 21. Jahrhunderts analysieren</li> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Chancen und Grenzen wirtschaftspolitischen Handelns in der sozialen Marktwirtschaft darstellen</li> <li>• Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung als Herausforderung für Politik beurteilen</li> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Industrialisierung, Beginn der Moderne</li> <li>• Warenhäuser als Ergebnis des Prozesses und Sinnbild der Moderne</li> <li>• Arisierung (Profiteure oder gutwillige Geschäftsleute?)</li> <li>• Veränderungen des Stadtbilds, interkulturelles Lernen (Wie beeinflussen sich Städtebilder und Einkaufsverhalten global?), Wandel der Gesellschaft (Bürgertum)</li> <li>• Geschichte als Konstrukt: Warenhäuser als antisemitische Projektion</li> <li>• Globalisierung: Wie zirkulieren Waren und beeinflussen die Gesellschaft?</li> <li>• Projektidee: Jüdische Warenhäuser in Sachsen-Anhalt</li> <li>• Folgen des Nationalsozialismus für eine Familie aufzeigen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
Q 7			<i>Anbindung an den Unterricht</i>
● ●	Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24. Juli 1937 an die Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister	LASA, C 50 Zeitz B, Nr. 273, Bl. 7.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Herrschaft und Alltag in der NS-Diktatur</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Entgrenzung von Gewalt im Zweiten Weltkrieg beurteilen</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären</li> <li>• Gefährdungen für eine Demokratie aufzeigen</li> <li>• Historische Wurzeln eines aktuellen Konfliktes des 21. Jahrhunderts analysieren</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Verletzungen von Menschenrechten untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• NS-Innen- und -Außenpolitik</li> <li>• Bäderantisemitismus</li> <li>• Längsschnitt zur Darstellung von Körperlichkeit und Sexualität von Jüdinnen und Juden</li> <li>• Weimarer Republik</li> <li>• Politik im Badeort: politische Aushandlungsprozesse über Sandburgen und Postkarten</li> <li>• Interkultureller Unterricht: Ausschluss von Jüdinnen und Juden im internationalen Vergleich</li> </ul>
<b>Selbstbild und Selbstbehauptung</b>			
Q 8			<i>Anbindung an den Unterricht</i>
● ● ●	Bittbrief der jüdischen Familienoberhäupter Halles an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg vom 24. Febr. 1693	LASA, A 5, Nr. 722a, Bl. 1/1.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lebenswelten des Spätmittelalters</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Werte und Normen der Machtausübung im Mittelalter erklären</li> <li>• Herrschaftspraxis und -präsentation in der absoluten Monarchie beurteilen</li> <li>• Abhängigkeiten in der Grundherrschaft und im Lehnswesen untersuchen</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären</li> <li>• Gefährdungen für eine Demokratie aufzeigen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Privilegienvergabe an Jüdinnen und Juden</li> <li>• Abhängigkeit der Jüdinnen und Juden von den Herrschenden</li> <li>• Längsschnitt Ansiedlung und Vertreibung</li> <li>• Stadtgeschichte</li> <li>• Begräbniskultur, jüdische Friedhöfe</li> <li>• Antisemitische Deutung von historischen Personen, z. B. Assur Marx</li> </ul>
<b>Q 9</b>			<b><i>Anbindung an den Unterricht</i></b>
● ●	Schulordnung der Israelitischen Hauptschule in Dessau aus dem Jahr 1816	LASA, Z 44, C 15 Nr. 21 Bd. III, Bl. 80–87.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Französische Revolution als Aufbruch in die bürgerliche Gesellschaft</li> <li>• Zusammenwirken von Aufklärung und Absolutismus</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> <li>• Herrschaftspraxis und -präsentation in der absoluten Monarchie beurteilen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Rechtliche Grundlagen für das Handeln von Jugendlichen untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule prüfen</li> <li>• Rechtliche Grundlagen für das Handeln Jugendlicher beurteilen</li> <li>• Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie bewerten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschichte der Schule/Bildungspolitik, Haskala, Säkularisierung</li> <li>• Interkulturelles Lernen: Aufklärung und Haskala, Assimilation und Emanzipation</li> <li>• Geschichtskultur: Fürst Franz von Anhalt-Dessau als „Judenfreund“?</li> </ul>
<b>Q 10</b>			<b>Anbindung an den Unterricht</b>
●	Zeitungsartikel aus der Israelitischen Wochenschrift von 1894	LASA, C 29, Nr. 496, Bl. 25–26.  (Altsignatur: C 29, IV o Nr. 11).	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Französische Revolution als Aufbruch in die bürgerliche Gesellschaft</li> <li>• Zusammenwirken von Aufklärung und Absolutismus</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bruch mit der Ständegesellschaft in der Französischen Revolution erklären</li> <li>• Übergang zur Moderne am Ende des Alten Reiches beurteilen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie bewerten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Aufklärung und Haskala</li> <li>• Medienwandel und Buchdruck</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären (z. B.: Renten, Kulturkontakte, Eigeninteresse von Jüdinnen und Juden)</li> </ul>
<b>Q 11</b>			<b><i>Anbindung an den Unterricht</i></b>
<p>● ●</p>	<p>Satzung der zionistischen Ortsgruppe Halle von 1918</p>	<p>LASA, C 129 Halle, Nr. 1364, Bl. 2–3.</p>	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nationalbewegung und Nationalstaatsbildung in Deutschland</li> <li>• Charakter und Folgen des Ersten Weltkrieges</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anziehungskraft der Ideen von Freiheit und nationaler Einheit bewerten</li> <li>• Ausprägung der deutschen Nation im Nationalstaat beurteilen</li> <li>• Bezüge unserer Gegenwart zum 19. Jahrhundert finden und erklären</li> <li>• Historische Wurzeln eines aktuellen Konfliktes des 21. Jahrhunderts analysieren</li> <li>• Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf die deutsche Zivilgesellschaft bewerten</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Politik untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Fremdenfeindlichkeit untersuchen</li> <li>• Einen aktuellen internationalen Konflikt untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie bewerten</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> <li>• Strategien internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zionismus und Staatsgründung Israels</li> <li>• Reaktionen auf Antisemitismus</li> <li>• Strömungen des Judentums</li> <li>• Rolle der Frau im Bürgertum</li> <li>• Antizionismus</li> <li>• Antisemitismus nach dem Ersten Weltkrieg</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
<b>Nach Auschwitz</b>			
Q 12			<i>Anbindung an den Unterricht</i>
● ●	Richtlinien der Provinzialverwaltung Halle für die Betreuungsstellen „Opfer des Faschismus“ vom 2. November 1945	LASA, K 12 Merseburg, Nr. 730, Bl. 53–54.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Jahr 1945</li> <li>• Konfrontation der Systeme</li> <li>• Verflechtungen der deutsch-deutschen Geschichte</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Spaltung der deutschen Nation untersuchen</li> <li>• Systeme im geteilten Deutschland vergleichen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Einen aktuellen bundespolitischen Konflikt untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Aktuelle Politik im Nahraum untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Herausforderungen für Politik in Europa diskutieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung und Wiedergutmachung</li> <li>• Aufarbeitung der Shoah</li> <li>• Erinnerungskultur DDR und Bundesrepublik im Vergleich</li> <li>• Antifaschismus in der DDR</li> <li>• Konstruktivität der Geschichte, Geschichtskultur untersuchen</li> <li>• Vergleichende Genozidforschung: Beschäftigung mit der Shoah im Unterschied zu Genoziden im Kolonialismus</li> </ul>
Q 13			<i>Anbindung an den Unterricht</i>
●	Brief von Dr. Samuel Siegfried Cahn an den Leiter der Anwaltskammer von Sachsen-Anhalt vom 10. Sept. 1947	LASA, K 4, Nr. 1048, Bl. 38.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Jahr 1945</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Systeme im geteilten Deutschland vergleichen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Einen aktuellen bundespolitischen Konflikt untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Aktuelle Politik im Nahraum untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Inszenierung von Politik und Protest als Herausforderung für Politik beurteilen</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Herausforderungen für Politik in Europa diskutieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> <li>• Strategien internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wiederaufbau der Gesellschaft nach 1945: Die Shoah überleben?</li> <li>• (Jüdischer) Widerstand gegen den Nationalsozialismus</li> <li>• Erinnerungskulturen im Vergleich</li> <li>• Wie entstehen NS-Täterbilder? Wie entstehen NS-Opferbilder?</li> </ul>
<b>Q 14</b>			<b><i>Anbindung an den Unterricht</i></b>
<p>● ● ●</p>	<p>Wiedergutmachungsantrag der Synagogengemeinde zu Magdeburg an den Minister des Inneren vom 6. Mai 1949</p>	<p>LASA, K 2, Nr. 812, Bl. 294–295.</p>	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Jahr 1945</li> <li>• Konfrontation der Systeme</li> <li>• Verflechtungen der deutsch-deutschen Geschichte</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Systeme im geteilten Deutschland vergleichen</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Einen aktuellen bundespolitischen Konflikt untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Aktuelle Politik im Nahraum untersuchen</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> <li>• Herausforderungen für Politik in Europa diskutieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erinnerungsdebatten und Historikerstreite</li> <li>• Vergleichende Genozidforschung: Beschäftigung mit der Shoah im Unterschied zu Genoziden im Kolonialismus</li> <li>• Antisemitische Bilder von damals bis heute</li> </ul>
Q 15			<b>Anbindung an den Unterricht</b>
●	Vorschlag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Rat der Stadt zur Errichtung eines Mahnmals vom 10. April 1986	Archiv Synagogen-gemeinde zu Magdeburg, IV SG-SV 9, Bl. 60.	<p><b>GESCHICHTE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Das Jahr 1945</li> <li>• Konfrontation der Systeme</li> <li>• Verflechtungen der deutsch-deutschen Geschichte</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Folgen der NS-Diktatur bewerten</li> <li>• Spaltung der deutschen Nation untersuchen</li> <li>• Wege zur Überwindung des Kalten Krieges und zur internationalen Kooperation diskutieren</li> </ul> <p><b>SOZIALKUNDE</b></p> <p><i>Sekundarschule Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundlagen und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie untersuchen</li> <li>• Einen aktuellen bundespolitischen Konflikt untersuchen</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik untersuchen</li> <li>• Aktuelle Politik im Nahraum untersuchen</li> </ul> <p><i>Gymnasium Kompetenzschwerpunkte</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einen aktuellen Konflikt oder ein aktuelles Problem untersuchen und bewerten</li> <li>• Inszenierung von Politik und Protest als Herausforderung für Politik beurteilen</li> <li>• Beseitigung von Diskriminierung als Handlungserfordernis debattieren</li> <li>• Umgang mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bewerten</li> <li>• Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik debattieren</li> <li>• Positionen zum Umgang mit Grundrechten in der Demokratie vertreten</li> </ul>

Quelle/ Niveau	Titel	Signatur	Hinweise zur Quelle
			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herausforderungen für Politik in Europa diskutieren</li> <li>• Gesellschaftliche Herausforderungen untersuchen und bewerten</li> <li>• Strategien internationaler Friedens- und Sicherheitspolitik untersuchen und bewerten</li> </ul> <p><b><i>Inhaltliche Anregungen für die Historische Bildungsarbeit</i></b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Anerkennung und Wiedergutmachung: Kann Leid mit Geld aufgewogen werden?</li> <li>• Aufarbeitung der Shoah</li> <li>• Erinnerungskultur DDR und Bundesrepublik im Vergleich</li> <li>• Neues Israelbild der DDR</li> </ul>

## Außerschulische Lern- und Gedenkorte

### Lernorte, Initiativen und Projekte in Sachsen-Anhalt

#### **ILAN-Bildungsprogramm zur jüdischen Tradition in Sachsen-Anhalt**

Das Bildungsprogramm ist ein Projekt des Seminars für Judaistik/Jüdische Studien der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur jüdischen Tradition in Sachsen-Anhalt.

Ansprechpartner:  
Dr. Anton Hieke  
Großer Berlin 14  
06108 Halle (Saale)

#### **Moses-Mendelssohn-Gesellschaft Dessau e. V.**

Der Verein vermittelt deutsch-jüdische Geschichte und Kultur mit Hilfe von Führungen, Vorträgen und zwei Dauerausstellungen.

Mittelring 38  
06849 Dessau-Roßlau

#### **Stiftung Moses Mendelssohn Akademie mit Berend Lehmann Museum**

Als internationale Begegnungsstätte in Halberstadt und Ort der Vermittlung vereint die Moses Mendelssohn Akademie vielfältige Angebote, wie das Berend Lehmann Museum, den DenkOrt, die Klaussynagoge sowie Führungen und Projekte. Das Museum beinhaltet Überreste einer Mikwe und zeigt eine Dauerausstellung zur jüdischen Gemeinde Halberstadts.

Stiftung Moses Mendelssohn Akademie  
Rosenwinkel 18  
38820 Halberstadt

Berend Lehmann Museum  
Judenstr. 25/26  
38820 Halberstadt

### **Museum Synagoge Gröbzig**

Die Dauer- und die Sonderausstellung beschäftigen sich sowohl mit der Geschichte der jüdischen Gemeinde Gröbzig als auch mit Jüdinnen und Juden im Allgemeinen. Außerdem können pädagogische Angebote genutzt werden.

Lange Straße 8/10  
06388 Gröbzig

### **Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V.**

Der Verein gehört zu dem bundesweiten NDC-Netzwerk und hat einen Schwerpunkt auf Antisemitismus in Sachsen-Anhalt. Er bietet insbesondere Projektstage an.

Netzwerk für Demokratie und Courage  
Landesnetzstelle Sachsen-Anhalt  
c/o Landesjugendwerk  
der AWO Sachsen-Anhalt e. V.  
Schönebecker Straße 82-84  
39104 Magdeburg

### **Simon Rau Zentrum e. V.**

Der Verein widmet sich der Erinnerung an die ehemalige jüdische Gemeinde in Weißenfels mit verschiedenen Projekten und einer Dauerausstellung. Die Dauerausstellung thematisiert auch die Geschichte des Weißenfelser Schuhfabrikanten Julius Lewinsohn (siehe Q 2).

Dammstraße 18  
06667 Weißenfels

### **Leopold-Zunz e. V., Halle**

Der Verein kooperiert mit dem Seminar für Judaistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und thematisiert sowohl die jüdische Geschichte als auch die Gegenwart in Mitteldeutschland. Neben der Forschung und einem Archiv ist der Verein durch die Organisation der Jüdischen Kulturstage bekannt.

Leopold Zunz e. V.  
c/o Seminar für Judaistik/Jüdische Studien  
Großer Berlin 14  
06108 Halle (Saale)

## Außerschulische Lern- und Gedenkort

### Sonstige Lernorte, Initiativen und Projekte

#### **Anne Frank Zentrum e. V., Berlin**

Das Zentrum ist die Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam und bietet neben einer Dauerausstellung vielfältige Bildungsangebote, Materialien und Wanderausstellungen an.

Rosenthaler Straße 39  
10178 Berlin

#### **Amadeu Antonio Stiftung, Heidelberg**

Die Stiftung engagiert sich gegen Rechts-  
extremismus, Rassismus und Antisemi-  
tismus mit einer Vielzahl an Projekten.  
Zusätzlich bietet sie eine große Auswahl  
an bildungspolitischen Publikationen und  
Aufklärungsmaterialien an.

Novalisstraße 12  
10115 Berlin

#### **Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment, Frankfurt a. M.**

Das Kompetenzzentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. ist Teil des Präventionsnetzwerks Antisemitismus und macht Angebote für antisemitismuskritische Bildungsarbeit.

Hebelstraße 6  
60318 Frankfurt am Main

#### **Meet a Jew**

Das Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland und unter der Schirmherrschaft von Frank-Walter Steinmeier setzt sich für die Sichtbarmachung jüdischen Lebens in ganz Deutschland ein. Im Zuge dessen werden niedrigschwellige Gesprächsangebote mit Jüdinnen und Juden organisiert.

Tucholskystr. 9  
10117 Berlin

## Weiterführende Literatur und Informationen

Die Auswahl an Literatur, Filmen und Websites auf den folgenden Seiten soll die Bildungsarbeit rund um die Themen Jüdische Geschichte und Antisemitismus anregen und erleichtern.

### Jüdische Geschichte

#### Literatur:

- Wolfgang Benz (Hg.), Antisemitismus in der DDR. Manifestationen und Folgen des Feindbildes Israel, Berlin 2018.
- Michael Brenner, Kleine Jüdische Geschichte, Bonn 2008, S. 243–259.
- Holger Brülls, Synagogen in Sachsen-Anhalt, Berlin 1998.
- Jutta Dick, Marina Sassenberg (Hg.), Wegweiser durch das jüdische Sachsen-Anhalt, Potsdam 1998.
- Werner Grossert, Chronik. Geschichte der Juden in Dessau, Dessau 1993.
- Arno Herzig, Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 2002.
- Anetta Kahane et al. (Hg.), Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung, 2. erw. Aufl., Frankfurt a. M. 2020.
- Anetta Kahane et al. (Hg.), Juden in der DDR. Jüdisch sein zwischen Anpassung, Dissidenz, Illusionen und Repression. Porträts, Leipzig 2021.
- Reinhard Rücker, Zur Geschichte der Juden in Calvörde, in: Jahresschrift der Museen des Ohrekreises, 7 [40]. 2000, S. 55–67.
- Heinrich Simon, Jüdische Feiertage – Festtage im jüdischen Kalender, in: Jüdische Miniaturen. Spektrum Jüdischen Lebens, Bd. 7, Berlin 2004.
- Giuseppe Veltri et al. (Hg.), Jüdische Bildung und Kultur in Sachsen-Anhalt: Von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus, Berlin 2009.
- Waltraut Zachhuber, Jüdisches Leben in Magdeburg: 965 erstmals dokumentiert – bis heute zu Hause, Magdeburg 2021.
- Cornelia Zimmermann, Die Juden Halles zwischen Vertreibung und Integration. Halle (Saale) 1998.
- 300 Jahre Juden in Halle: Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Festschrift zum Jubiläum des 300-jährigen Bestehens der jüdischen Gemeinde zu Halle, Halle (Saale) 1992.

#### Nützliche Links:

- <https://www.kmk-zentralratderjuden.de/>
- <https://www.bpb.de/lernen/projekte/fachdiskurs-schule/335767/1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland-wege-der-begegnung-mit-juedischer-vielfalt-im-lernort-schule>
- <https://www.uni-potsdam.de/de/haskala/haskala-in-wenigen-worten>
- <https://www.zeitklicks.de/nationalsozialismus/zeitklicks/zeit/verfolgung/frag-doch-mal-6/was-ist-die-shoah/>

## Antisemitismus

### Literatur:

- Amadeu Antonio Stiftung (Hg.), deconstruct antisemitism! Antisemitische Codes und Metaphern erkennen, Cottbus 2021.
- Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus, 5. Aufl., München 2016.
- Julia Bernstein, Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen, Bonn 2021.
- Marc Grimm, Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung, Frankfurt a. M. 2020.
- Hans-Peter Killguss et al. (Hg.), Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Grundlagen, Methoden & Übungen, Frankfurt a. M. 2020.
- Peter Longerich, Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte von der Aufklärung bis heute, München 2021.
- Samuel Salzborn, Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim 2018.
- Ronen Steinke, Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage, 3. Aufl., Berlin 2020.
- Monika Schwarz-Friesel, Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Bonn 2020.

### Film:

- Mazal Tov Cocktail
- Fachtag Antisemitismus | Prof. Dr. Julia Bernstein, Einführungsvortrag vom Bayrischen Sozialministerium: <https://www.youtube.com/watch?v=HfPDE7yjbFM>

### Nützliche Links:

- <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>
- <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html>
- <https://www.stopantisemitismus.de/>
- <https://nichts-gegen-juden.de/>
- <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>
- <https://www.sabra-jgd.de/malmad>
- <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/juedischesleben/>
- Bildungsportal „Lernen aus der Geschichte“ des Vereins Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien e. V., Berlin

Für eine Recherche in den Beständen  
des Landesarchivs Sachsen-Anhalt besuchen  
Sie die Archivdatenbank unter  
**[www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de](http://www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de)**

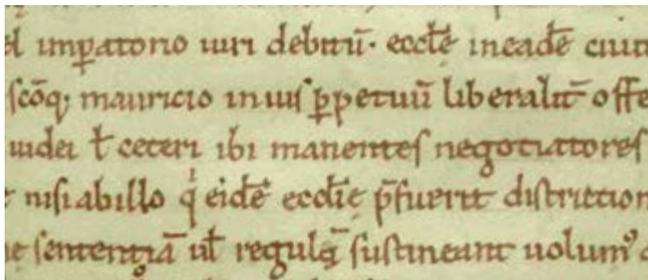
## Ansiedlung und Vertreibung



Für das Gebiet des heutigen **Sachsen-Anhalts** lassen sich viele Dokumente über Jüdinnen und Juden finden, die hier während der vergangenen 1000 Jahre lebten.

### Erste Spuren

Der älteste überlieferte Text bezieht sich auf Magdeburg. Im Jahr 965 entschied Kaiser Otto I., dass das Mauritiusstift die Gerichtsbarkeit über die jüdischen Kaufleute erhalten soll.



Erste Erwähnung von Jüdinnen und Juden im Jahr 965, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Cop., Nr. 1a, Bl. 48 (VS).

Mit dieser nur in einer Abschrift erhaltenen Urkunde lässt sich die Anwesenheit von Jüdinnen und Juden im Territorium des heutigen **Sachsen-Anhalts** sehr früh belegen. Aus der Tatsache, dass die Urkunde den Umgang mit Jüdinnen und Juden festschreibt, lässt sich folgern, dass sie sich schon früher hier niedergelassen haben. Auch für Halberstadt und Halle gibt es Belege für eine – allerdings nicht genau datierbare – Ansiedlung im Mittelalter. Über die frühe Geschichte der westeuropäischen Jüdinnen und Juden ist bekannt, dass sie bereits in der Spätantike nach Europa kamen, nachdem sie aus ihrem Herkunftsland im heutigen Israel vertrieben worden waren. Sie suchten eine Lebensmöglichkeit in der **Diaspora**.

### Jüdisches Leben in der Diaspora

Die jüdischen Einwander:innen ließen sich im Mittelalter zumeist in Städten nieder, weil sich dort gute Erwerbsmöglichkeiten boten. Sowohl der christlichen Obrigkeit als auch den jüdischen Gemeindevorstehern lag viel daran, gesellschaftliche Kontakte zwischen den Gruppen zu vermeiden. Wegen des mittelalterlichen **Antijudaismus** kam es jedoch immer wieder zu Zwangstaufer, Ermordungen und Vertreibungen.

Trotzdem hatten die Herrscher, insbesondere in der Frühen Neuzeit, ein Interesse daran, dass sich Jüdinnen und Juden in ihren Gebieten ansiedelten: Sie waren kein Teil der christlichen Gesellschaftsordnung und nicht deren Ständeregeln unterworfen. Mit ihnen konnte demzufolge anders umgegangen werden als mit den christlichen Untertanen. In rechtlicher Hinsicht galten Jüdinnen und Juden als ‚Privatsache‘ der Fürsten. Sie lebten aufgrund dieser Sonderstellung gefährlich. Herrscher konnten über sie verfügen.

Jüdinnen und Juden orientierten sich an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der Herrscher, um ihre Existenz zu sichern, und hatten damit teilweise Erfolg. In der Frühen Neuzeit bestanden zwischen den jüdischen Gruppen große soziale Unterschiede, insbesondere zwischen den sogenannten **Hofjuden**, denen ein sozialer Aufstieg gelungen war, und den sogenannten **Betteljuden**.



### „Hofjuden“ und „Betteljuden“

Jüdische Gemeinden waren von großen sozialen Konflikten geprägt. So gab es männliche Juden, die den sozialen Aufstieg geschafft hatten und an den Fürstenhöfen als Hoffaktoren arbeiteten. Teilweise wurden sie enge Vertraute der Herrscher, was Neid verursachte. Anstelle von „Hoffaktor“ wurden diese Juden auch „Hofjuden“ genannt. Der Begriff suggeriert, der jeweilige jüdische Mensch sei ein Gegenstand des Hofes und keine eigenständige Person. Im Gegensatz dazu wurden diejenigen als „Betteljuden“ abgewertet, die in der Gesellschaft nur geduldet wurden, von Ort zu Ort wanderten und auf Almosen angewiesen waren, um zu überleben. Der Begriff „Betteljude“ reduziert die Menschen auf ihre Armut und ist herabsetzend gemeint.

Die Herrschenden regelten genau, welche Abgaben Jüdinnen und Juden zu leisten hatten. Im Gegenzug durften sie an bestimmten Orten leben und eingeschränkt ihre Religion und bestimmte Berufe ausüben. Diese Rechte und Pflichten von Jüdinnen und Juden wurden meist schriftlich genau geregelt. Ein Beispiel für ein solches Privileg für eine jüdische Person bildet **Q 1**. Es handelt sich dabei um einen sogenannten **Schutzbrief** des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau für Nathan Abraham Block aus dem Jahr 1761. Dafür musste eine beachtliche Summe Geld durch den „Schutzsuchenden“ gezahlt werden. Von derartigen Übereinkünften und Zahlungen profitierten die oft überschuldeten

Fürsten sehr. Weil ihnen die sogenannten **Schutzjuden** jedoch direkt unterstanden, kam es zu Konflikten mit der nichtjüdischen Bevölkerung, die sich gegenüber der scheinbar privilegierten Stellung der Jüdinnen und Juden benachteiligt fühlte.

### „Schutzjude“

Auch mit einem „Schutzbrief“ waren Jüdinnen und Juden nicht vor Verfolgung und Vertreibung sicher. Der Begriff ist daher problematisch, weil er suggeriert, die „Schutzjuden“ seien bedingungslos von den Herrschern geschützt worden. Zudem verweist der Begriff auf die zeitgenössische Auffassung, Jüdinnen und Juden seien ‚Privatsache‘ der Fürsten, und spricht ihnen damit letztlich ihr Menschsein ab.

### Gesellschaftlicher Wandel

Mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert veränderten sich die Gesellschaft und das Menschenbild: Sowohl jüdische als auch christliche Gruppen stellten die Stände als ‚gottgegebene‘ Ordnung in Frage und traten für Freiheit, Toleranz und Vernunft der Menschen ein. Vertreter der **Haskala** forderten insbesondere die Gleichberechtigung von Jüdinnen und Juden mit der nichtjüdischen Bevölkerung. Im Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft wurde kontrovers diskutiert, welchen Status Jüdinnen und Juden in der neuen Gesellschaft einnehmen sollten. Auf diese Debatten mussten die Herrschenden reagieren. Dabei spielten auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle.

### Haskala

Haskala (השכלה) stammt aus dem Hebräischen und steht für die jüdische Aufklärung. Das Wort leitet sich aus dem hebräischen Wort für Vernunft ab. Wie in der Aufklärung insgesamt war es das oberste Ziel, dass alle Menschen ihren Verstand verwenden, um Freiheit und Autonomie zu erlangen. Die jüdische Aufklärungsbewegung entstand um 1770 und hatte ihren Ursprung in Berlin. Die Vertreter der jüdischen Aufklärung (die Maskilim) hatten es sich zum Ziel gesetzt, alle Jüdinnen und Juden zu vernünftigen Menschen zu bilden. Außerdem forderten sie die Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden sowie Religionsfreiheit. Ein wichtiger Vertreter der Bewegung war der aus Dessau stammende Moses Mendelssohn.

Das gesamte 19. Jahrhundert war für Jüdinnen und Juden in ganz Europa von einem Kampf um ihre

**Emanzipation** geprägt. In Preußen verbesserte sich ihre Situation durch neue Gesetze. Als Folge des preußischen Emanzipationsedikts von 1812 kam es zu einem ersten Durchbruch in Richtung Gleichberechtigung. Mit den neuen Bürgerrechten konnten Jüdinnen und Juden ihr kulturelles und religiöses Leben entfalten und sich gesellschaftlich einbringen. Der Staatsbürgerschaftsnachweis für Marcus Mendel Leidersdorff aus dem Jahr 1812 (Q 2) zeigt diesen Durchbruch.

Dennoch zogen sich die Emanzipationsgesetzgebung und die Debatten um diese über einen längeren Zeitraum hin. Im Zuge dieser Debatten etablierte sich auch der moderne **Antisemitismus**, der breite Bevölkerungsgruppen politisch antrieb. Es kam immer wieder zu gewalttätigen antijüdischen Ausschreitungen, die durch wirtschaftliche Krisen verstärkt wurden. Mit der Revolution von 1848 wurden trotz zahlreicher Konflikte die Bürgerrechte für alle durchgesetzt. Am Anfang des 20. Jahrhunderts waren Jüdinnen und Juden gleichberechtigte Bürger:innen geworden, die vielfach ihre Religion als Privatsache ansahen und ausleben konnten.

### Zivilisationsbruch – ein Riss in der Geschichte

Aller Gleichberechtigung zum Trotz kommt es im 20. Jahrhundert mit der Shoah zu dem katastrophalsten Ereignis der jüdischen Geschichte. Obwohl viele Jüdinnen und Juden im Ersten Weltkrieg als Soldaten und Sanitäter:innen dienten, wurde ihnen vorgeworfen, dem deutschen Nationalstaat gegenüber nicht loyal zu sein. Antisemitisch geprägte Vereine, Organisationen und Parteien wurden in der Weimarer Republik zunehmend populärer. Immer stärker wurde über die „**Judenfrage**“ diskutiert.

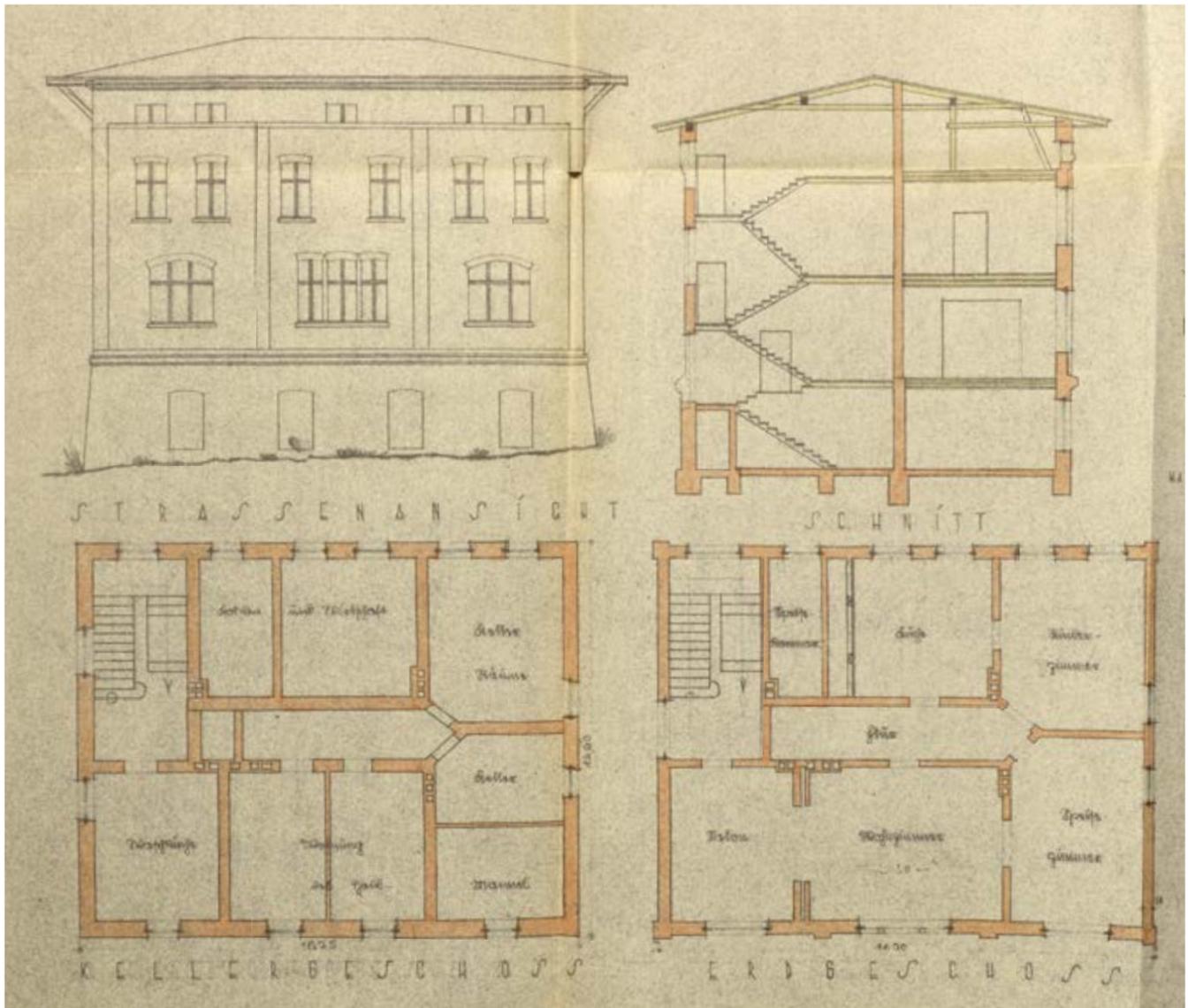
### „Judenfrage“ und „Endlösung der Judenfrage“

Im Zuge der jüdischen Emanzipationsbewegung im 18. Jahrhundert diskutierten Jüdinnen und Juden europaweit, wie ihre Gleichberechtigung trotz der Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft gelingen könnte. Zunächst war die „Judenfrage“ also ein Begriff, mit dem Jüdinnen und Juden selbst Probleme bei der Umsetzung ihrer Ziele zusammenfassten. Gegner:innen einer jüdischen Gleichberechtigung vereinnahmten diesen Begriff und versuchten, die „Judenfrage“ zu „lösen“, indem Jüdinnen und Juden ausgeschlossen werden sollten. Die Nationalsozialisten wiederum griffen diese Debatte auf und verharmlosten die Ermordung der Jüdinnen und Juden als „Endlösung der Judenfrage“.

Wirtschaftliche Krisen und eine hohe Arbeitslosigkeit gepaart mit antisemitischen Verschwörungsmynthen verstärkten die Feindseligkeiten. In der Folge wurde auch ein **eliminatoryischer Antisemitismus** immer offener zum Ausdruck gebracht. Nach der **Machtübernahme** der Nationalsozialisten wurden Jüdinnen und Juden schrittweise enteignet, enteignet, verfolgt und ermordet. Dass die Nationalsozialisten auch einen großen wirtschaftlichen Vorteil in der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden

sahen, zeigt **Q 3**: In Weißenfels wurde die Deportation und Ermordung der dort lebenden Jüdinnen und Juden ab 1942 geplant. Die Nationalsozialisten überlegten dabei, wie sie aus den Häusern und Wohnungen der Ermordeten einen Nutzen ziehen könnten.

Mit dem **Zivilisationsbruch** der Shoah erfährt die Geschichte der Jüdinnen und Juden einen nicht fassbaren Riss (siehe Kapitel 4).



Grundriss der Villa von Julius Lewinsohn in der Starkes Privatstr. 6 in Weißenfels, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, G 1, Nr. 48, Bl. 123 (Ausschnitt).

**Q 1: Schutzbrief des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau für Nathan Abraham Block von 1761**



Bei der Quelle handelt es sich um einen Schutzbrief des Fürsten Franz von Anhalt-Dessau für Nathan Abraham Block und dessen Familie aus dem Jahr 1761.



Ende Dezember 1760 bat Nathan Abraham Block aus Halberstadt den Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau mit einem sogenannten Schutzgesuch, sich in Kleinalsleben niederlassen zu dürfen. Abraham Block hatte vor, in Kleinalsleben die jüdische Frau Mindel zu heiraten und mit ihr dort zu leben. Mindel war die Schwester des Schutzjuden Joseph Abraham in Kleinalsleben. Um den Fürsten zur Ausstellung des Schutzbriefs zu bewegen, fügte Block auch ein Schreiben des Rates der Stadt Halberstadt bei, das seine positiven Eigenschaften betonte. Für die Entscheidung wurde auch der Amtmann von Großalsleben befragt. Nachdem er Block und dessen verstorbenen Vater als ehrlich beschrieb, wurde ihm der Schutzbrief ausgestellt. Als sogenannter Schutzjude musste Nathan Abraham Block Geld an den Fürsten bezahlen.

   
**Wir Leopold Friederich Franz**  
 von Gottes Gnaden Fürst zu Anhalt,  
 Herzog zu Sachsen, Engern und Westphalen,  
 Graf zu Mecklen, Herr zu Zerbst, Bernburg  
 und Gröbzig, u. u. c. Fügen hjermit Männiglich zu wissen, daß Wir  
 den Juden, Nathan Abraham Block

samt seinem Weibe, Kindern und Gesinde, unter nachstehenden Bedingungen  
 und Conditionen, in Unserm Landes Fürstlichen Schutz, Schirm und Geleite  
 aufgenommen und in *Gröbzig* zu wohnen

zu wohnen, und daselbst, wie auch in andern Städten, Flecken und Dörfern  
 unserer Lande, in Handel und Wandel, kaufen und verkaufen, Geld  
 ausleihen und sonst den Juden Gebrauch nach, Handtierung zu treiben  
 anädigst verwilliget haben; Thun auch solches hiermit, in Krafft dieses Schutz  
 Briefs, daß ermelter Jude sich nach denen in hiesigen Fürsten  
 üblichen Gebrauch setzen, handeln, *Gröbzig* und *Gröbzig*



34  
37

**Wir** Leopold Friederich Franz  
von Gottes Gnaden Fürst zu Anhalt,  
Herzog zu Sachsen, Engern und Westphalen,  
Graf zu Ascanien, Herr zu Zerbst, Bernburg  
und Gröbzig, &c. &c. Fügen hiermit Männiglich zu wissen, daß Wir  
den Juden, *Nathan Abraham Bloch*

samt seinem Weibe, Kindern und Gesinde, unter nachstehenden Bedingungen  
und Conditionen, in Unserm Landes Fürstlichen Schutz, Schirm und Geleite  
aufgenommen und in *Freystadt, Altdorf*

zu wohnen, und daselbst, wie auch in andern Städten, Flecken und Dörfern  
unserer Lande, in Handel und Wandel, kaufen und verkaufen, Geld  
ausleihen und sonsten der Juden Gebrauch nach, Handtierung zu treiben  
gnädigst verwilliget haben; Thun auch solches hiermit, in Krafft dieses Schutz  
Briefes, dergestalt, daß ermelter Jude sich nach denen in hiesigen Fürstenthum,  
auch sonsten im Römischen Reich üblichen Gebrauch setzen, handeln,  
wandeln, ausleihen, kaufen und verkaufen, und also der Juden Gesetzen und  
Gewohnheit nach, seine Nahrung treiben möge; Jedoch, daß er von hiesigen  
Unterthanen, so von ihm Geld entlehnen, wöchentlich vom Reichsthaler mehr  
nicht, als drey Heller bey Vermeidung ernstlichen Straffe, nehmen und ge  
nießen, weniger die Zinsen zur Hauptsumme schlagen, am allerwenigsten  
aber er, noch die Seinigen auf Kirchen oder andern gestohlene Güter wif  
sendlich Geld ausleihen, oder solche in andere Wege unzulässig an sich ziehen  
solle; Inmassen dann wegen der hierunter mit unterlauffenden vielfältigen  
Mißbräuche und gestohlener Sachen Verhandlung, er, wie auch sonst alle  
andere Schutz-Juden, nach den gemeinen Rechten, beschieden werden sollen.  
Diejenigen Pfande, worauf er und die Seinigen Geld ausgethan, soll er vor  
Endigung eines Jahres zu vereuffern keines weges befugt seyn, sondern in Zei  
ten denen Eigenern Nachricht davon geben; Wosern aber solcher Anzeige und  
Verwarnung ohngeachtet, nach verflößer Jahresfrist, selbe Pfände nicht  
wieder eingelöset würden, mag ihm oder ihnen erlaubt seyn, dieselbe ohne fer  
nere



nerer Anspruch zu distrahiren; Gestalt auch, wann er auf bloße Obligation Geld ausgeliehen, ihm zu dessen Wiederbezahlung von denen Beamten und Gerichten nach der Landes-Ordnung verholffen werden soll. Ferner soll auch er und die Seinigen befugt seyn, zu ihrer Nothdurft zu schlachten und das Fleisch und Hinterviertel, so ihnen übrig (jedoch sonder hausiren zu tragen, oder tragen zu lassen) bloß in seiner Behausung nach Pfunden und um billigen Preiß, von männiglich ungehindert, zu verkaufen.

In Ansehen seiner Kinder nun dient ihm dieser Unser Schutz-Brief nicht weiter, als bis die vom Männlichen Geschlechte sich wieder verheyrathen, da dann jeder sothaniger massen angehender Haus-Vater schuldig seyn soll, für sich und die Seinigen einen neuen Schutz-Brief einzulösen; Wie dann auch sowohl die iewigen als künftigen Impetranten dieser Schutz-Briefe gehalten sind (1) für sich den ordinären und extraordinären Tribut der hiesigen Judenschaft also zu entrichten, wie es Unsers Hochseligen Herrn Elter-Waters und Frau Elter-Mutter Gnaden sub datis am 26. Novembr. 1687. den 19. Octobr. 1691. den 18. Martii 1692. den 20. Decembr. 1693. den 20. Martii 1697. nachher aber Unsers Herrn Groß-Waters Gnaden unterm 27. Martii 1702. und unterm 22. Januar. des 1726sten Jahres, ihnen denen Juden ertheilte Gnädigste Concessionen, Begnadigungen und Reglemente des mehrern besagen und ertheilten; Jedoch, daß er zum jährlichen Tribut das Seine entrichte, für Ausfertigung des Schutz-Briefes zwölf Groschen Schreibgebühren erlege, und Einen Thaler für dem Stempel-Bogen zahle. Und zwar, wie gedacht, sothanen Tribut jährlich für sich und die Seinen abtrage.

Uebrigens ist er und ein jeder schuldig nur vorgedachten Concessionen und Reglementen überall nachzuleben, auch sich sonst jederzeit ehelich, leidlich, gedullich und gehorsam zu erweisen; Auch ohne Unser Vorwissen und gnädigste Concession nicht von einen Ort dieses Fürstl. Antheils sich an einen andern Ort in selbigen zu begeben, und wesentlich niederzulassen, in dem dieser Schutz-Brief allein auf den Ort, darauf er gerichtet, gültig seyn solle; Wasset ein jeder, der einen sothanigen Schutz-Brief zu empfangen hat, hierauf im Amte einen Cörperlichen Eid ablegen, und ein Attestat, daß solches geschehen, in der Regierung produciren, hernach aber den Schutz-Brief von Uns Selbstem empfangen und desselben zu genießen haben soll; Jedoch, daß von nun an ein hiesiger Jude, wann er heyrathet und von den sieben Aeltesten ein Attestat desfalls bringet, für dem Schutz-Brief Einen Thaler für dem Stempel-Bogen, 12. Groschen aber Schreibgebühr entrichte:

Ein

Ein Fremder aber soll nach Beschaffenheit seiner mitbringenden Attestaten begnadiget werden; Wann aber solch ein fremder Jude eines hiesigen Juden-Tochter heyrathet, so soll er für den Schutz-Brief Einen Thaler für dem Stempel-Bogen, und 12. Groschen an Schreibgebühren zahlen; Dagegen dann diejenigen, so keine solche Schutz-Briefe von Uns erhalten haben, mit nichten geduldet und nicht länger als zweumahl 24. Stunden in Unseren Landen gelitten werden sollen, es sey dann, daß sie mit guten Pässen versehen sind, und daß sie was nothwendiges zu verrichten, dociren können. Wir befehlen demnach der hiesigen Regierung und Cammer zu Dessau, auch allen andern Beamten und Magistraten, vorbeisagten Juden nebst denen Seinigen also geleitlich, sicher und ungehindert wohnen, handeln und ihnen diesen Unsern Schutz-Brief und beschriebene Freheiten genießen, und sie darwieder nicht turbiren zu lassen, welchen doch zu ändern, zu erläutern, auch aufzuheben Wir Uns vorbehalten. Urkundlich haben Wir diesen Schutz-Brief eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Fürstlichen Insezel bestärket lassen. Beschrieben Dessau den 7. April Anno 1761.

*Handwritten signature: Johann Friedrich Hoffmann*



*Handwritten signature: Nathan Abraham Bloch in Gumbell, Gleban.*

## Transkription

### Bl. 37 (VS)

Wir Leopold Friederich Frantz  
von Gottes Gnaden Fürst zu Anhalt,  
Herzog zu Sachsen, Engern und Westphalen,  
Graf zu Ascanien, Herr zu Zerbst, Bernburg  
und Gröbzig, [et cetera] [et cetera] Fügen hiermit Männiglich zu wissen, daß Wir  
den Juden Nathan Abraham Block

samt seinem Weibe, Kindern und Gesinde, unter nachstehenden Bedingungen  
und Conditionen, in Unsern Landes Fürstlichen Schutz, Schirm und Geleite  
aufgenommen und in Groß Altleben

zu wohnen, und daselbst, wie auch in andern Städten, Flecken und Dörfern  
unserer Lande, in Handel und Wandel, kaufen und verkaufen, Geld  
ausleihen und sonsten der Juden-Gebrauch nach, Handtierung zu treiben  
gnädigst verwilliget haben; Thun auch solches hiermit, in Krafft dieses Schutz-  
Briefes, dergestalt, daß ermelter Jude sich nach denen in hiesigen Fürsten-  
thum, auch sonsten im Römischen Reich üblichen Gebrauch setzen, handeln,  
wandeln, ausleihen, kaufen und verkaufen, und also der Juden-Gesetzen und  
Gewohnheit nach, seine Nahrung treiben möge; Jedoch, daß er von hiesigen  
Unterthanen, so von ihm Geld entleihen, wöchentlich vom Reichsthaler mehr  
nicht, als drey Heller bey Vermeidung ernstlichen Straffe, nehmen und ge-  
niessen, weniger die Zinsen zur Haupt-Summe schlagen, am allerwenigsten  
aber er, noch die Seinigen auf Kirchen oder andern gestohlene Güter wis-  
sendlich Geld ausleihen, oder solche in andere Wege unzulässig an sich ziehen  
solle; Inmassen dann wegen der hierunter mit unterlaufenden vielfältigen  
Mißbräuche und gestohlener Sachen Verhandlung, er, wie auch sonst alle  
andere Schutz-Juden, nach den gemeinen Rechten, beschieden werden sollen.  
Diejenigen Pfände, worauf er und die Seinigen Geld ausgethan, soll er vor  
Endigung eines Jahres zu vereusern keines weges befugt seyn, sondern in Zei-  
ten denen Eigenern Nachricht davon geben; Wofern aber solcher Anzeige und  
Verwarnung ohngeachtet, nach verflössener Jahres-Frist, selbe Pfände nicht  
wieder eingelöset würden, mag ihm oder ihnen erlaubt seyn, dieselbe ohne fer-  
nere

### Bl. 37 (RS)

nere Ansprach zu distrahiren; Gestalt auch, wann er auf blosser Obligation  
Geld ausgeliehen, ihm zu dessen Wiederbezahlung von denen Beamten und  
Gerichten nach der Landes-Ordnung verhoffen werden soll. Ferner soll auch  
er und die Seinigen befugt seyn, zu ihrer Nothdurft zu schlachten und das  
Fleisch und Hinterviertel, so ihnen übrig (jedoch sonder hausiren zu tragen,  
oder tragen zu lassen) bloß in seiner Behausung nach Pfunden und um billi-  
gen Preiß, von männiglich ungehindert, zu verkaufen.

In Ansehen seiner Kinder nun dient ihm dieser Unser Schutz-Brief  
nicht weiter, als bis die vom Männlichen Geschlechte sich wieder verheyra-  
then, da dann jeder sothaniger massen angehender Hauß-Vater schuldig seyn  
soll, für sich und die Seinigen einen neuen Schutz-Brief einzulösen; Wie  
dann auch sowohl die ietzigen als künftigen Impetranten dieser Schutz-Briefe  
gehalten sind (I) für sich den ordinären und extraordinären Tribut der  
hiesigen Judenschaft also zu entrichten, wie es Unsers Hochseligen Herrn

Elter-Vaters und Frau Elter-Mutter Gnaden Gnaden sub datis am 26.  
Novemb[er] 1687. den 19. Octob[er] 1691. den 18. Martii 1692. den 20. Decemb[er]  
1693. den 20. Martii 1697. nachher aber Unsers Herrn Groß-Vaters Gna-  
den unterm 27. Martii 1702. und unterm 22. Januar des 1726sten Jahres,  
ihnen denen Juden ertheilte Gnädigste Concessionen, Begnadigungen und  
Reglemente des mehrern besagen und erheischen; Jedoch, daß er zum jährli-  
chen Tribut das Seine entrichte, für Ausfertigung des Schutz-Briefes zwölf  
Groschen Schreibgebühren erlege, und Einen Thaler für dem Stempel-Bog-  
gen zahle. Und zwar, wie gedacht, sothanen Tribut jährlich für sich und  
die Seinen abtrage.

Uebrigens ist er und ein jeder schuldig nur vorgedachten Concessionen  
und Reglementen überall nachzuleben, auch sonst jederzeit ehrlich, leid-  
lich, gedeilich und gehorsam zu erweisen; Auch ohne Unser Vorwissen und  
gnädigste Concession nicht von einen Ort dieses Fürst[lichen] Antheils sich an  
einen andern Ort in selbigen zu begeben, und wesentlich niederzulassen, in-  
dem dieser Schutz-Brief allein auf den Ort, darauf er gerichtet, gültig seyn  
solle; Massen ein jeder, der einen sothanigen Schutz-Brief zu empfangen hat,  
hierauf im Amte einen Körperlichen Eyd ablegen, und ein Attestat, daß  
solches geschehen, in der Regierung produciren, hernach aber den Schutz-  
Brief von Uns Selbsten empfangen und desselben zu geniessen haben soll;  
Jedoch, daß von nun an ein hiesiger Jude, wann er heyrathet und von den  
sieben Aeltesten ein Attestat desfalls bringet, für dem Schutz-Brief Einen  
Thaler für dem Stempel-Bogen, 12. Groschen aber Schreibgebühr entrichte:  
Ein

### Bl. 38 (VS)

Ein Fremder aber soll nach Beschaffenheit seiner mitbringenden Attestaten  
begnadiget werden; Wann aber solch ein fremder Jude eines hiesigen Juden-  
Tochter heyrathet, so soll er für den Schutz-Brief Einen Thaler für dem  
Stempel-Bogen, und 12. Groschen an Schreibgebühren zahlen; Dagegen  
dann diejenigen, so keine solche Schutz-Briefe von Uns erhalten haben, mit  
nichten geduldet und nicht länger als zweymahl 24. Stunden in Unsern Lan-  
den gelitten werden sollen, es sey dann, daß sie mit guten Pässen versehen  
sind, und daß sie was nothwendiges zu verrichten, dociren können. Wir  
befehlen demnach der hiesigen Regierung und Cammer zu Dessau, auch al-  
len andern Beambten und Magistraten, vorbesagten Juden nebst denen Sei-  
nigen also geleitlich, sicher und ungehindert wohnen, handeln und ihnen die-  
sen Unsern Schutz-Brief und beschriebene Freyheiten geniessen, und sie dar-  
wieder nicht turbiren zu lassen, welchen doch zu ändern, zu erläutern, auch  
aufzuheben Wir uns vorbehalten. Uhrkundlich haben Wir diesen Schutz-  
Brief eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Fürstlichen Insiel bestärken  
lassen. Geschehen Dessau den 7ten Aprilis Anno 1761.

L[eopold] F[riedrich] Frantz F[ürst] z[u] Anhalt

[L.S.]

Schutz Brief des Juden  
Nathan Abraham Block  
in Groß Altleben

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 1: *Schutzbrief des Fürsten Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau für Nathan Abraham Block von 1761*

#### KONTEXTUALISIERUNG

Die Regierungszeit von Fürst Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau begann 1758. Zu diesem Zeitpunkt lebten bereits 20 sogenannte Schutzjuden und ihre Familien im Amt Großalsleben. Ihre Schutzbriefe wurden von Leopold I. ausgestellt und standen im Zusammenhang mit der Politik, Jüdinnen und Juden eine dauerhafte Niederlassung zu ermöglichen. Mitte des 18. Jahrhunderts existierten im Fürstentum Anhalt-Dessau neun jüdische Gemeinden. Eine der kleinsten bestand im Amt Großalsleben, zu dem neben Großalsleben die Orte Kleinalsleben und Alikendorf gehörten.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Privilegienvergabe an Jüdinnen und Juden stand jahrzehntelang die Frage, ob die Herrschenden den Schutz aus wirtschaftlichen Interessen oder aufgrund ethisch-moralischer Aufklärungsideale gewährten. Im Mittelalter war die Vergabe von Schutzbriefen an Juden ein königliches Hoheitsrecht, das seit dem 14. Jahrhundert allmählich auf die Landesherren überging. Das Versprechen von Schutz und die Vergabe von bestimmten Rechten waren jedoch oft mit hohen Abgaben verbunden, die direkt in den Haushalt des Fürsten flossen. Somit standen meist finanzielle Motive bei der Vergabe von Schutzbriefen im Vordergrund. Mit der festen Ansiedlung konnten sich die jüdischen Gemeinden unter den ihnen gesetzten Rahmenbedingungen etablieren und ihre Religion ausüben. Die juristische Deutung der Jüdinnen und Juden als ‚Privatsache‘ der Fürsten führte zu einem starken Spannungsverhältnis zwischen den Herrschern und ihren christlichen Untertanen. Zusätzlich verhinderte die rechtliche Sonderstellung der Jüdinnen und Juden Kulturkontakte und Annäherungen an die Mehrheitsbevölkerung.



#### SENSIBILISIERUNG

In antisemitischen Diskursen wird bis heute eine Umdeutung des rechtlichen Status von Jüdinnen und Juden aus dieser Zeit vorgenommen: Insbesondere in pseudowissenschaftlichen Untersuchungen des 19. und 20. Jahrhunderts wurde versucht, Quellenbelege für eine angebliche Nähe von Jüdinnen und Juden zu jeglicher Form der Macht zu finden (siehe auch Q 8). Deshalb verwendeten einige Antisemit:innen gerade das Thema des Schutzes und der „Hofjuden“ als historischen Beweis für eine angebliche jüdische Charaktereigenschaft.

Zusätzlich ist es wichtig, bei der Behandlung der Privilegienvergabe Jüdinnen und Juden nicht als ohnmächtige Objekte von Herrschaft zu sehen: Gerade weil ihre Wirtschaftstätigkeit und überregionalen Netzwerke für die Herrschenden wichtig waren, hatten Jüdinnen und Juden einen Verhandlungsspielraum, der nicht zu unterschätzen ist. Auf diese Weise ist ein Bezug auf Fremdverstehen und Personifizierung möglich. Bei der Behandlung der „Judenpolitik“ der Fürsten von Anhalt-Dessau sollte zudem ein kritischer Blick auf das Narrativ der „Judenfreundschaft“ geworfen werden.

## Q 2: Staatsbürgerschaftsnachweis für Marcus Mendel Leidersdorff vom 31. Dezember 1812



Bei der Quelle handelt es sich um einen preußischen Staatsbürgerschaftsnachweis für Marcus Mendel Leidersdorff aus dem Jahr 1812.



Am 11. März 1812 wurde das „Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate“ erlassen, auf dessen Grundlage jüdische Familienoberhäupter einen Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen konnten. Ab diesem Zeitpunkt wurden die in Preußen lebenden Jüdinnen und Juden nicht mehr automatisch als Fremde mit einem anderen rechtlichen Status angesehen, sondern konnten beantragen, „Einländer“ und „Staatsbürger“ zu werden.

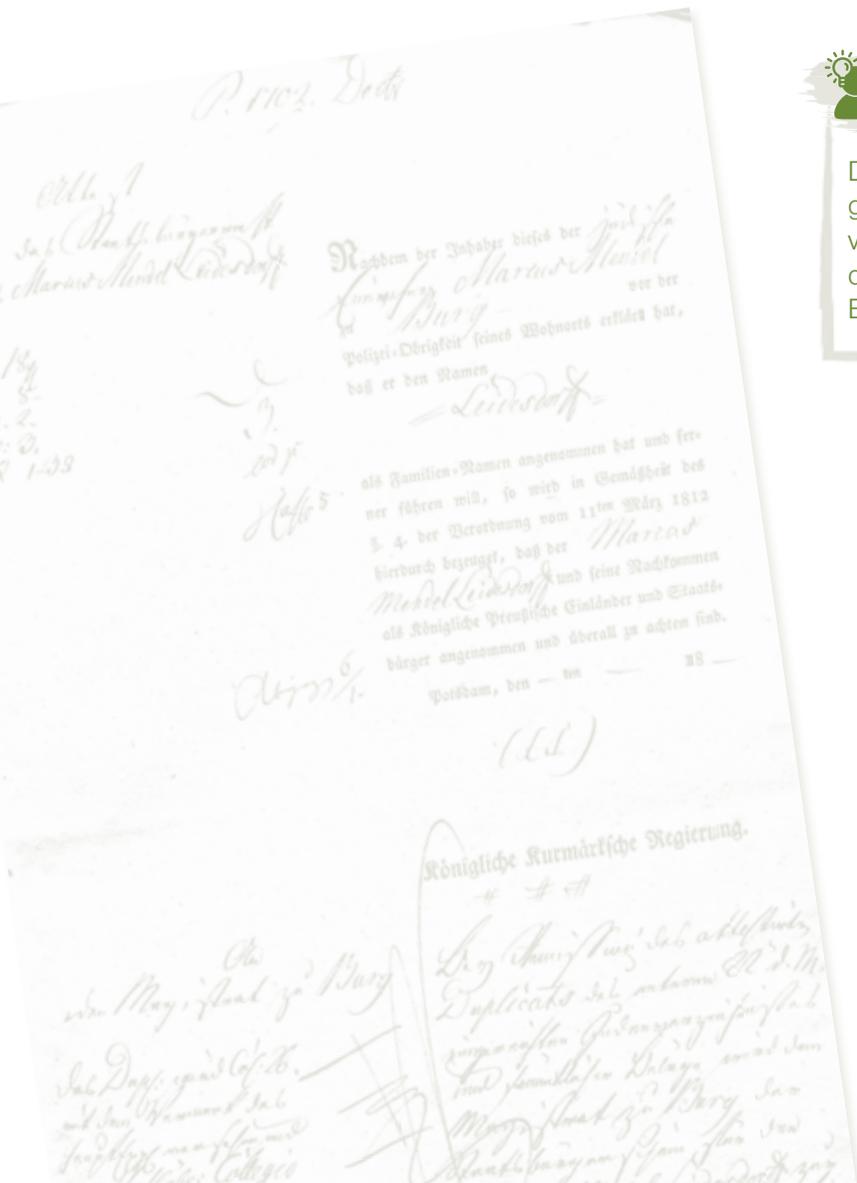
Für diesen Antrag mussten die jüdischen Familien sich auf einen Familiennamen festlegen. In Burg stellte der Familienvater der Familie Leidersdorff den entsprechenden Antrag. Die Familie Leidersdorff ist als einzige Familie in den Unterlagen des Ortes aufgenommen. Sie wollten ihren bisherigen Nachnamen Leidersdorff behalten, weil schon ihre Vorfahren ihn verwendeten. Die Familie lebte seit 1778 in Burg, wo der Vater eine Konzession zur Pflege des jüdischen Friedhofs erhalten hatte.

In einem Verzeichnis über jüdische Familien in Burg sind als Familienoberhaupt der Vater Marcus Mendel Leidersdorff (\* Juni 1755) und als weitere Familienmitglieder seine Ehefrau Menucha, geb. Bendix (\* November 1760), der Sohn Mendel Marcus (\* 13. September 1793) und die Töchter Bine (\* 2. November 1795) und Julie (\* 20. Juli 1801) verzeichnet. Alle Familienmitglieder wurden unter der Zugehörigkeit des Vaters als Staatsbürger zusammengefasst. Für die Kinder galt dieser Status so lange, bis sie ein eigenes Gewerbe angingen oder heirateten.

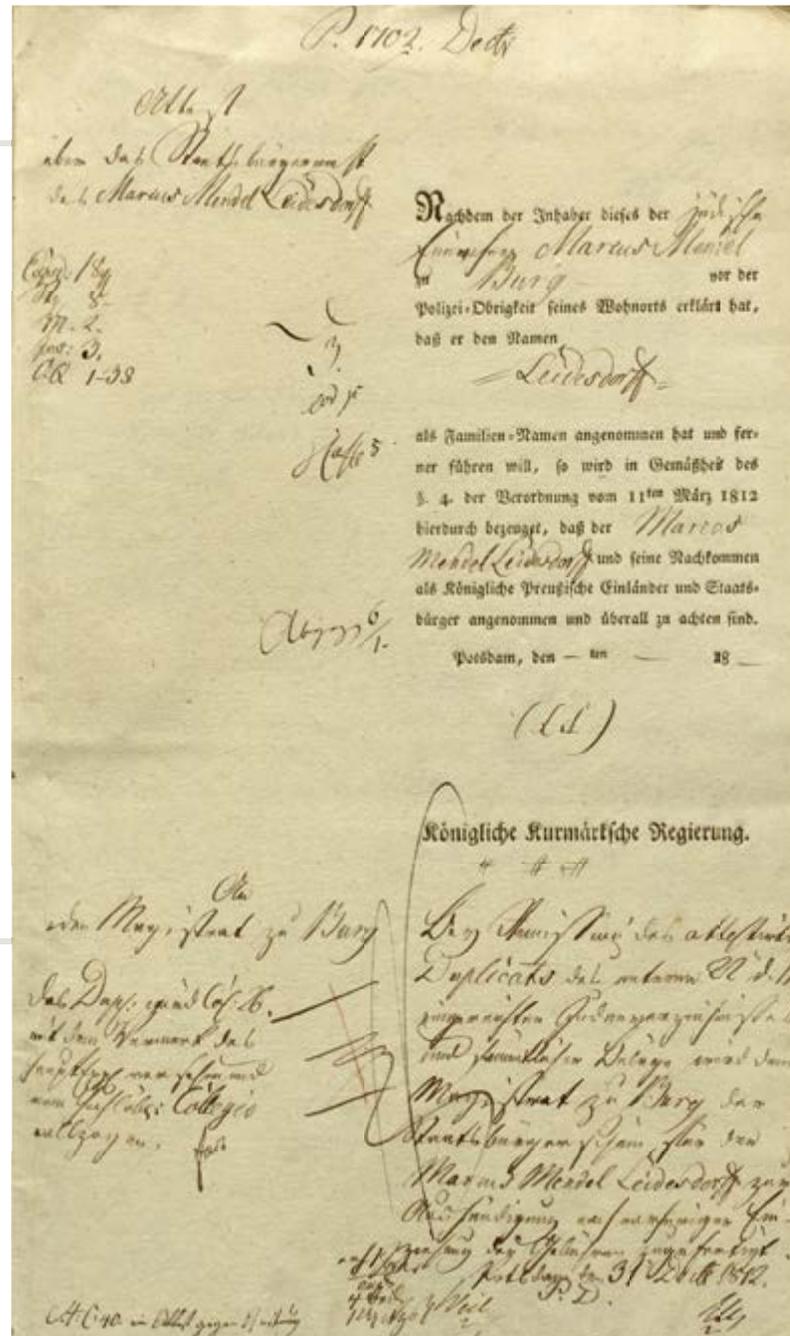


### Sensibilisierung für das Thema

Der Staatsbürgerschaftsnachweis stellt einen großen Schritt im Kampf um Gleichberechtigung von Jüdinnen und Juden dar. Die Herrschenden unterstützten diesen Kampf oft wegen ihrer Eigeninteressen.



Attest  
über das Staatsbürgerrecht  
des Marcus Mendel Leidesdorff



An  
den Magistrat zu Burg

Das Dupl[ikat] und Col. 26.  
mit dem Vermerk des  
HauptEx[emplars] versehen und  
vom Hochl[öb]l[ichen] Collegio  
vollzogen.

Nachdem der Inhaber dieses der jüdische  
Einwohner Marcus Mendel  
zu Burg vor der  
Polizei-Obrigkeit seines Wohnorts erklärt hat,  
daß er den Namen  
Leidesdorff

als Familien-Namen angenommen hat und fer-  
ner führen will, so wird in Gemäßheit des  
§. 4. der Verordnung vom 11ten März 1812  
hierdurch bezeugt, daß der Marcus  
Mendel Leidesdorff und seine Nachkommen  
als Königliche Preussische Einländer und Staats-  
bürger angenommen und überall zu achen sind.

Potsdam, den -ten - 18-

(L.S.)

Königliche Kurmärkische Regierung.

Bey Remission des attestirten  
Duplicats des unterm 22. d[ieser] M[onats]  
eingereichten Judenverzeichnisses  
und sämtlicher Beläge wird dem  
Magistrat zu Burg der  
Staatsbürgerschein für den  
Marcus Mendel Leidesdorff zur  
Aushändigung nach vorheriger Ein-  
ziehung der Gebühren zugefertigt.  
Potsdam, den 31. Dec[embris] 1812.  
P.D.

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 2: Staatsbürgerschaftsnachweis für Marcus Mendel Leidersdorff vom 31. Dezember 1812

#### KONTEXTUALISIERUNG

Der Staatsbürgerschaftsnachweis ist das Ergebnis des preußischen Emanzipationsedikts von 1812. Dieses stellt innerhalb des Kampfes um Gleichberechtigung eine erste Zäsur dar: Mit dem Edikt wurde der Status von Jüdinnen und Juden als sogenannte Schutzjuden aufgehoben, und sie wurden zu „Einländern“ und „Staatsbürgern“ mit gleichen Pflichten erklärt. Preußen orientierte sich dabei an Frankreich, das bereits in seiner Verfassung von 1791 die rechtliche Gleichstellung von Jüdinnen und Juden verankerte und es ab 1806 auf die deutschen Modellstaaten übertrug.

Einschränkend muss erwähnt werden, dass es sich nicht um eine vollständige Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden gehandelt hat, weil ihnen der Zugang zu staatlichen Ämtern verwehrt wurde. Das Edikt wird in der Forschung als Versuch der obrigkeitgeführten Assimilation gedeutet, da festgelegt wurde, dass Jüdinnen und Juden feste Familiennamen führen und alle Geschäfte in deutscher Sprache geführt und dokumentiert werden sollten. Gegen eine völlige Gleichberechtigung durch das Edikt sprechen auch Zugangshürden zu führenden militärischen und universitären Positionen.



#### SENSIBILISIERUNG

Im Gegensatz zum Status als „Schutzjuden“ eröffnete das Emanzipationsedikt neue Möglichkeiten für Jüdinnen und Juden. Dennoch sollte kritisch hinterfragt werden, was die Motive hinter der Vergabe des Staatsbürgerstatus waren. Gerade die Einschränkungen zeigen, dass es sich nicht um eine vollständige Gleichberechtigung gehandelt hat.

Bei der Behandlung dieses Themas ist es wichtig, Jüdinnen und Juden als Teil dieses Prozesses zu sehen und sie nicht als willenlose Herrschaftsobjekte darzustellen. Dabei ist zu unterstreichen, dass Jüdinnen und Juden sich selbst als Staatsbürger sahen. Dass auch die Familie Leidersdorff die durch die Französische Revolution angestoßenen Entwicklungen positiv aufgenommen hat, kann anhand der Vornamen der Töchter angenommen werden: Bine und Julie sind typische Namen der Zeit und stammen nicht aus einem traditionellen hebräischsprachigen Kontext.

**Q 3: Vertrauliches Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten über „Freiwerdende Judenwohnungen“ in Weißenfels vom 16. Mai 1942**



Bei der vorliegenden Quelle handelt es sich um ein vertrauliches Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten über „Freiwerdende Judenwohnungen“ in Weißenfels vom 16. Mai 1942. Es betrifft auch die Villa von Julius Lewinsohn.



Als sich die Nationalsozialisten ab April 1942 auf die Deportation der in Halle verbliebenen Jüdinnen und Juden vorbereiteten, wurde ermittelt, welche Häuser und Wohnungen anschließend unbewohnt sein würden. Hierbei waren auch zivile Verwaltungsstellen involviert, welche die Vermögenswerte und den Besitz von Jüdinnen und Juden erfassten. Nachdem die Jüdinnen und Juden enteignet, entrechtet und deportiert worden waren, übernahmen diese Behörden die Verwaltung der Gebäude.

Von großem Interesse für die Beamten in Weißenfels war die Villa des jüdischen Schuhfabrikanten Julius Lewinsohn in der damaligen Starkes Privatstraße 6 (heute Dr. Benjamin Halevi-Straße 6). Schon am 1. Juli 1938 hatte er im Zuge der „Arisierung“ seine Schuhfabrik „Trampler“ an zwei nicht jüdische Unternehmer unter Wert verkaufen müssen. 1939 musste Julius Lewinsohn nach Abschluss eines „Heimeinkaufsvertrages“ in das sogenannte Judenhaus in der Boelckestraße 24 in Halle (heute Dessauer Straße) umziehen und dafür Abgaben zahlen. Am 2. September 1942 wurde Lewinsohn schließlich sein verbliebenes Vermögen inklusive der Villa entzogen. Im selben Jahr wurde er nach Theresienstadt deportiert, wo er verstarb.

Am 2. Dezember 1943 erlaubte der Oberfinanzpräsident die Nutzung der Wohnungen für Zwecke der „Wohnungsfürsorge für Reichsbedienstete“. Die Nationalsozialisten bauten das Haus nach ihren Bedürfnissen um.



**Sensibilisierung für das Thema**

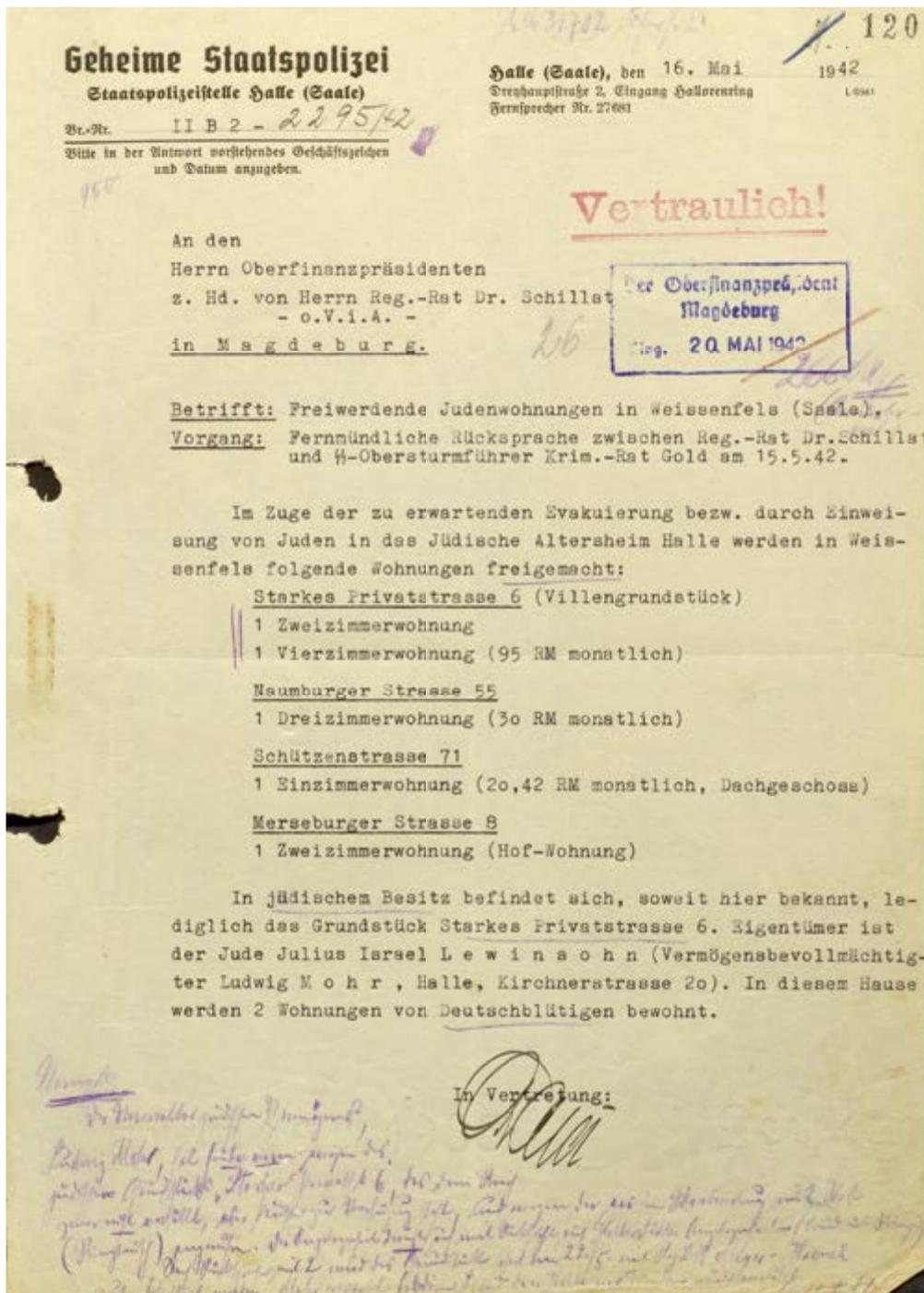
Vom Nationalsozialismus profitierten auch zivile Akteur:innen. Die Nationalsozialisten verwendeten in ihrer Sprache oft Wörter, die ihre grausamen Taten harmlos klingen ließen oder ganz verschleierte. Solche Begriffe finden sich auch in der vorliegenden Quelle.



Logo der Schuhfabrik Trampler, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 110 Halle, Nr. 988, Bl. –519



Briefkopf der Schuhfabrik Trampler, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 110 Halle, Nr. 988, Bl. 504



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, G 1, Nr. 48, Bl. 120.

### Transkription des Vermerks am Seitenende

(tlw. aufgrund von verschmierter Schrift nicht entzifferbar)

Vermerk,

Der Verwalter jüdischen Vermögens,

Ludwig Mohr, hat heute vormittags wegen des

jüdischen Grundstücks „Starker Privatstr. 6“, das dem Reich

zwar nicht anfällt, aber käuflich zur Verfügung steht, und wegen der arischen Mietwohnung im 2. Stock

(Ringtausch) angerufen. Die Angelegenheit drängt auch mit Rücksicht auf Halberstädter Angelegenheiten (Grundstück [...]).

Nach Rücksprache mit 2 wird das Grundstück sofort am 22.5. mit Reg[istru]ngs[B ?] Meyer-Hoene[?]l

zusammen besichtigt werden. Mohr macht baldigen Bescheid, den Halle nach Pfingsten wieder vorlegt.

Schillat 21./5.

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 3: Vertrauliches Schreiben der Geheimen Staatspolizei an den Oberfinanzpräsidenten über „Freiwerdende Judenwohnungen“ in Weißenfels vom 16. Mai 1942

#### KONTEXTUALISIERUNG

Aus dem Schreiben wird die Zugriffsweise des NS-Staates auf das Eigentum von Jüdinnen und Juden deutlich: Innerhalb der Akte finden sich Fassaden- und Innenpläne sowie Schreiben darüber, wie die Wohnungen der Villa nachgenutzt werden könnten. Dieses Vorgehen wurde durch das sogenannte „Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ vom 30. April 1939 rechtlich verankert. Der NS-Staat bereicherte sich durch die Enteignung der Jüdinnen und Juden. Seit 2009 erinnert ein Stolperstein an Julius Lewinsohn, und 2015 besuchte seine Urenkelin die Stadt.



#### SENSIBILISIERUNG

Das Dokument enthält viele euphemistische Begriffe der Nationalsozialisten: Wenn von der „Einweisung in das Jüdische Altersheim“ die Rede ist, handelt es sich dabei um die sogenannten Judenhäuser, die eine Zwischenstufe vor der Deportation nach Theresienstadt darstellten und keinesfalls mit Altersheimen zu vergleichen sind. „Judenhäuser“ sind als Zwangswohnorte und damit als Orte der Verdrängung und Verfolgung jüdischen Lebens zu charakterisieren. Der Begriff „Evakuierung“ ist ein Euphemismus für die Deportation in die Vernichtungslager bzw. im Falle der Älteren nach Theresienstadt. Auch der aufgezwungene „Heimeinkaufsvertrag“ sollte sprachkritisch untersucht und eingeordnet werden.

An der Quelle wird außerdem deutlich, dass auch zivile Akteur:innen ein wirtschaftliches Interesse an der Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden hatten. Um den tiefen Einschnitten in jüdisches Leben gerecht zu werden, die in der Shoah kulminierten, ist es notwendig, die zivilen Beteiligten nicht außer Acht zu lassen. Es kommt zudem darauf an, Jüdinnen und Juden nicht zu entpersonalisieren, wie es die Quelle tut.

## Teilhabe und Ausgrenzung



Jüdinnen und Juden haben im Verlauf der Geschichte im heutigen **Sachsen-Anhalt** sehr unterschiedlich mit anderen Gruppen zusammengelebt: Oft verlief das Zusammenleben sehr harmonisch, es gab aber auch Konflikte. In manchen Zeiten hatten sie an der Gemeinschaft teil, in anderen wurden sie ausgegrenzt. Je nachdem, wie sich die verschiedenen Gruppen zueinander verhielten, konnten Jüdinnen und Juden ihr Leben unterschiedlich gestalten.

### Erfolgsgeschichten und Konflikte

Die Arbeitsmöglichkeiten von Jüdinnen und Juden wurden vom Mittelalter bis ins frühe 19. Jahrhundert von den Herrschenden reguliert (siehe **Kapitel 1**). Dies lag im Interesse der nichtjüdischen Bevölkerung, die insbesondere wirtschaftliche Konkurrenz fürchtete. Deshalb arbeiteten Jüdinnen und Juden in sehr begrenzten Berufsfeldern oder verarmten. Manche fanden im Kreditgeschäft eine Nische, die ihnen auf der einen Seite Wohlstand und Ansehen und auf der anderen Seite Hass und Neid einbrachte. Mit dem gesellschaftlichen Wandel im 18. und 19. Jahrhundert gewannen die Arbeitsbereiche, in denen Jüdinnen und Juden Fuß gefasst hatten, für die Gesellschaft an Relevanz. Viele von ihnen ge-

hörten zu den Aufsteiger:innen des Bürgertums. Als Beispiel für diese Entwicklung steht eine Rechnung von Israel Jakob und Susmann Heynemann aus dem Jahr 1831 (**Q 4**). Wegen der Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten bauten sie sich eine Existenz im Handel auf, die es ihnen ermöglichte, ein Bank- und Geldverleihgeschäft zu eröffnen.

Andere Jüdinnen und Juden, insbesondere auf dem Land, erlebten jedoch eine starke Verarmung. Ihre Tätigkeitsfelder wurden durch die Herrschenden nicht gefördert und sie waren außerdem von christlichen Fürsorgeeinrichtungen ausgeschlossen.

Weil es im Judentum eine religiöse Pflicht ist, Bedürftige zu unterstützen, und sich Jüdinnen und Juden wegen der fehlenden Unterstützung durch Staat und Gesellschaft gut miteinander vernetzten, sorgten sie selbst für die Verarmten. Das kann an der Stiftung von Johanne Elbthal (**Q 5**) verdeutlicht werden. Die jüdische Magdeburgerin befolgte unter anderem die religiöse Pflicht zur **Tzedaka** und hinterließ ihrer Gemeinde Geld für die Versorgung von Bedürftigen.



### Tzedaka

Tzedaka (צדקה) bedeutet Gerechtigkeit; es handelt sich um ein religiöses Gebot, zu dem alle Jüdinnen und Juden verpflichtet sind. Die Pflicht besteht darin, das eigene Eigentum (nach Maß) mit anderen zu teilen, weil es jedem Menschen von Gott gegeben wurde und daher allen zusteht. Auf diese Weise sollen Jüdinnen und Juden die Welt verbessern. Es geht dabei nicht um das Verleihen von Geld, sondern um die uneigennützigste Gabe an Andere. Die gängige Übersetzung des Wortes mit Wohltätigkeit ist nicht ganz richtig, weil es sich um eine religiöse Auflage und keine freiwillige, generöse Tugend handelt. Tzedaka ist ein fester Teil des Judentums und hat daher eine lange Geschichte.



Kaufhaus Joske in der Judenstraße 2 in Weißenfels (2022),  
Foto: Riccarda Henkel.

Während der Industrialisierung entwickelte sich der Handel zu einem starken Wirtschaftszweig. Dies zahlte sich für einige Jüdinnen und Juden aus, die sich dort eine Arbeitsmöglichkeit gesucht hatten. Das Warenhaus von Emil Joske (**Q 6**) ist ein gutes Beispiel für eine solche Erfolgsgeschichte: Der jüdische Händler Emil Joske besaß ab 1877 ein beliebtes Warenhaus im Stadtkern von Weißenfels. Im Jahr 1927 entschied er sich dazu, ein größeres Warenhaus in der zentral gelegenen Judenstraße zu bauen, das bis heute genutzt wird. Joske prägte mit seinem Kaufhaus das Stadtleben. Er war nicht der einzige jü-

dische Mensch, der sich die neuen Möglichkeiten zu-  
nutze machte. Jüdinnen und Juden waren zu diesem  
Zeitpunkt in die Gesellschaft integriert. Gleichzeitig  
verstärkten sich Hass und Neid auf Jüdinnen und Ju-  
den. Dass sich der Hass insbesondere auf diese und  
nicht nur allgemein auf soziale Aufsteiger:innen der  
Zeit richtete, lag am **Antisemitismus**.



### Antisemitismus

Der Begriff Antisemitismus wird seit dem Ende des  
19. Jahrhunderts verwendet und bezieht sich auf eine  
Form des Judenhasses, der Jüdinnen und Juden als  
menschliche „Rasse“ definiert. Das heißt, Antisemit:in-  
nen lehnen Jüdinnen und Juden nicht primär aus reli-  
giösen Gründen ab, sondern wegen einer angeblichen  
Zugehörigkeit zu einer „Rasse“. Diese Feindschaft  
kann sich auf ganz verschiedenen Ebenen äußern. Die  
extremste Form, der eliminatorische Antisemitismus,  
fordert offen die Ermordung aller Jüdinnen und Juden.  
Die Nationalsozialisten versuchten, dies in die Tat um-  
zusetzen.

Auch heute gibt es weiterhin Antisemitismus. Dieser  
wird in unterschiedliche Varianten aufgeteilt. Beson-  
ders häufig bezieht sich Antisemitismus auf Israel:  
Alle Jüdinnen und Juden werden dabei für die Politik  
des Staates Israel verantwortlich gemacht, egal ob sie  
dort leben oder nicht. Diese Art des Antisemitismus  
nennt die Wissenschaft „israelbezogenen Antisemi-  
tismus“. Wenn Antisemit:innen die Shoah zum Anlass  
ihres Hasses nehmen, indem sie sie entweder leugnen  
oder Jüdinnen und Juden deren Instrumentalisierung  
vorwerfen, spricht man von „sekundärem Antisemitis-  
mus“ oder „Post-Shoah Antisemitismus“.

Die Bundesregierung setzt sich gegen Antisemitismus  
ein und verwendet dabei die weit gefasste Antisemi-  
tismus-Definition der *Internationalen Allianz zum Ho-  
locaustgedenken (IHRA)*:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung  
von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber  
Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemi-  
tismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische  
oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Ei-  
gentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen  
oder religiöse Einrichtungen.“

### Gesellschaftlicher Wandel und Antisemitismus

Der gesellschaftliche Wandel seit dem 19. Jahrhun-  
dert löste wirtschaftliche und soziale Abstiegsängste  
in der Bevölkerung aus. Der **Antisemitismus** wiede-  
rum übertrug diese Ängste irrational auf die Gruppe  
der Jüdinnen und Juden. Wie erfolgreich das Schü-  
ren von Ängsten war, zeigt die weitere Geschichte  
des Warenhauses von Emil Joske (Q 6): Heute ge-  
hört das Geschäft keiner jüdischen Person mehr,  
was ein Ergebnis der Entrechtungs- und Vernich-  
tungspolitik der Nationalsozialisten ist.

Es wird deutlich, dass der moderne Antisemitismus  
nicht nur die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Jüdin-  
nen und Juden ablehnte, sondern ihr gesamtes Da-  
sein als Menschen. Dies zeigte sich auch im Alltag:  
Schon während der Weimarer Republik war es Teilen  
der nichtjüdischen Bevölkerung wichtig, dass Jüdin-  
nen und Juden nicht mehr Ferienorte und Schwimm-  
bäder besuchen durften (Q 7). Damit verschmolzen  
die politischen Ziele mit der Freizeitgestaltung: Das  
Schwimmbad wurde zur politischen Arena. Die Na-  
tionalsozialisten übertrugen den Antisemitismus der  
Zeit in Gesetze und nutzten ihn für die Vertreibung  
und Ermordung von Millionen Menschen.

**Q 4: Rechnung von Israel Jakob und Susmann Heynemann an Christian von dem Knesebeck aus dem Jahr 1831**



Bei der Quelle handelt es sich um eine Rechnung von Israel Jakob und Susmann Heynemann an den Guts-herren und Oberleutnant Christian von dem Knesebeck aus dem Jahr 1831.



Weil Israel Jakob und Susmann Heynemann das geliehene Geld von Christian von dem Knesebeck nicht zurück-erhielten, wurde der Fall 1834 vor dem Königlich Preußischen Oberlandesgericht in Naumburg verhandelt.

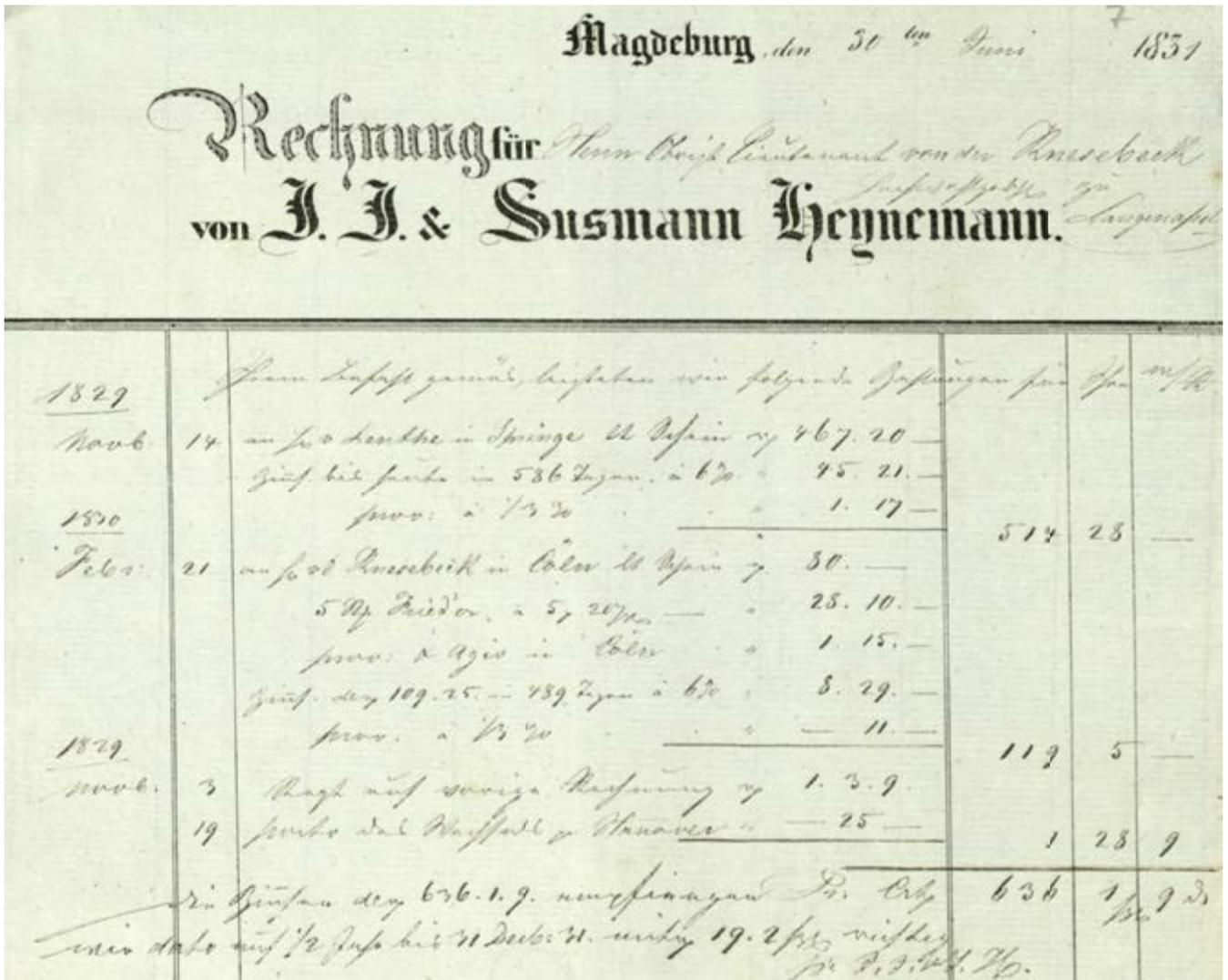
Israel Jakob und Susmann Heynemann waren Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Magdeburg und als Unternehmer und Geldverleiher tätig. Sie organisierten den Geldverleih von Braunschweig, Magdeburg und Halberstadt aus. 1829 und 1830 lieh sich Christian von dem Knesebeck bei ihnen und anderen Verleihern Geld, zahlte dieses und die dazu anfallenden Zinsen aber über Jahre hinweg nicht zurück. Grund dafür waren zum einen Ausgaben seines Bruders und zum anderen mehrere schlechte Ernten, die er hoffte, mit den Ein-nahmen besserer Ernten in den Folgejahren ausgleichen zu können. Die beiden Handelsleute und Bankiers schrieben über mehrere Jahre zahlreiche Briefe an den Schuldner und forderten ihn ohne Erfolg zur Zahlung der Schuldsomme und der Zinsen auf. Letztlich konnten die beiden mit einer Klage vor dem Oberlandesge-richt 1834 durchsetzen, dass das Geld zurückgezahlt werden musste. Weil Christian von dem Knesebeck zu dem genannten Gerichtstermin nicht erschien, wurden ihm außerdem die Prozesskosten auferlegt.



**Sensibilisierung für das Thema**

Der Zugang zu Berufen war für Jüdinnen und Juden begrenzt, sodass sie sich Nischen su-chen mussten, um ihr Einkommen zu verdienen. Wegen des damaligen Erfolgs von einzelnen Personen in der Handels- und Finanzbranche und ohne Beachtung des historischen Kontex-tes wird Jüdinnen und Juden von Antisemit:in-nen unterstellt, es sei ihre Charaktereigenschaft, sich für Geld zu interessieren und andere betrü-gen zu wollen.





Landesarchiv Sachsen-Anhalt, H 135, Nr. 697, Bl. 7.

### Transkription

Magdeburg, den 30ten Juni 1831  
 Rechnung für Herrn Obrist Lieutenant von der Knesebeck  
 Hochwohlgeb[ore]n zu Langenapel  
 von J. J. & Susmann Heynemann.

		Ihrem Befehl gemäs, leisteten wir folgende Zustellungen für Ihre			Rthl.
1829 Nov[ember]	14	an H[errn] v[on] Lenthe in Springe l[aut] Schein Reichstaler 467.20 - Zinns[en] bis heute in 586 Tagen à 6 % Reichstaler 45.21 - Prov: à 1/3 % Reichstaler 1.17 -	514	28	
1830 Febr[uar]	21	an H[errn] v[on] d[em] Knesebeck in Cöln l[aut] Schein Reichstaler 80. - 5 Stück Friedrich d'or à 5 Reichstaler 20 Silbergroschen - Reichstaler 28.10. - Prov: et Agio in Cöln Reichstaler 1.15.- Zinns[en] der Summe 109.25 in 489 Tagen à 6 % Reichstaler 8.29. - Prov: à 1/3 % - 11.-	119	5	
1829 Nov[ember]	3 19	Rest auf vorige Rechnung Reichstaler 1.3.9. sconto des Wechsels zu Hannover Reichstaler - 25 -	1	28	9
		Die Zinnsen der Summe 636.1.9. empfingen Pr[eu]ßisch C[ou]r[an]t wir dato auf ½ Jahr bis 31 Dec[em]b[er] 31. mit Summe 19.2. Silbergroschen richtig per manum J. J. et S. H.	636	1 Silber- groschen	9 Pfennige

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 4: *Rechnung von Israel Jakob und Susmann Heynemann an Christian von dem Knesebeck aus dem Jahr 1831*

#### KONTEXTUALISIERUNG

Dass die beiden Handelsleute Israel Jakob und Susmann Heynemann zu Geldverleihern wurden, ist nicht untypisch: Viele erfolgreiche Handelsleute sahen im Kreditgeschäft wirtschaftliche Chancen. In besonderem Maße galt dies wegen der Restriktionen bei der Berufsausübung für Jüdinnen und Juden.



#### SENSIBILISIERUNG

Das Thema des Geldverleihs ist bis in die Gegenwart mit antisemitischen Projektionen besetzt. Diese werden durch verkürzte Darstellungen einer kongruenten Geschichte vom Mittelalter bis in die Gegenwart ermöglicht. Konkret wird oft das Bild des jüdischen Geldverleihers evoziert, der diesen Beruf wegen des christlichen Zinsverbotes exklusiv habe ausüben können, wobei ihm typisch jüdische Charaktereigenschaften zu Hilfe gekommen seien. Es handelte sich um ein Wucher- und kein Geldverleihverbot. Es bestand außerdem ein Unterschied zwischen Rechtsnorm und Rechtspraxis, da frühneuzeitliche Lockerungen des Zinsverbots und Praktiken seiner Umgehung auch christlichen Kaufleuten zunehmend Kreditgeschäfte ermöglichten. Ungeachtet dessen verfestigte sich die Vorstellung, dass Jüdinnen und Juden im Verlauf der Geschichte in diesem Bereich eine Expertise gewonnen hätten, die sie zum Schaden anderer bzw. des Gemeinwohls ausgenützt hätten.

## Q 5: Statut der Bianca Elbthal-Stiftung von 1873



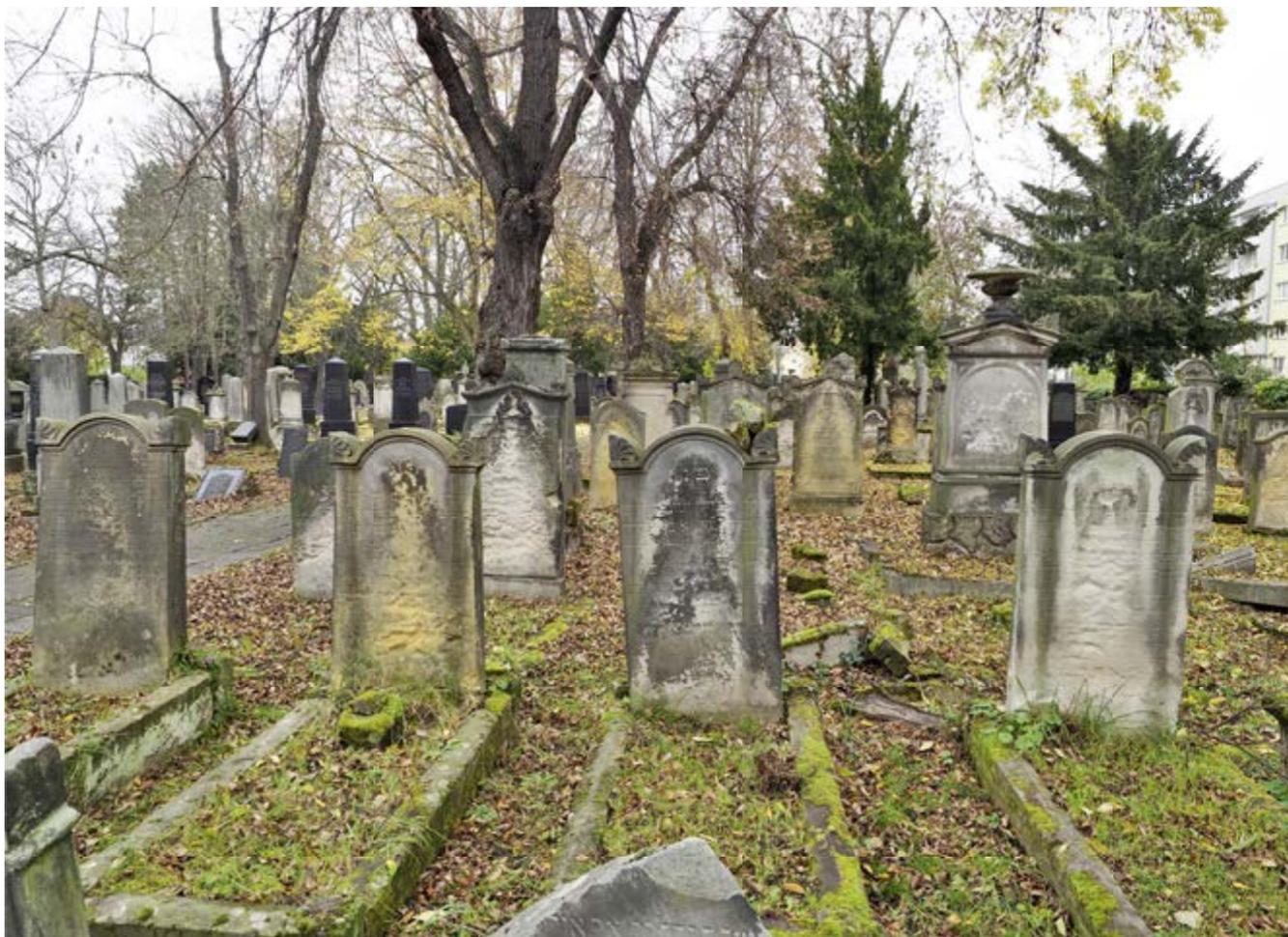
Bei der Quelle handelt es sich um das 1873 verfasste Statut der Bianca Elbthal-Stiftung in Magdeburg, deren Gründung von Johanne Elbthal, geborene Haller, testamentarisch verfügt wurde.



Die Bianca-Elbthal Stiftung sollte der Unterstützung von Armen und Kranken dienen und wurde nach der Tochter der Stifterin benannt. Im Statut wurde festgehalten, wie mit dem von der Stifterin Johanne Elbthal hinterlassenen Geld umzugehen wäre und wie die in der Stiftung niedergelegten Regularien eingehalten und kontrolliert werden sollten.

Die verwitwete Stifterin Johanne Elbthal wurde um das Jahr 1789 geboren und verstarb am 10. Juli 1872. In ihrem Testament hatte sie festgelegt, dass nach ihrem Tod zwei Stiftungen entstehen sollten: Die Elbthal-Stiftung und die Bianca-Elbthal Stiftung. Erstere sollte zunächst mit einem Vermögen von 2.100 Talern Arme versorgen und die Gräber der Familie Elbthal instand halten. Letztere sollte mit 9.500 Talern ausgestattet und dazu bestimmt sein, jüdische Blinde und Kranke zu unterstützen. Beide Stiftungen dienten auch der Erinnerung an die verstorbenen Mitglieder der Familie an jüdischen Gedenktagen.

Weil Bianca Elbthal mit 40 Jahren noch vor ihrer Mutter verstarb, benannte Johanne die Stiftung auch als Erinnerung nach ihrer Tochter. Johanne Elbthal wurde auf dem jüdischen Friedhof Magdeburgs beerdigt, wo auch ihre Kinder Bianca (verst. 3. Okt. 1861) und Herman Elbthal (verst. 21. Sept. 1849) sowie ihr Ehemann Isaak Ignatz (verst. 13. Okt. 1857) und ihr Schwiegervater Samuel Isaak Elbthal (verst. 27. Juni 1825) beige-  
setzt worden waren.



Grabsteine der Familie Elbthal auf dem jüdischen Friedhof am Fermersleber Weg in Magdeburg, Foto: Daniel Grunow

I. J. 1491

37  
//

# Statut

## der Bianca Elbthal'schen Stiftung zu Magdeburg.

### § 1.

Die am 10. Juli 1872 verstorbene, hier wohnhaft gewesene Frau Wittwe Johanne Elbthal, geborene Haller, hat

nach § 2 No. 10 ihres Testamentes vom 27. März 1862 und

No. 1 des Codicills v. 7. August 1863 Thlr. 1000 —. —.

laut No. 2 desselben Codicills noch „ 3000 —. —.

und nach dem, unter demselben befindlichen Nachzettel vom 1. Juli 1868,

weitere . . . . . „ 2000 —. —.

und laut Codicill vom 21. Juli 1865:

a) baar . . . . . „ 1 2. 6.

b) in Preussischen 4% Anleihen „ 3500 —. —.

Thlr. 9501 2. 6.

abzüglich Erbschaftsstempel . . . . . „ 760 2. 6.

also Netto . . . . . Thaler 8741 —. —.

der Synagogen-Gemeinde Magdeburg vermacht, um daraus eine Stiftung für arme, würdige Blinde und Kranke israelitischer Religion zu gründen. Der Vorstand dieser Stiftung ist verpflichtet, alljährlich am 3. October ein Gebet für die Wohlthäterin Bianca Elbthal abhalten zu lassen.

Die in dieser Weise begründete Stiftung hat ihren Sitz und Gerichtsstand in Magdeburg.



— 2 —

## § 2.

Die Verwaltung dieser in § 1 erwähnten Gelder und Effecten geschieht, wie im Testament der Erblasserin verordnet, durch den Vorstand der Synagogen-Gemeinde Magdeburg und hat dieser für deren sichere Anlage in pupillarisch-sicheren Hypotheken, deutschen Staatspapieren oder anderen, unbedingt sicheren Effecten zu sorgen.

## § 3.

Wenn Zeit, Mittel und Umstände es gestatten, kann von den vorhandenen Fonds ein Haus angekauft werden, um darin Blinde und Kranke zu verpflegen, sonst werden Unterstützungen an derartig Bedürftige aus den jährlich einkommenden Zinsen und etwaigen zufälligen Einnahmen vertheilt. Die nicht vertheilten Zinsen und zufälligen Einnahmen werden zum Capital-Stock geschlagen.

## § 4.

Die Wohlthaten der Bianca Elbthal'schen Stiftung dürfen nur wirklich bedürftigen und würdigen israelitischen Blinden und Kranken zukommen, deren Bedürftigkeit und Moralität durch glaubwürdige Atteste nachgewiesen ist; die Bestimmung hierüber steht allein dem Vorstande der Synagogen-Gemeinde Magdeburg zu.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 28 Ie I, Nr. 1640, Bl. 37 (RS).

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 5: Statut der Bianca Elbthal-Stiftung von 1873

#### KONTEXTUALISIERUNG

Johanne Elbthal verstarb im Alter von 80 Jahren, vorher spendete sie 3.000 Taler zur Errichtung einer festen Friedhofsmauer.

Über Johanne Elbthals Schwiegervater Samuel Isaak Elbthal (gest. 1825) ist bekannt, dass er in seiner Rolle als Syndikus der jüdischen Gemeinde im Jahr 1815 den Magistrat der Stadt Magdeburg um ein Grundstück zur Wiedererrichtung des Friedhofs bat.

Beide Stiftungen der Johanne Elbthal existieren, wie alle jüdischen Stiftungen, seit dem Nationalsozialismus nicht mehr. Die erste jüdische Stiftung der Stadt wurde 1845 von Benjamin Caspar errichtet, um Mittellosen der Synagogengemeinde zu helfen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mehrere jüdische Stiftungen ins Leben gerufen, die oftmals für die Unterstützung jüdischer Menschen gegründet wurden, da diese von anderen Institutionen meist keine finanzielle Hilfe erhielten.

Das Testament wurde 1862 verfasst und 1874 genehmigt. Es ist außerdem überliefert, dass Johanne Elbthal nachträglich ihr Testament veränderte, um den Betrag für die Unterstützung zu erhöhen. Nachgewiesen ist, dass die Stiftung im Jahr 1878 1.261 Mark zur Unterstützung von jüdischen Blinden und Kranken der Magdeburger Gemeinde ausgab. Das in § 3 angedachte Gebäude wurde nie errichtet.



#### SENSIBILISIERUNG

Johanne Elbthal kann als weibliche jüdische Akteurin vorgestellt werden: An ihr kann die Verbürgerlichung der jüdischen Gemeinden im 19. Jahrhundert demonstriert werden. An ihrer Rolle als Stifterin wird deutlich, dass es Frauen möglich gewesen ist, die Gemeinden zu unterstützen. Auf diese Weise trat Johanne Elbthal als eine Jüdin auf, die sich an die Wohltätigkeitspflicht, die Tzedaka, hielt. Dass sie mit der Art der Wohltätigkeit, einer Stiftungsgründung, ein auch im christlichen Bürgertum genutztes Modell wählte, zeigt die Annäherung zwischen Jüdinnen und Juden und der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft. Deshalb kann die Stiftung als Beispiel für eine gelungene Akkulturation herangezogen werden.

## Q 6: Fotos vom jüdischen Warenhaus Emil Joske in Weißenfels um 1929



Bei den Fotografien handelt es sich um Aufnahmen des Warenhauses von Emil Joske in Weißenfels, die um das Jahr 1929 entstanden sind.

Der jüdische Kaufmann Emil Joske wurde am 1. September 1855 in Birnbaum an der Warthe in Posen (heute Międzychód in Polen) geboren. Als erfolgreicher Unternehmer besaß er ein Warenhaus in Weißenfels. Das abgebildete Gebäude ließ er im Jahr 1927 anlässlich des 50-jährigen Geschäftsjubiläums des Warenhauses Joske in der Judenstraße in Weißenfels bauen. Emil Joske starb am 3. Dezember 1933 in Leipzig und wurde in Weißenfels beerdigt, wo sein Grab noch erhalten ist.

Warenhäuser kamen erst zum Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland auf und waren zunächst nur in großen Städten vorhanden. Das Warenhaus Joske war bis 1933 das größte Modebekleidungsgeschäft der Stadt. Mit seinen großen Schaufenstern und den vielfältigen Waren bot es den Weißenfelsern ein modernes Einkaufserlebnis. Im Zuge der „Arisierung“ jüdischer Geschäfte und Betriebe wurde das Warenhaus Joske von den Nationalsozialisten enteignet.



### Sensibilisierung für das Thema

Jüdinnen und Juden sind über weite Strecken der Geschichte ein fester Bestandteil der Gesellschaft und aus dieser nicht wegzudenken. Der Erfolg der Warenhausbesitzer löste jedoch zum Teil bei weniger erfolgreichen Menschen Hass und Neid aus. Weil die Besitzer großer Warenhäuser oft jüdisch waren, gilt gerade das Warenhaus für Antisemit:innen bis heute als Symbol für eine angebliche jüdische Weltverschwörung.



Grabstein Mathilde und Emil Joske auf dem Weißenfelser Friedhof, Foto: Riccarda Henkel.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 582, FS Nr. P 211.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, I 582, FS Nr. P 216.



## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 6: Fotos vom jüdischen Warenhaus Emil Joske in Weißenfels um 1929

#### KONTEXTUALISIERUNG

Emil Joskes Kaufhaus war bis 1933 das größte Bekleidungsgeschäft in Weißenfels.

Emil Joske verstarb zwei Jahre nach seiner Ehefrau Mathilde Joske, geborene Löwenheim (1856–1931). Die Familie lebte in Leipzig und hatte vier Kinder: Margarete, Clara, Max und Heinz. Die älteste Tochter Margarete (\*1878) wurde in das Rigaer Ghetto deportiert, wo sie 1942 starb. Clara (\*1879) heiratete Siegfried Gottschalk und lebte in ihren letzten Lebensjahren bis 1942 in Amsterdam. Max (\*1885) starb bereits 1922. Er wurde, wie seine Eltern, auf dem Weißenfelser Friedhof bestattet. Der Nachzügler Heinz (\*1895) war Jurist. Im Nationalsozialismus wurde ihm sein Dokortitel von der Universität Leipzig entzogen. Er überlebte die Shoah und emigrierte in die USA, wo er sich fortan Henry nannte und 1985 verstarb. Der Entzug seines Doktorgrads wurde 2001 für nichtig erklärt und auf Bestreben seiner Nachfahren erneuert. Nachdem Emil Joske 1933 starb, erlaubte 1935 der Oberbürgermeister von Weißenfels die Übernahme des Textilhauses Emil Joske durch die Firma Ernst Spiegel & Co.



#### SENSIBILISIERUNG

Das Warenhaus wurde zum Sinnbild der Moderne und zum Gewinner der Industrialisierung. Als sich im 19. Jahrhundert Warenhäuser als neue Geschäftsform in Deutschland durchsetzen, griffen vor allem jüdische Kaufleute dieses Konzept auf. Viele Besitzer nutzten die wirtschaftlichen Veränderungen und wurden zu einflussreichen Personen innerhalb der Stadtgesellschaft.

Insbesondere innerhalb der anti-modernen Spielart des Antisemitismus wird das Warenhaus oft diabolisiert. Bei der Thematisierung der beiden Quellen sollte deutlich werden, dass die antisemitischen Bilder von „Wucher“ bzw. „Schacher“ nicht haltbar sind. Stattdessen kann erarbeitet werden, dass sich die Stereotype aus Neid und Hass auf das Bürgertum und deren Aufsteiger re-etablieren. Dass Jüdinnen und Juden wegen der beschränkten Arbeitsmöglichkeiten seit Langem im Handel tätig waren, erklärt auch, wieso sie oftmals Warenhäuser eröffneten. Die Behauptung eines jüdischen „Charakters“ dient dabei als Stütze des antisemitischen Diskurses und sollte hier widerlegt werden.

## Q 7: Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24. Juli 1937 an die Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister



Bei der Quelle handelt es sich um einen sogenannten Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24. Juli 1937 an den Merseburger Regierungspräsidenten. Dieser sollte ebenfalls an die Landräte und Oberbürgermeister in den Regierungsbezirken von Orten mit Bädern bzw. Kurorten weitergeleitet werden.



Die Nationalsozialisten wollten aufgrund ihrer Ideologie Menschen, die sie als jüdisch definierten, aus dem öffentlichen Raum verdrängen. Deswegen erließen sie viele diskriminierende Regeln und Gesetze, die Jüdinnen und Juden den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen erschwerten oder gar verboten. Solche galten auch für Bade- und Kurorte, weil dort Jüdinnen und Juden in engem Kontakt zu ihren Nachbarn standen, was die Nationalsozialisten als nicht tragbar ansahen.

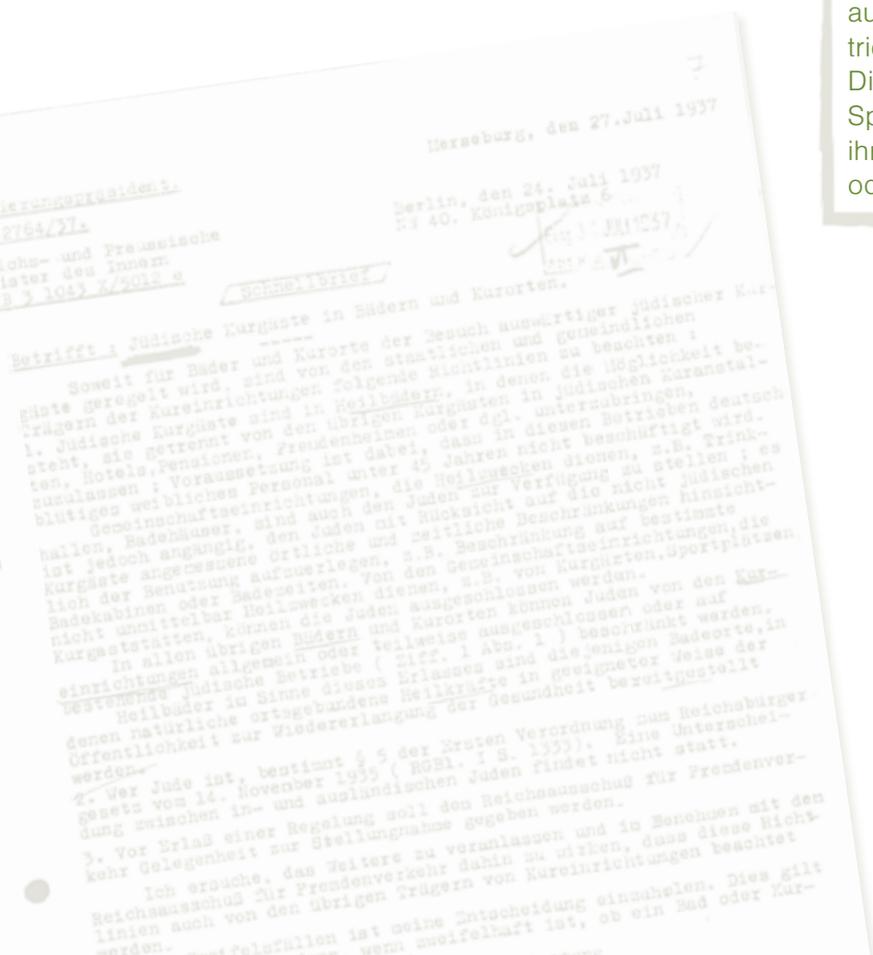
Bis 1936 konzentrierten sich die Verbote auf den Besuch von Nord- und Ostseebädern und ab 1937 weiteten sich die Maßnahmen auch auf das Binnenland aus. Dass diese Badeorte zunächst von den Verboten verschont blieben, geschah aus Rücksicht auf das Image im Ausland und bei ausländischen Tourist:innen. Der Reichs- und Preußische Minister des Innern verschärfte die Regeln 1938 erneut, bis der Ausschluss von Jüdinnen und Juden 1939 schließlich gesetzlich verankert wurde.

Der Schnellbrief wurde an alle Landräte des Regierungsbezirks Merseburg versendet und war insbesondere für diejenigen von Bedeutung, die Bäder- und Kurorte verwalteten. Zu den Bäder- und Kurorten in dieser Region zählten Lauchstädt, Kösen, Bibra, Dürrenberg, Schmiedeberg und Düben.



### Sensibilisierung für das Thema

Schon im 19. Jahrhundert gab es Versuche, Jüdinnen und Juden aus Badeorten auszuschließen. Antisemit:innen übertrugen ihren Hass auch auf den Körper und eine angebliche übertriebene Sexualität von Jüdinnen und Juden. Die Nationalsozialisten verwendeten in ihrer Sprache und ihren Dokumenten oft Wörter, die ihre grausamen Taten harmlos klingen ließen oder ganz verschleierten.





7

Der Regierungspräsident.

Merseburg, den 27. Juli 1937

K I 2764/37.

Der Reichs- und Preussische  
Minister des Innern  
I B 3 1043 X/5012 e

Berlin, den 24. Juli 1937  
NW 40, Königsplatz 6

Schnellbrief

Empf. 31. JULI 1937  
ABT. K. A. VI. Am. 12

Betrifft : Jüdische Kurgäste in Bädern und Kurorten.

Soweit für Bäder und Kurorte der Besuch auswärtiger jüdischer Kurgäste geregelt wird, sind von den staatlichen und gemeindlichen Trägern der Kureinrichtungen folgende Richtlinien zu beachten :

1. Jüdische Kurgäste sind in Heilbädern, in denen die Möglichkeit besteht, sie getrennt von den übrigen Kurgästen in jüdischen Kuranstalten, Hotels, Pensionen, Fremdenheimen oder dgl. unterzubringen, zuzulassen ; Voraussetzung ist dabei, dass in diesen Betrieben deutschblütiges weibliches Personal unter 45 Jahren nicht beschäftigt wird.

Gemeinschaftseinrichtungen, die Heilzwecken dienen, z.B. Trinkhallen, Badehäuser, sind auch den Juden zur Verfügung zu stellen ; es ist jedoch angängig, den Juden mit Rücksicht auf die nicht jüdischen Kurgäste angemessene örtliche und zeitliche Beschränkungen hinsichtlich der Benutzung aufzuerlegen, z.B. Beschränkung auf bestimmte Badekabinen oder Badeseiten. Von den Gemeinschaftseinrichtungen, die nicht unmittelbar Heilzwecken dienen, z.B. von Kurgärten, Sportplätzen, Kurgaststätten, können die Juden ausgeschlossen werden.

In allen übrigen Bädern und Kurorten können Juden von den Kureinrichtungen allgemein oder teilweise ausgeschlossen oder auf bestehende jüdische Betriebe ( Ziff. 1 Abs. 1 ) beschränkt werden.

Heilbäder im Sinne dieses Erlasses sind diejenigen Badeorte, in denen natürliche ortsgebundene Heilkräfte in geeigneter Weise der Öffentlichkeit zur Wiedererlangung der Gesundheit bereitgestellt werden.

2. Wer Jude ist, bestimmt § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 ( RGBl. I S. 1333). Eine Unterscheidung zwischen in- und ausländischen Juden findet nicht statt.

3. Vor Erlaß einer Regelung soll dem Reichsausschuß für Fremdenverkehr Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Ich ersuche, das Weitere zu veranlassen und im Benehmen mit dem Reichsausschuß für Fremdenverkehr dahin zu wirken, dass diese Richtlinien auch von den übrigen Trägern von Kureinrichtungen beachtet werden.

In Zweifelsfällen ist meine Entscheidung einzuholen. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn zweifelhaft ist, ob ein Bad oder Kurort als Heilbad anzusehen ist.

In Vertretung  
gez. Unterschrift

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Abdruck zur Kenntnis und Beachtung.

Zusatz für die Herren Landräte :

Ich ersuche, die Bürgermeister von Orten, die Bäder und Kurorte sind, sofort zu verständigen. Zu diesem Zwecke liegen weitere 10 Abdrucke dieser meiner Verfügung an.

An  
die Herren Landräte und  
die Herren Oberbürgermeister  
des Bezirkes.

In Vertretung  
gez. Dr. Darsen

Beglaubigt:

*Dr. Darsen*

Nachrichtlich: Dezernat II, P u. G  
im Hause.

800-1

Neg.-Kanzl. Assistent

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 7: Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24. Juli 1937 an die Regierungspräsidenten, Landräte und Oberbürgermeister

#### KONTEXTUALISIERUNG

Die Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden aus Bade- und Kurorten begann bereits im 19. Jahrhundert und war in ganz Europa ein populäres Thema. Mit der Jahrhundertwende war der Erholungsurlaub kein adeliges Privileg mehr, sondern gehörte zu den klassischen Aktivitäten des Bürgertums.

Weil der Badeort wichtig für die Pflege von geschäftlichen Kontakten wurde und daher wohlhabende Geschäftsleute anzog, entwickelten sich ablehnende Haltungen gegen die Besucher:innen, besonders gegen Jüdinnen und Juden.

Viele Badehäuser reagierten auf diese Stimmung mit einem Zutrittsverbot für jüdische Badegäste und warben sogar damit. Nach dem Ersten Weltkrieg war dies so weit verbreitet, dass Zeitungen wie das israelitische Familienblatt (siehe Q 10) Listen mit antisemitischen Hotels und Pensionen veröffentlichten. Dies verunsicherte Jüdinnen und Juden, sodass sie sich oft zurückzogen und nicht jüdische Badegäste mieden oder Lokalitäten besuchten, die von Jüdinnen und Juden geführt wurden. Entgegen diesem Trend gab es einige Badeorte, die Jüdinnen und Juden willkommen hießen, so etwa Norderney.

Die Aversionen gegen Jüdinnen und Juden schlugen während der Weimarer Republik insbesondere an den Badeorten in antisemitisch motivierte Gewalttaten um, deren Zahl folgend massiv zunahm. Die Ablehnung gegenüber Jüdinnen und Juden in Badeorten wurde zur politischen Agenda, die 1933 von den Nationalsozialisten aufgegriffen wurde. War die Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden in den Badeorten zunächst „nur“ in einzelnen Einrichtungen und nicht staatlich vorgeschrieben, wurde sie nun systematisiert. Mit der NS-Diktatur waren zudem systematisch-staatliche Zwangsmaßnahmen möglich.



#### SENSIBILISIERUNG

Die in der Quelle abgedruckte Definition des Jüdischseins wirkt insbesondere durch den Verweis auf die sogenannten Nürnberger Gesetze neutral. Es handelt sich aber um ein Konstrukt der Nationalsozialisten, das kritisch eingeordnet werden muss.

Mit der Formulierung „deutschblütiges weibliches Personal unter 45 Jahren“ wird das heteronormative und antisemitische Bild einer von männlichen Juden ausgehenden sexuellen Gefahr geschürt. Es wird deutlich, dass es bei der Begründung der Besuchsverbote von Jüdinnen und Juden an Kur- und Badeorten nicht nur um einen Ausschluss aus der öffentlichen Sphäre, sondern auch um eine Aushandlung ihrer Körperlichkeit und Sexualität geht.

Jüdische Körper sind bis in die Gegenwart mit bestimmten negativen Attributen besetzt – von einer vermeintlichen Nasengröße bis zu angeblicher Ungepflegtheit –, die schon im Diskurs der 1920er Jahre eine Rolle gespielt haben.

Die antisemitische Konstruktion einer „jüdischen“ Sexualität ist paradox: Es verbinden sich darin Bilder von Übermacht und gleichzeitiger Schwäche. Auf der einen Seite gelten dort männliche Juden als Sexualverbrecher, deren Ziel es sei, (nicht jüdische) Frauen zu überfallen. Auf der anderen Seite wird jüdischen Männern jegliche Männlichkeit abgesprochen, was mit dem Bild des Feiglings oder der Unsportlichkeit einhergeht.

## Selbstbild und Selbstbehauptung



Seitdem sich Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen **Sachsen-Anhalts** niedergelassen haben, stehen sie in Kontakt zu ihren Nachbar:innen und müssen aushandeln, was sie mit ihnen gemeinsam haben und was sie trennt. Es geht beim Zusammenleben in (historischen) Gesellschaften oft darum, herauszufinden, was die eigene Identität ausmacht. Bei Jüdinnen und Juden steht die Frage im Mittelpunkt, was das Jüdischsein eigentlich bedeutet.

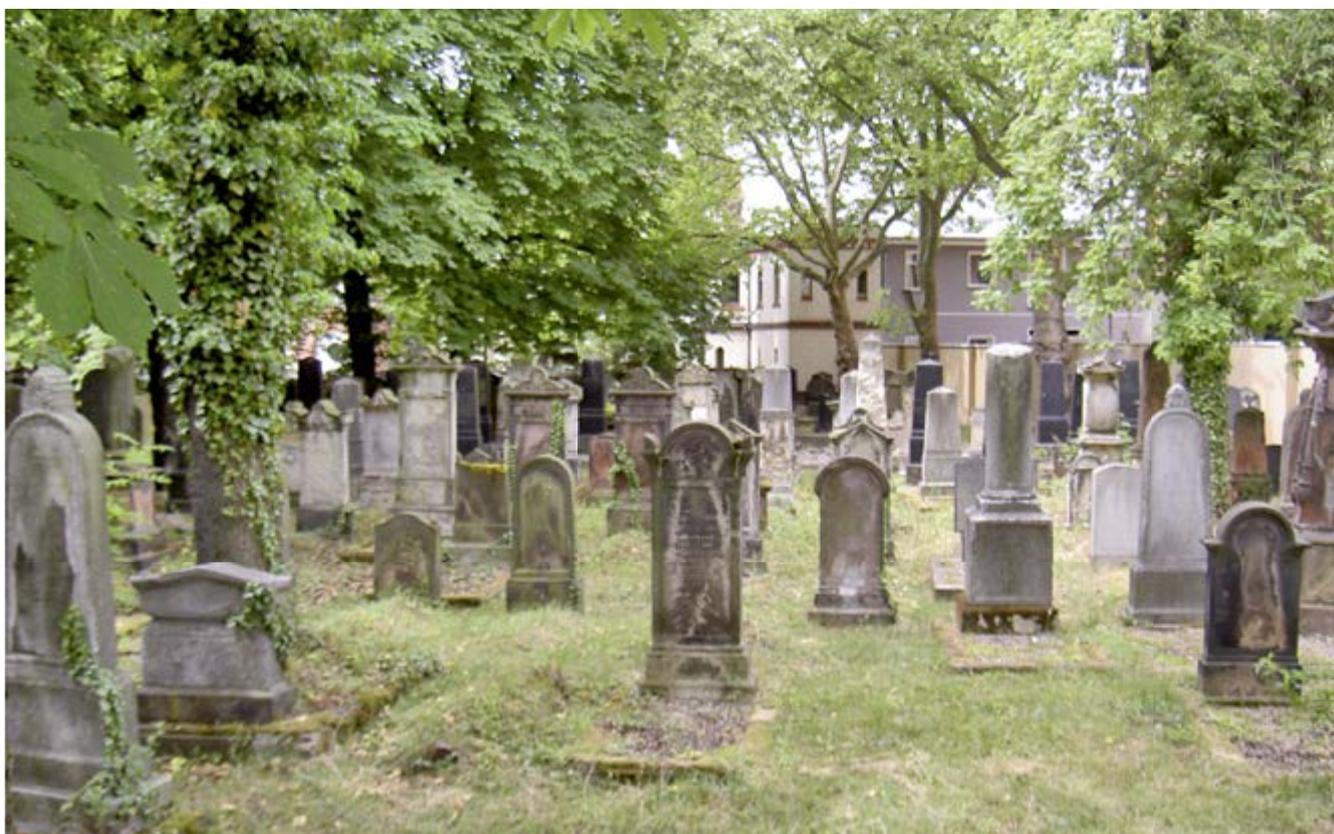
### Wechselseitige Abgrenzung und Ausgrenzung

Jüdinnen und Juden haben die Kriterien dafür, wer als jüdisch gilt, im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit zunächst sehr eng gefasst: Jüdisch war im damaligen Verständnis, wer eine jüdische Mutter hatte und die Religion im Gemeindeleben ausübte. Jüdinnen und Juden führten daher häufig ein stark religiös und traditionell geprägtes Leben und hatten wenig Kontakt zu ihrem direkten Umfeld (siehe **Kapitel 2**). Besonders weil sie immer wieder Vertreibungen und Gewalttaten durch die nicht-jüdische Umgebung erlebt hatten und sich nicht bekehren lassen wollten,

verhielten sie sich sehr zurückhaltend. Beide Seiten hatten große religiöse Vorbehalte gegenüber der anderen Gruppe.

Aufgrund der rechtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen standen Jüdinnen und Juden hauptsächlich in Kontakt mit den Landesfürsten. Neben dem erkaufte Schutz stand es auch in der Macht der Landesherrn, die Ausübung der jüdischen Religion zu erlauben oder zu erschweren (siehe **Kapitel 1 Q 1**). Mit sogenannten Bittbriefen traten jüdische Gemeinden direkt an den Landesherrn heran, um mit dessen Unterstützung ihre Religion ausüben zu können. Mit einem solchen Brief wandten sich 1693 auch die jüdischen Familienoberhäupter aus Halle an den brandenburgischen Kurfürsten, weil sie einen Friedhof errichten wollten (**Q 8**). Die Einbeziehung des Kurfürsten wurde erforderlich, weil der Stadtrat die Nutzung des gekauften Grundstücks als jüdischen Friedhof ablehnte.

Erst mit der beginnenden Aufklärung und der Verbreitung der religiösen Toleranz als gesellschaftlichen Wert hatten Jüdinnen und Juden schrittweise mehr Kontakt zu ihrer Umgebung.



Jüdischer Friedhof in Halle an der Humboldtstraße (2015), Foto: Allexkoch, CC BY-SA 4.0 via Wikipedia Commons.

## Aufklärung und Haskala

Mit der **Haskala** reduzierten Jüdinnen und Juden das Jüdischsein nicht mehr auf die reine Religionszugehörigkeit, sondern verbanden damit auch kulturelle und politische Werte. Genau wie in der Aufklärung insgesamt war es das oberste Ziel, dass alle Menschen ihren Verstand verwenden, um Freiheit und Autonomie zu erlangen. Die Vertreter der Haskala (die **Maskilim**) hatten es sich zum Ziel gesetzt, alle Jüdinnen und Juden zu aufgeklärten Menschen zu bilden. Weiterhin kämpften sie für die Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden und ihre Religionsfreiheit. Diesen Kampf trugen sie über das gesamte 19. Jahrhundert aus.



### Haskala

Haskala (השכלה) stammt aus dem Hebräischen und steht für die jüdische Aufklärung. Das Wort leitet sich aus dem hebräischen Wort für Vernunft ab. Wie in der Aufklärung insgesamt war es das oberste Ziel, dass alle Menschen ihren Verstand verwenden, um Freiheit und Autonomie zu erlangen. Die jüdische Aufklärungsbewegung entstand um 1770 und hatte ihren Ursprung in Berlin. Die Vertreter der jüdischen Aufklärung (die Maskilim) haben es sich zum Ziel gesetzt, alle Jüdinnen und Juden zu vernünftigen Menschen zu bilden. Außerdem forderten sie die Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden sowie Religionsfreiheit. Ein wichtiger Vertreter der Bewegung war der aus Dessau stammende Moses Mendelssohn.

Bei der Durchsetzung ihrer kulturellen und politischen Ziele spielte die Bildung eine entscheidende Rolle: Ein Zentrum der Aufklärung bildete die Israelitische Hauptschule in Dessau. Ihre Schulordnung von 1816 (**Q 9**) legt dar, wie das Bildungsideal umgesetzt wurde. Die **Maskilim** diskutierten ausführlich ihre Ideen und aktuellen Probleme, worauf die Israelitische Wochenschrift (**Q 10**), eine frühe jüdische Zeitschrift, hinweist.

Das Engagement der **Maskilim** und die Veränderungen in der Gesamtbevölkerung sorgten dafür, dass Jüdinnen und Juden immer mehr Rechte zugestanden wurden und sie sich in die Gesellschaft einbringen konnten (siehe **Kapitel 1** und **3**). Am Ende der Haskala definierten sich die meisten Jüdinnen und Juden als Deutsche und waren **assimiliert**.

## Jüdischer und deutscher Nationalismus

Teile des aufkommenden deutschen **Nationalismus** definierten das Deutschsein in Abgrenzung zum Jüdischsein. Obwohl Jüdinnen und Juden ab dem 19. Jahrhundert viele Rechte zugestanden wurden, sie letztlich als gleichberechtigt galten und in die Gesellschaft integriert waren, wurde über ihre Zugehörigkeit diskutiert. Die Ideologie des ethnischen **Nationalismus** verband sich mit antisemitischem Denken.

Als Reaktion auf die zunehmende Verbreitung von Antisemitismus und auf direkte Angriffe auf jüdisches Leben im 19. und 20. Jahrhundert wandten sich einige Jüdinnen und Juden dem **Zionismus** zu. Zionist:innen sind der Meinung, dass die jüdische Bevölkerung, egal wie stark sie sich anpasst, immer Ausgrenzung und Vertreibung erfährt. Deshalb sind sie der Ansicht, dass die Rückkehr nach **Eretz Israel** und ein eigener Staat ihre einzige Möglichkeit der Selbstverwirklichung und des Schutzes sind.

Auch in Halle fand sich eine Gruppe von Zionist:innen. Während sich das antisemitische Klima in der Weimarer Republik verschärfte und viele Jüdinnen und Juden um ihre körperliche Unversehrtheit bangen mussten, gründete Frieda Sternberg zusammen mit Gleichgesinnten im Jahr 1918 eine zionistische Ortsgruppe in Halle (**Q 11**).

**Q 8: Bittbrief der jüdischen Familienoberhäupter Halles an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg vom 24. Februar 1693**



Bei der Quelle handelt es sich um einen Bittbrief der vier Hallenser Schutzjuden Jacob Levin, Salomon Israel, Assur Marx und Berendt Wolff vom 24. Februar 1693 an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg.



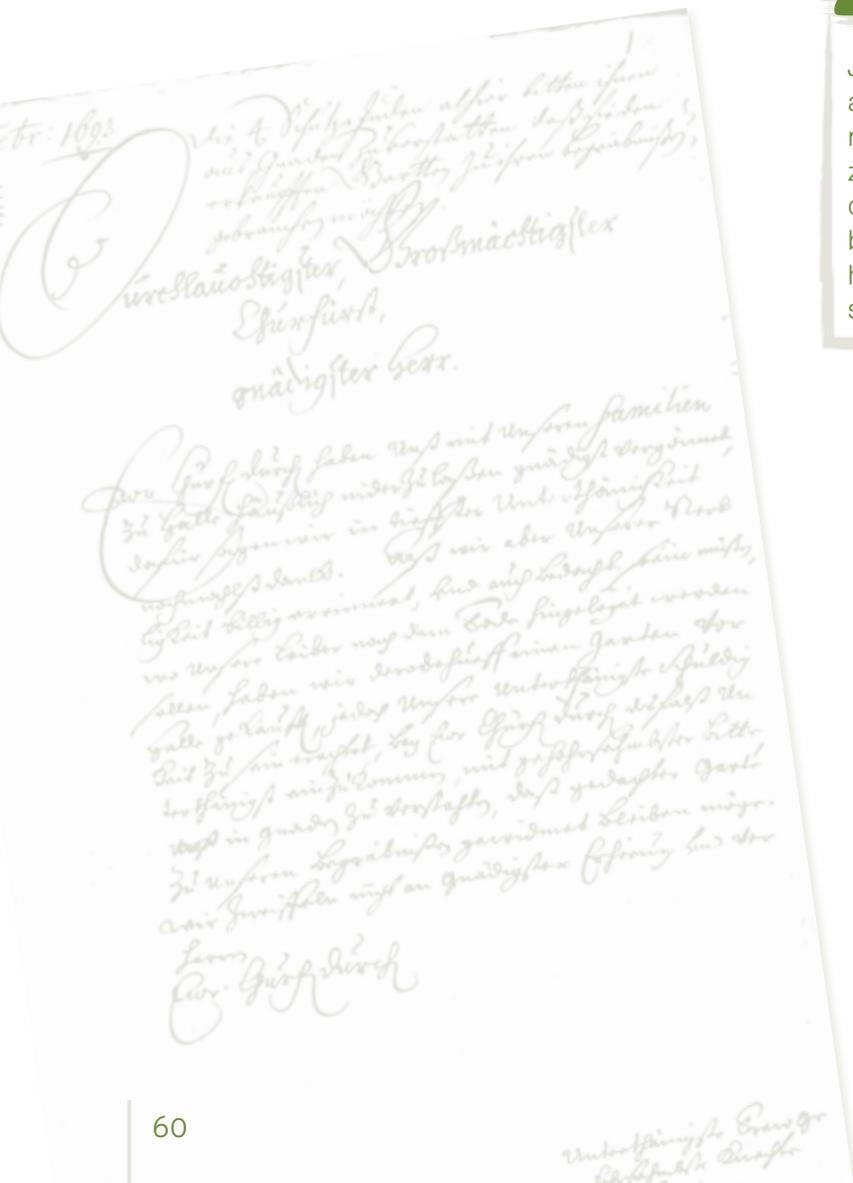
In ihrem Brief bitten die vier sogenannten Schutzjuden aus Halle den Kurfürsten darum, ein angekauftes Grundstück als Friedhof nutzen zu dürfen. Dieses Grundstück lag am Galgtor außerhalb der Stadt auf dem Töpferplan. Es handelte sich um einen Garten, der von Berendt Wolff, dem späteren Vorsteher der jüdischen Gemeinde von Halle, gekauft worden war.

Dass sich die vier Schutzjuden um einen Friedhof bemühen mussten, lag daran, dass sie sich erst vor kurzem in Halle niedergelassen hatten und nicht auf dem städtischen Friedhof beerdigt werden durften. Nach dem Dreißigjährigen Krieg fiel Halle unter brandenburgisch-preußische Herrschaft, und Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg ermöglichte nach der Judenvertreibung zum Ende des 15. Jahrhunderts eine erneute Ansiedlung von jüdischen Familien nach den Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden während der Pestepidemie im 14. Jahrhundert. Salomo Israel, einer der Begründer der Gemeinde, erhielt 1688 einen Schutzbrief, den sein Schwiegervater Jobst Liebermann erwirkt hatte. Die anderen erhielten ihre Schutzbriefe um 1692, sodass sie für sich und ihre Familien einen Friedhof benötigten und aufbauen mussten. Assur Marx war sowohl Buchhalter eines königlich-polnischen Residenten als auch im Bankgeschäft tätig.



**Sensibilisierung für das Thema**

Jüdinnen und Juden hatten im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsgruppen wegen ihrer rechtlichen Stellung eine besondere Beziehung zu ihren Landesherrn. Als Schutzjuden standen sie in Kontakt zu diesen. Antisemit:innen berufen sich bis heute auf dieses Sonderverhältnis und behaupten, Jüdinnen und Juden seien gierig nach Macht.



Unterschiedliche Briefe  
Berendt Wolff



## Transkription

24. Febr. 1693

Die 4 Schutz-Juden alhier bitten ihnen  
aus Gnaden zu verstatten daß sie den  
erkaufften Gartten, zu ihren Begräbnüßen  
gebrauchen möchten.

Durchlauchtigster, Großmächtigster  
Churfürst,  
gnädigster Herr.

Euer Churf[ürstliche] Durch[laucht] haben unß mit unseren Familien  
zu Halle häußlich niderzulaßen gnädigst vergönnet,  
dafür sagen wir in tiefster Unterthänigkeit  
nochmahß dank. Daß wir aber unserer Sterb-  
ligkeit billig erinnert, und auch bedacht sein müßen,  
wo unsere Leiber nach dem Tode hingelegt werden  
sollen, haben wir derobehueff einen Garten vor  
Halle gekauft, jedoch unsrer unterthänigste Schuldig-  
keit zu sein erachtet, bey E[uer] Churf[ürstlichen] Durch[laucht] desfalß un-  
terthänigst einzukommen, mit gehohrsahmbster Bitte,  
[Streichung] in Gnaden zu verstahten, daß gedachter Garte[n]  
zu unseren Begräbnüße gewidmet bleiben möge.  
Wir zweiffeln nicht an gnädigster Erhörung und ver-  
haren  
Euer Churf[ürstliche] Durch[laucht]

Unterthänigster und ge-  
hohrsahmbster Knechte  
Jacob Levin  
Berendt Wolff  
Salomon Israel  
Assur Marx  
Schutzjuden hierselbst

Halle den 24. Feb[ruar]  
1693.

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 8: Bittbrief der jüdischen Familienoberhäupter Halles an den Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg vom 24. Februar 1693

#### KONTEXTUALISIERUNG

Allgemein sind Friedhöfe innerhalb des Judentums heilige Orte, die auf Ewigkeit angelegt sein sollen, damit die Toten nach der Ankunft des Messias aufstehen können. In hebräischer Sprache heißt der Friedhof unter anderem בית עלמין (beit almin – Haus der Ewigkeit), was diesen Zusammenhang unterstreicht.

Die im Bittbrief genannten Familien siedelten sich nach den vorherigen Vertreibungen und dem Dreißigjährigen Krieg wieder in Halle an, und weitere jüdische Familien folgten ihnen nach. 1704 waren es bereits zwölf und 1713 20 jüdische Familien. Mitte des 18. Jahrhunderts wurden ca. 350 jüdische Personen in Halle gezählt. Vor dieser Wiederkehr erlebten die Jüdinnen und Juden, die sich in Halle niedergelassen hatten, immer wieder Vertreibungen. Dass die sogenannten Schutzjuden sich an den Kurfürsten wandten, lag daran, dass der Rat der Stadt offenbar Einwände gegen die geplante Grundstücksnutzung hatte und die Schutzjuden wegen ihres Sonderstatus auf die Unterstützung des Kurfürsten hoffen konnten.

Der Kurfürst erlaubte die Nutzung des Grundstücks als Friedhof, der bis 1869 der einzige jüdische Friedhof der Stadt bleiben sollte. Die Entscheidung des Kurfürsten kann als Teil seiner politischen Strategie gesehen werden, die wirtschaftliche Situation der Region durch die Ansiedlung von ausgewählten Minderheitsgruppen zu stärken. Halle entwickelte sich nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Tätigkeit von Jüdinnen und Juden, Hugenotten und Kurpfälzern zu einem Handelszentrum. Dass Salomo Israel als erster einen Schutzbrief vom Kurfürsten erhielt, lässt sich auf die Bemühungen seines Schwiegervaters Jobst Liebermann zurückführen, der in Berlin als sogenannter Hofjude tätig war. Über Assur Marx ist bekannt, dass er als Buchhalter von Berend Lehmann und zusätzlich als Bankier tätig war. In seinem Schutzbrief trägt er den Namen Ascher Ben Mardochai. Im Jahr 1733 zog er weiter nach Schleusingen, wo er zusammen mit seinem Schwiegervater Jakob Hertz ein Grundstück erwarb, in das zunächst eine jüdische Schule einzog. Dies war für die damalige Zeit sehr untypisch und zeigt seinen besonderen Status.



#### SENSIBILISIERUNG

In Bezug auf die Quelle sollte die Nähe der männlichen Schutzjuden zu ihrem Schutzherrn nicht verkürzt dargestellt werden, da dies die Gefahr birgt, die antisemitischen Bilder einer angeblichen Nähe von Jüdinnen und Juden zum Herrscher zu unterstützen (s. Q 1). Dabei sollte deutlich werden, dass sowohl Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg als auch die Juden ein gemeinsames Interesse an der Kooperation hatten.

Auch bei der Darstellung der einzelnen „Schutzjuden“ bedarf es der Umsicht. Insbesondere der Lebenslauf von Assur Marx diente Antisemit:innen bereits als pseudowissenschaftlicher Beweis für eine Art Verschwörungstätigkeit von Jüdinnen und Juden: 1938 veröffentlichte Peter Deegs in seinem antisemitischen Werk „Hofjuden, Juden, Judenverbrechen und Judengesetze von der Vergangenheit bis zur Gegenwart“ eine verleumderische Darstellung. Laut dieser Darstellung soll Marx zusammen mit weiteren Familienmitgliedern als Spion agiert haben und als „Betteljude“ verstorben sein.

**Q 9: Schulordnung der Israelitischen Hauptschule in Dessau aus dem Jahr 1816**

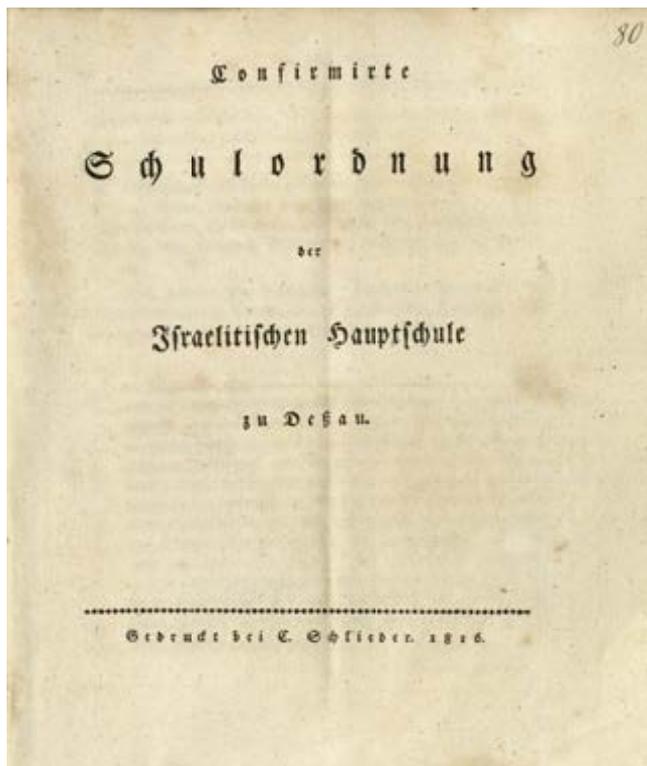


Bei der Quelle handelt es sich um einen Abdruck der Schulordnung der Israelitischen Hauptschule in Dessau (auch Franzschule genannt) aus dem Jahr 1816.



Die Israelitische Hauptschule in Dessau wurde 1799 von David Fränkel gegründet. Vor der Schulgründung erhielten die jüdischen Jungen ihre Bildung in religiösen Themen über die Gemeinde. Der Unterricht in nichtreligiösen (profanen) Fächern an der Franzschule ist ein Ergebnis der Haskala. Der Gründer der Schule, David Fränkel, hatte sich den aufklärerischen Ideen seines Onkels und Moses Mendelssohns verschrieben. Dass in der Franzschule dennoch religiöse Themen unterrichtet wurden, lag daran, dass einige Gemeindemitglieder orthodox waren und man ihnen entgegenkam.

Der Unterricht erfolgte bis 1815 gegen ein Schulgeld. Ab 1816 erhielt die Schule finanzielle Unterstützung durch den Fürsten Franz von Anhalt-Dessau. Welchen Stellenwert der Fürst für die jüdischen Reformer besaß, zeigt sich auch bei der Benennung der Schule. Bereits seit dem Jahr 1802 wurde die Schule inoffiziell und ab 1815 offiziell „Franzschule“ genannt. Im Jahr 1816 besuchten 100 Schüler die Franzschule. Sie waren in 5 Klassen eingeteilt. Die erste Klasse besuchten Jungen im Alter von 4 Jahren. Dass die Schule nur Jungen besuchte, lag an Auflagen des Fürsten. Infolgedessen eröffnete David Fränkel 1806 auch eine Mädchenschule in Dessau.



Deckblatt der Schulordnung, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Z 44, C 15 Nr. 21 Bd. III, Bl. 80.



**Lesehilfe für die Schulordnung**

A a,	B b,	C c,	D d,	E e,
A a,	B b,	C c,	D d,	E e,
F f,	G g,	H h,	I i j,	K k,
F f,	G g,	H h,	I i j,	K k,
L l,	M m,	N n,	O o,	P p,
L l,	M m,	N n,	O o,	P p,
Q q,	R r,	S s,	T t,	U u,
Q q,	R r,	S s,	T t,	U u,
V v,	W w,	X x,	Y y,	Z z,
V v,	W w,	X x,	Y y,	Z z,
ch	ck	ss	sz	sch
ch	ck	ss	sz	sch
sp	st	th	tz	
sp	st	th	tz	

Fraktur-Alphabet. Aus: Deutsches Lesebuch, 1912, S. 12.



## §. 2.

Der Hauptzweck der Schule besteht in Unterrichtung und Bildung der männlichen Jugend israelitischer Nation. Kinder ausländischer Eltern können ebenfalls an diesem Unterrichte Theil nehmen; die von hier gebürtige israelitische Schuljugend hingegen ist verbunden, diese Schule zu besuchen, und dafür das bestimmte Schulgeld zu entrichten; welches, wenn die Eltern derselben weniger bemittelt oder ganz arm sind, entweder verhältnismäßig herabgesetzt, oder nach Befinden ganz erlassen wird. Die hauptsächlichsten Gegenstände des Unterrichts beziehen sich, außer den Elementar-Kenntnissen im Lesen, Schreiben, Rechnen, (in Gedächtnis-, Verstandes- und Declamations-Übungen), auf Religion, Moral, Sprachen, Naturgeschichte, Naturlehre, Geographie, Mathematik und andere zur Vervollkommenung und Vermehrung nützlicher Kenntnisse und zur Beförderung der sittlichen Ausbildung der Jugend nöthige Wissenschaften.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Z 44, C 15 Nr. 21 Bd. III, Bl. 81.

## §. 4.

Die besondern Pflichten des Directors bestehen in der Special-Aufsicht über die Lehrer, den Unterricht und das Betragen der Schüler; zu welchem Ende derselbe denn die Schule nicht allein täglich zu besuchen, sondern auch selbst in den Classen mit Unterricht zu ertheilen hat. Ueberhaupt liegt dem Director ob, die Gegenstände des Unterrichts, die Lehrstunden und die Lehrart anzuordnen, eine angemessene Schul-Disciplin zu handhaben, und deshalb sowohl auf den Fleiß der Lehrer, als auch der Schüler genaue Obacht zu haben. Derselbe nimmt die Lehrer und die Schüler an; Erstere (nachdem er sich mit den andern Schulvorstehern darüber berathen hat und mit denselben über die Person und deren Remuneration völlig einverstanden ist), mit darauf einzuholender Genehmigung der Herzoglichen Landesregierung; Letztere bloß mit Einverständnis seiner Mitvorsteher. Er bestimmt mit diesen das Schulgeld, prüft die Lehrer in Gegenwart der Vorsteher, führt über die Aufführung der Lehrer und die Fortschritte der Schüler, nach den einzelnen Klassen, richtige Tabellen, so wie solches bei den christlichen Schulen im Lande gebräuchlich ist, und reicht diese Tabellen jährlich bei der Herzoglichen Landesregierung ein; insbesondere aber ordnet er die öffentlichen Prüfungen und Confirmationen der Schüler an.

Der Gehalt des Directors besteht vor der Hand in 200 Thalern jährlich, welcher ihm vierteljährlich postnumerando aus der Schulcasse, gegen Quittung, in Conventionsgelde gezahlt wird.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Z 44, C 15 Nr. 21 Bd. III, Bl. 82.



Im erstern Falle sorgt die Schuldirection für das Aufdingen desselben. Uebrigens muß ein solcher Schüler die sämtlichen Classen durchgegangen seyn; auch darf keiner ohne ein Zeugniß des Directors die Schule verlassen.

## §. 19.

Auswärtige Eltern müssen das Schulgeld für ihre Kinder vierteljährlich pränumeriren, und werden, wenn solches nicht geschieht, zwar daran erinnert; außerdem aber wird ihren Kindern, wenn das Schulgeld auf diese Erinnerung nicht erfolgt, die fernere Theilnahme an dem Unterrichte verweigert und überdies das Schulgeld für ein halbes Jahr von den Restanten beigetrieben. Hiesige Eltern hingegen zahlen das Schulgeld für ihre Kinder nicht praenumerando, sondern erst an jedem Ersten des zunächst folgenden Monats; erfolgt jedoch die Zahlung nicht längstens am 15ten dieses Monats, so müssen sie, gleich den Auswärtigen, pränumeriren, oder ihren Kindern wird, wie jenen, nach dem Ermessen der Schuldirection, der fernere Schulbesuch verweigert. Es versteht sich jedoch von selbst, daß Abwesenheit der Eltern oder andere erhebliche Verhinderungs = Ursachen hierin billig eine Ausnahme machen und entschuldigen.

## §. 20.

Von den einmal zugesicherten freiwilligen Beiträgen zur Schulcasse kann keiner der Interessenten wieder zurücktreten, sondern muß seiner desfalls übernommenen Verbindlichkeit pünktlich nachkommen; maßen ein solcher Interessent nur so lange von diesen Beiträgen frei ist, als seine Kinder die Schule besuchen, indem nach seiner Kinder Austritt diese bis dahin suspendirte Verbindlichkeit wieder eintritt. Da die Wohlfahrt und wünschenswerthe Fortdauer der Schule diese Bestimmung nothwendig macht, so können nur Armuth und überhaupt solche Umstände, welche zur fernern Zahlung unfähig machen, hierin eine Ausnahme bewirken.

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 9: Schulordnung der Israelitischen Hauptschule in Dessau aus dem Jahr 1816

#### KONTEXTUALISIERUNG

Die Gründung der Israelitischen Hauptschule in Dessau stellt eine Besonderheit für das jüdische Bildungswesen in der Geschichte Deutschlands dar. Seit 1797 setzte sich eine Gruppe von ca. 182 Personen für die Schulgründung ein. Vor der Einrichtung dieser Schule erhielten die jüdischen Jungen ihre Bildung in religiösen Themen über die Gemeinde, zunächst in der Cheder (Elementarschule) und anschließend in der Jeschiwa (Talmudschule).

Die neuen Unterrichtsfächer der Franzschule sind ein Zeichen für eine Annäherung an die nicht jüdischen Teile der Gesellschaft mit dem Ziel der Gleichberechtigung. Ab 1816 unterstützte Fürst Franz von Anhalt-Dessau die Schule mit einer jährlichen Zahlung von 300 Talern sowie Brennholz. Verbreiteten Darstellungen zufolge war die Beziehung zwischen Fürst und Schule einzigartig. An der Schule lehrten auch Lehrer aus den christlichen Schulen. Zudem wurden ab 1825 auch Lehrkräfte ausgebildet.

Insbesondere das Engagement Fränkels und der Lehrkräfte bei der Verbreitung ihrer Ideale, etwa durch Zeitungsartikel und andere Veröffentlichungen, ist hervorzuheben (siehe Q 10). Die Maskilim sahen die Veränderung innerhalb der jüdischen Erziehung als ihre zentrale Aufgabe, weshalb auch in anderen Städten Lehrorte gegründet wurden. Bei diesem Ziel ergaben sich aber auch Probleme: Von der Finanzierung bis hin zur Vereinheitlichung des Unterrichtsmaterials sowie der Lehrerausbildung mussten kreative Lösungen gefunden werden.



#### SENSIBILISIERUNG

Die Untersuchung der Franzschule eröffnet viele Bezüge zur jüdisch-deutschen Geschichte an einem konkreten Gegenstand. Im Gegensatz zu antisemitischen Narrativen sollte thematisiert werden, dass Jüdinnen und Juden ein großes Interesse an Akkulturation und Emanzipation hatten, um sich im Sinne der Aufklärung zu entfalten. Die Person Fränkels und das Wirken seines Unterstützerkreises unterstreichen die Handlungsspielräume und die Eigeninitiative von Jüdinnen und Juden.

Die Quelle kann außerdem als Beispiel für die positive Entwicklung und Annäherung jüdisch-deutscher Geschichte genutzt werden, die mit dem Verfolgungsnarrativ bricht. Es wird deutlich, dass sich Jüdinnen und Juden der Mehrheitsgesellschaft derart angenähert hatten, dass sie ein Teil von ihr wurden. Bei der Analyse sollte aber der kritische Blick nicht ausgeblendet werden. Dies wäre der Fall, wenn man etwa Fürst Franz, der populären Darstellung folgend, als großen „Judenfreund“ stilisierte und so seine strategischen Interessen und seine Einschränkungen jüdischer Handlungsspielräume außer Acht ließe.

**Q 10: Zeitungsartikel aus der Israelitischen Wochenschrift vom 31. Dezember 1894**



Bei der Quelle handelt es sich um einen Artikel aus der Israelitischen Wochenschrift vom 31. Dezember 1894.



Die Zeitung trug den Untertitel „eine allgemeine Zeitung des Judenthums“, erschien wöchentlich und enthielt als Beilagen das „Familienblatt“ (ab 1884) und das „Literaturblatt“. Das Familienblatt sollte die ganze Familie und insbesondere Jugendliche unterhalten und bilden. Das Literaturblatt wiederum war wissenschaftlich ausgerichtet und behandelte neben Literaturthemen auch philosophische, historische, liturgische und pädagogische Fragestellungen. Ab 1897 wurde diese Beilage mit größeren zeitlichen Abständen bei Verlagen in Lemberg und Krakau veröffentlicht.

Die Zeitung widmete sich auch internationalen Themen und wurde gegen einen Aufpreis international versandt. Die Israelitische Wochenschrift bestand von 1870 – als sie von Abraham Treuenfels in Breslau gegründet wurde – mit verschiedenen Untertiteln und Veröffentlichungsabständen bis 1906. Der hoch gebildete und 1867 als Stadtrabbiner von Magdeburg tätige Ernst Rahmer gab die Israelitische Wochenschrift von 1878 bis 1894 neben verschiedenen anderen Publikationen heraus. Der Artikel beschäftigt sich mit politischen Forderungen der Reformen.



Deckblatt der Israelitischen Wochenschrift von 1884, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 29, Nr. 496, Bl. 25 (VS).



## Aufruf zur Gründung eines jüdischen Lehrerseims.

Vielsach macht sich in unserem deutschen Vaterlande das Bestreben geltend, den Invaliden des Lehramts, die ihre greisen Tage nicht im eigenen Hause oder bei ihren Kindern verbringen können, ein Heim zu gründen, in dem sie ohne Sorge um das Brod und im Verkehr mit einstigen Berufsgenossen die wohlverdiente Ruhe genießen sollen.

Solch ein Lehrerseim kann hohen Segen stiften; weit wichtiger noch als die Bewahrung vor Noth und Mangel ist die seelische Freude, die aus dem Zusammensein mit Genossen von verwandten Erfahrungen und Lebensschicksalen entspringt; diese gegenseitige Ansprache, der Austausch der Meinungen und der Erlebnisse, kann den Lebensabend dieser in der edelsten Arbeit müd gewordenen Greise verklären und verschönen.

Aber alle diese Bestrebungen, denen wir den besten Erfolg gönnen, werden den jüdischen Lehrern nicht zu Gute kommen, weil diese natürlich in ihren alten Tagen nicht die Speisevorschriften werden übertreten wollen, die sie so lange treu beobachtet haben. Dazu kommt, daß abgesehen von einigen wenigen Theilen des Reichs, unsere Rabbiner und Lehrer keinen Anspruch auf staatliche Pension besitzen und zuweilen nur Groß-Gemeinden in der Lage sind, Pensionen zu gewähren.

Die Zahl der unverorgten Lehrer-Greise, ist dadurch, wie schon eine Umfrage ergeben hat, eine verhältnismäßig große.

Darans erwächst für unsere Glaubensgenossen die Pflicht, ein jüdisches Lehrerseim zu gründen, wo die im heiligen Berufe ermatteten Greise (Rabbiner und Lehrer) streng nach den Vorschriften der Religion leben, und doch all die Segnungen genießen können, die aus dem gemüthlichen Zusammenleben gleichgesinnter Genossen erfließen.

Keine allgemeine Versorgungsanstalt, und sei sie noch so vortreflich, kann dem alt gewordenen Lehrer die Vorzüge des Lehrerseims bieten, denn in einer allgemeinen Altersversorgungsanstalt fehlt dem Lehrer, der nach jederen Wissen kein Verlangen

Bibelschule unterrichtet und in einer Wiener Bezirksgemeinde die Rabbinatsfunktionen provisorisch versieht, wurde von obgenannter Gemeinde wahrscheinlich gegen bagatelmäßige Entschädigung noch diese Funktion aufgehält. Er muß nun nebst der Wiener Post- und Provinzialsteuer noch tragen! (Frei nach Götze!)

hat, die eigentliche Würze, das traute Gespräch mit Gefährten.

Alle diese Gründe haben den „Deutschen Reichsverband jüdischer Religionslehrer“ veranlaßt, auf seinem konstituierenden Verbandstage zu Breslau am 16. Juli 1894 die Errichtung eines Seims für invalide Rabbiner und Lehrer und deren Familien zu beschließen.

So ergeht denn an alle Israeliten, die sich dankbar der treuen Arbeit ihrer Religionslehrer erinnern, die innige Bitte zum Aufbau eines jüdischen Lehrerseims zu steuern. So viele Kräfte des Gemüthes vereinen sich, um dieses fromme Werk zu fördern, Ehrfurcht vor den Greisen, Achtung vor dem Wissen, das Mitgefühl für den Dürftigen und nicht zum wenigsten die Dankbarkeit gegen diejenigen, die früh unsern Geist und unsern Charakter gebildet haben, mahnen uns, ein solch heiliges Werk rasch fertig zu stellen.

Die Unterzeichneten wenden sich mit der Bitte um (einmalige und jährliche) Beiträge zum Aufbau eines Rabbiner- und Lehrerseims an alle jüdischen Gemeinden, besonders aber an unsere begüterten Glaubensgenossen und hoffen zuversichtlich auf einen raschen und großen Erfolg.

Wir bitten um die weiteste Verbreitung und Förderung dieses Aufrufs in jeder Gemeinde. Auch die deutsche Presse ersuchen wir um Aufnahme desselben in ihre Spalten.

Nach Abschluß der Unterschriften soll ein Central-Ausschuß aus allen Berufskreisen gebildet und der Schatzmeister gewählt werden. Ueber die Beiträge erfolgt in den Zeitungen Quittung. Der geschäftsführende Ausschuss:\*)

- Dr. Louis Reustadt, Mag Graf, Dr. Leopold Breßner, Alexander-Bendorf a. Rh., Alexander-Militsch, Altmann-Arnswalde, Dr. Baer-Eisso, Baehr-Weichenbach, Dr. Baehr-Frenslau, Dr. Baer-Grabenitz, Bomberger, Dittsch-Rabbin, Bad Riffingen, Dr. Bamberg-Schiltberg, Dr. Bamberger-Schimm, Bauer-Goslin, Borstein-Ludach, Broch-Schwerenz, Beer-Mähr, Friedland, Dechhöfer-Sulzbürg (Bayern), Brandeis-Worblingen (Baden), Caspari-Samies, Dr. Cahn, Provinzial-rabbin, Fulda, Dr. Cohn-Kattowij, Elias-Darunstadt, Ellgauer-Planen (Sachsen), Fein-Weidenburg, Finkestein-Werdauen, Füll-Verelack (Sachsen), Finkelgrün-Bedern (Weßen), Gerchlowij-Mehlsack, Gey-Ober-Glogau, Dr. Goldschmidt, Realchuldirektor, Hamburg, Goldstein, Vorsitzender des bayr. Lehrers, Kalkbad, Gottlieb-Erdshagen, Grünfeld-Schwerenz, Gutwirth-Pul, Hef-Weissenfels, Horwiz-Schweg, Dr. Jaraczewski, Bezirksrabbiner, Mähringen (Württemberg), Jaserth-Schneidmühl, Klempner-Patlschan, Kowalski-Trebnitz, Kroll-Platen, Kriegerberg, Dr. Klatz, Seminar-Direktor, Köln, Dr. Prager, Landrabbiner-Cassel, Dr. Nahmer, Rabbiner-Magdeburg, Rawitscher-Schweidwitz, Rosenblat-Kanichenberg, Rosenmann-Jüllidau, Dr. Rosenthal-Kogolen, Salomon-Tierlohn, Dr. Salowitz, Bezirksrabbin, Türlheim (Pfalz), Dr. Sandler-Schweid, Silberstein-Gollnow, Simon-Posen, Singer-Kogilno, Schmalach, Ströben, Scherbel-Gumbinnen, Dr. Schlesinger-Pinne, Striner, Dr. Strehliß, Stern-Erlangen (Württemberg), Strauß-Erlangen (Bayern), Translaten-Karlörthe, Warshawski-Kenomischel, Weiler-Nördlingen, Dr. Weingarten, Bezirksrabbin, Bad Gars, Weismann-Antonienhütte, Weismann-Kattowij, Dr. Wiener-Oppeln, Wolfgang-Zigan-

## Berichte und Correspondenzen.

### Deutschland.

Magdeburg. Nachträglich ersehen wir aus dem stenographischen Bericht der Reichstagsverhandlungen, daß der Abgeordnete Zimmermann in seiner Rede zum Etat ganz so wie die antisemitische Presse einen Satz aus der Nr. 47 dieses Blattes angeführt hat, trotzdem inzwischen unsere Bewahrung in Nr. 48 und der Leitartikel in Nr. 49 erschienen war. Wenn irgend ein antisemitisches Blatt einen Satz aus dem Zusammenhang reißt, ihn verdreht und jede Richtigstellung und Belehrung grundfänglich verschweigt, so wundert uns das nicht im mindesten. Diese Presse zieht ihr tägliches Brod aus der Lüge, und Verlogenheit ist geradezu ihr Charaktermerkmal. Von einem Abgeordneten aber hätten wir doch mehr Gewissenhaftigkeit in der Ausführung von „Personen“ und

\*) Unterschriften sind an Herrn Dr. Louis Reustadt in Breslau, Sonnenstr. 17, zu senden, der auch zu jeder Auskunft bereit ist. Beiträge nimmt bis auf Weiteres Herr Mag Graf in Glogau entgegen, der dieselben vorläufig auf der Reichsbank deponiren wird.



## Lesehilfe für den Zeitungsartikel

A a, B b, C c, D d, E e,  
A a, B b, C c, D d, E e,

F f, G g, H h, I i, J j, K k,  
F f, G g, H h, I i, J j, K k,

L l, M m, N n, O o, P p,  
L l, M m, N n, O o, P p,

Q q, R r, S s, T t, U u,  
Q q, R r, S s, T t, U u,

V v, W w, X x, Y y, Z z,  
V v, W w, X x, Y y, Z z,

ch ck ss sz sch sp st th tz  
ch ck ss sz sch sp st th tz

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 10: Zeitungsartikel aus der Israelitischen Wochenschrift von 1894

#### KONTEXTUALISIERUNG

Zeitungen waren ausschlaggebend für die Verbreitung der Ideen der Aufklärung und Hauptmedium für deren (internationalen) Austausch. Die Israelitische Wochenschrift ist dabei ein Beispiel für die aufblühende deutsch-jüdische Kultur und zeigt die vielfältigen Themen, mit denen sich die jüdischen Reformen beschäftigten, und auch, welche Probleme sie bei der Umsetzung ihrer Ideale hatten.

Im Landesarchiv sind zwei Ausgaben überliefert, weitere finden sich online. Der „Aufruf zur Gründung eines jüdischen Lehrerheims“ bietet die Möglichkeit, niedrigschwellig die politischen Denk- und Handlungsweisen der Reformen zu thematisieren. An dem Artikel wird deutlich, dass die Reformen auf Spenden angewiesen waren, um ihre Ziele zu verwirklichen. Es zeigt sich auch, dass sie zwar nach Gleichberechtigung strebten, sich aber dennoch als Jüdinnen und Juden definierten, was am Untertitel „allgemeine Zeitung des Judenthums“ deutlich wird.



#### SENSIBILISIERUNG

Im Streben nach Akkulturation sind die Artikel auf Deutsch verfasst, und dennoch werden hebräische Fachbegriffe verwendet. Das Thema der Pension für Lehrkräfte zeigt auf, welche vielfältigen Aspekte bei einer Forderung nach Gleichberechtigung mitgedacht werden mussten. Damit kann die Idee der Gleichberechtigung exemplarisch und konkret behandelt werden. Das Thema bietet auch einen starken Gegenwartsbezug zu aktuellen Rentendiskussionen und erlaubt, dieses Anliegen der Reformen als ein bis heute andauerndes Grundbedürfnis in modernen Gesellschaften zu deuten. Auch hier bietet es sich an, das Narrativ der Opfer- und Verfolgungsgeschichte aufzubrechen, indem erfolgreiche Kulturkontakte und aktive Bestrebungen von Jüdinnen und Juden zur Akkulturation fokussiert und diese als Akteur:innen mit Eigeninteressen dargestellt werden.



## Q 11: Satzung der Zionistischen Ortsgruppe Halle von 1918

Bei der Quelle handelt es sich um die Satzung der Zionistischen Ortsgruppe Halle von 1918.

Die Zionistische Ortsgruppe Halle wurde 1918 im Haus des Ehepaars Sternberg in der Forsterstraße 55 gegründet und hatte später seinen Sitz in der Gemarstraße. Die zionistische Bewegung ist eine direkte Antwort auf den neuen Judenhass des 19. Jahrhunderts – den Antisemitismus. Dieser zeigte sich auch in Halle, etwa durch die Gründung verschiedener antisemitischer Vereine, die großen Zulauf hatten.

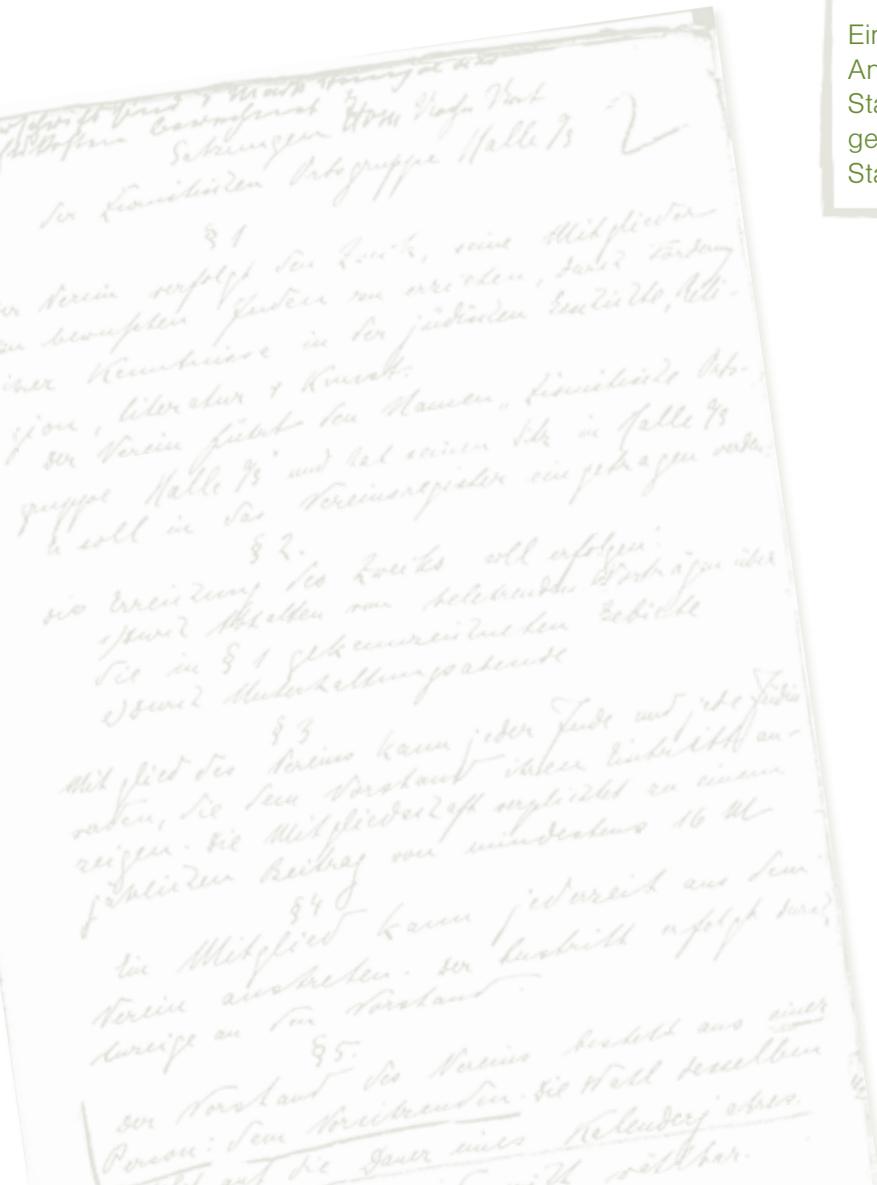
Die Vorsitzende des Vereins war die Philosophin Frieda Sternberg, geborene Pinner, die 1990 in Tel Aviv verstarb. Zu den Mitgliedern des Vereins gehörte auch ihr erster Ehemann, der bekannte Pianist Erich-Walter Sternberg. Dieser zog 1932 nach Tel Aviv, wo er das *Israel Philharmonic Orchestra* gründete. Ein weiteres bekanntes Mitglied war Elfriede Bambus. Sie war die Tochter eines berühmten Zionisten und wurde als erste in der Landwirtschaft ausgebildete zionistische Frau bekannt. Ihr Wissen über Gartenbau, Hühneraufzucht und Imkerei gab sie an andere zionistische Frauen weiter. Elfriede Bambus zog mehrfach zwischen dem damaligen Palästina und Deutschland hin und her, bis sie sich 1925 in Palästina niederließ.

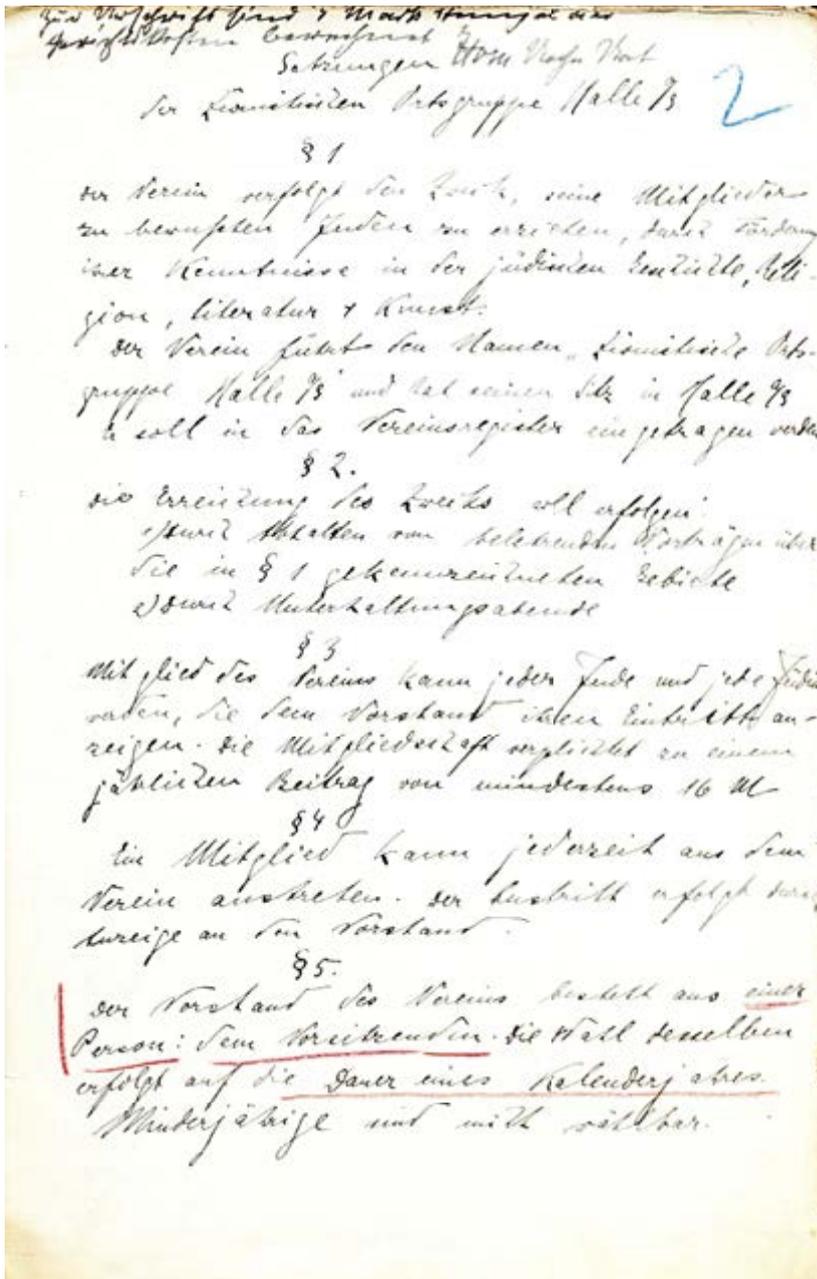
Trotz Repressionen durch die Nationalsozialisten blieb der Verein bis zu seiner letzten Sitzung im März 1938 bestehen und half den Mitgliedern bei einer Auswanderung nach Israel. Dennoch starben einige Mitglieder in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.



### Sensibilisierung für das Thema

Eine besondere Form des Antisemitismus ist der Antizionismus. Antizionist:innen sprechen dem Staat Israel sein Existenzrecht ab und verweigern ihm Rechte, die sie den meisten anderen Staaten zugestehen.





**Blatt 2r**

Satzungen

der Zionistischen Ortsgruppe Halle/S[aa]le

§ 1

Der Verein verfolgt den Zweck, seine Mitglieder zu bewussten Juden zu erziehen, durch Förderung ihrer Kenntnisse in der jüdischen Geschichte, Religion, Literatur + Kunst.

Der Verein führt den Namen „Zionistische Ortsgruppe Halle/S[aa]le“ und hat seinen Sitz in Halle/S[aa]le.

Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2

Die Erreichung des Zwecks soll erfolgen:

- 1) durch Abhalten von belehrenden Vorträgen über die in § 1 gekennzeichneten Gebiete
- 2) durch Unterhaltungsabende.

§ 3

Mitglied des Vereins kann jeder Jude und jede Jüdin werden, die den Vorstand ihren Eintritt anzeigen. Die Mitgliedschaft verpflichtet zu einem jährlichen Beitrag von mindestens 16 M[ark].

§ 4

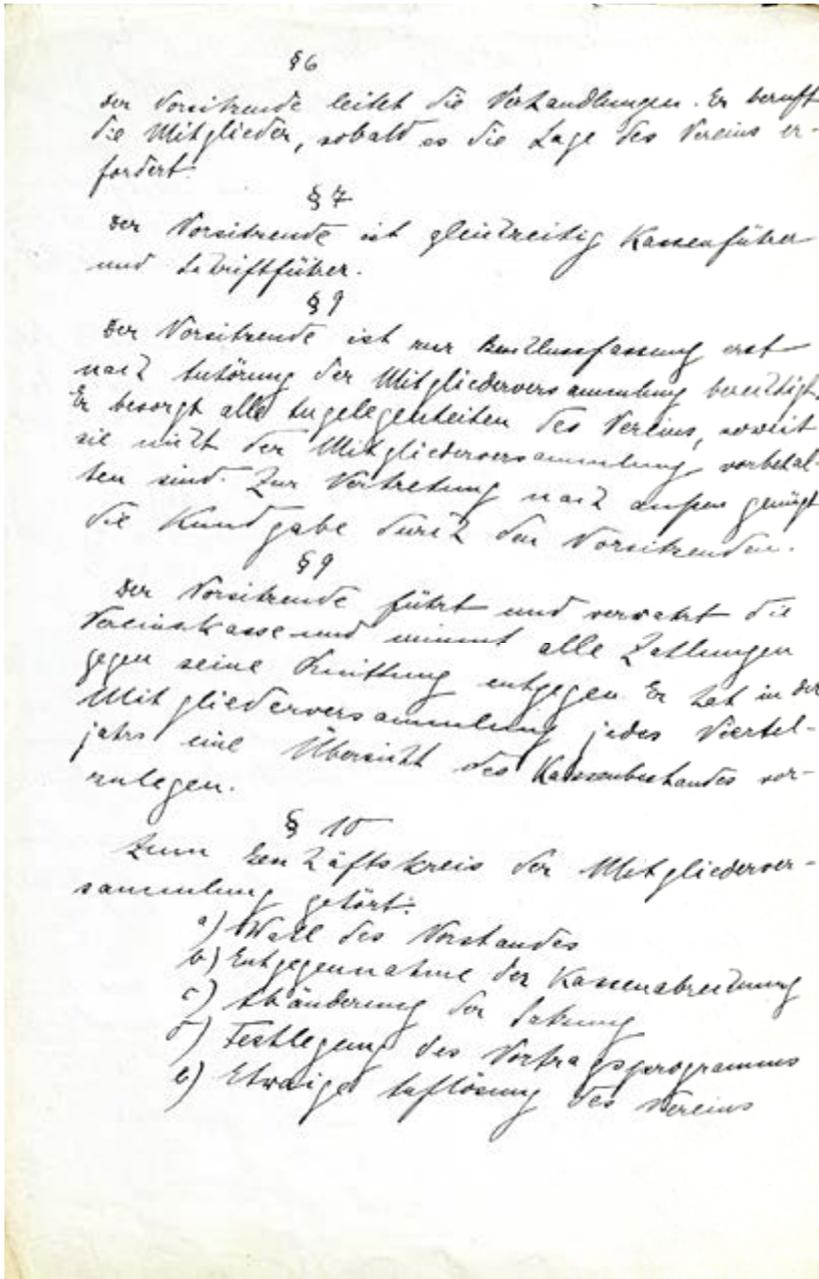
Ein Mitglied kann jederzeit aus dem Verein austreten. Der Austritt erfolgt durch Anzeige an den Vorstand.

§ 5

Der Vorstand des Vereins besteht aus einer Person: dem Vorsitzenden. Die Wahl desselben erfolgt auf die Dauer eines Kalenderjahres.

Minderjährige sind nicht wählbar.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 129 Halle, Nr. 1364, Bl. 2.



**Blatt 2v**

- § 6  
Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen. Er beruft die Mitglieder, sobald es die Lage des Vereins erfordert.
- § 7  
Der Vorsitzende ist gleichzeitig Kassensführer und Schriftführer.
- § 8  
Der Vorsitzende ist zur Beschlussfassung erst nach Anhörung der Mitgliederversammlung berechtigt. Er besorgt alle Angelegenheiten des Vereins, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Zur Vertretung nach aussen genügt die Kundgabe durch den Vorsitzenden.
- § 9  
Der Vorsitzende führt und verwahrt die Vereinskasse und nimmt alle Zahlungen gegen seine Quittung entgegen. Er hat in der Mitgliederversammlung jedes Vierteljahrs eine Übersicht des Kassenbestandes vorzulegen.
- § 10  
Zum Geschäftskreis der Mitgliederversammlung gehört:
  - a) Wahl des Vorstandes
  - b) Entgegennahme der Kassenabrechnung
  - c) Abänderung der Satzung
  - d) Festlegung des Vortragsprogramms
  - e) Etwaige Anhörung des Vereins

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, C 129 Halle, Nr. 1364, Bl. 2.



3

§ 11  
 Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung für die Mitgliederversammlung fest und erlässt die Einladungen zu ihr. Die Einberufung erfolgt:  
 1) Alljährlich für einen Tag des April zur Wahl des Vorstandes  
 2) Wenn die Berufung erforderlich  
 3) Wenn mindestens 3 Mitglieder die Berufung beim Vorstand beantragen.  
 Die Einladung erfolgt durch schriftliche Benachrichtigung.

§ 12  
 Den Vorsitz in der Versammlung führt der Vorsitzende. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Über die Beschlüsse der Versammlungen ist ein vom Vorsitzenden unterzeichnetes Protokoll aufzunehmen.

§ 13  
 Abänderung der Satzung kann nur durch Mehrheitsbeschluss von zwei Dritteln der in einer Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erfolgen.

§ 14  
 Für das laufende Kalenderjahr wird hiermit zum Vorsitzenden gewählt:  
 cand. phil. F. Sternberg-Pinner Halle Forsterstr. 55  
 die Satzung ist errichtet am 7. V. 1918

F. Sternberg-Pinner    Elfriede Bambus.    Erich-Walter-Sternberg.  
 Ludwig Janover    [Czerwinski]  
 Gottfried Neumann.    Moritz Bornick

**Blatt 3r**

§ 11  
 Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung für die Mitgliederversammlung fest und erlässt die Einladungen zu ihr. Die Einberufung erfolgt:  
 1) Alljährlich für einen Tag des April zur Wahl des Vorstandes  
 2) Wenn die Berufung erforderlich  
 3) Wenn mindestens 3 Mitglieder die Berufung beim Vorstand beantragen.  
 Die Einladung erfolgt durch abschriftliche Benachrichtigung.

§ 12  
 Den Vorsitz in der Versammlung führt der Vorsitzende. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Über die Beschlüsse der Versammlungen ist ein vom Vorsitzenden unterzeichnetes Protokoll aufzunehmen.

§ 13  
 Abänderung der Satzung kann nur durch Mehrheitsbeschluss von zwei Dritteln der in einer Mitgliederversammlung erschienen Mitglieder erfolgen.

§ 14  
 Für das laufende Kalenderjahr wird hiermit zum Vorsitzenden gewählt:  
 cand[idatus] phil[osophiae] F. Sternberg-Pinner    Halle Forsterstr[asse] 55  
 Die Satzung ist errichtet am 7. V. 1918  
 F. Sternberg-Pinner    Elfriede Bambus    Erich-Walter-Sternberg  
 Ludwig Janover    [Czerwinski]  
 Gottfried Neumann    Moritz Bornick

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 11: Satzung der Zionistischen Ortsgruppe Halle von 1918

#### KONTEXTUALISIERUNG

Das Gründungsjahr des Hallenser Vereins 1918 steht im Kontext des erstarkenden Antisemitismus. In der Weimarer Republik hetzten reaktionäre Kräfte gegen Jüdinnen und Juden, was in ersten körperlichen Übergriffen mündete. Nach dem Herrschaftsantritt von Kaiser Wilhelm II. im Jahr 1890 nahmen die Anstrengungen antisemitischer Vereine zu. Tausende Hallenser besuchten unter anderem die Veranstaltungen des „Deutschsozialen antisemitischen Vereins für Halle und den Saalekreis“.

Die Satzung der Zionistischen Ortsgruppe Halle legt die Ziele und Regelungen des Vereins fest. Das Adjektiv „bewusst“ in § 1 der Satzung fasst das Anliegen der Zionist:innen zusammen: Sie strebten danach, Jüdinnen und Juden an ihre Ursprünge zu erinnern, und setzten sich für die Entstehung eines modernen jüdischen Staates ein. Hier wird deutlich, dass Zionismus keine religiöse Form des Judentums darstellt, sondern eine politische Prägung hat. Die moderne politische Überzeugung zeigt sich darin, dass Frauen gleichberechtigte Mitglieder waren und der Verein von einer Frau gegründet wurde. Dies unterstreicht auch die Mitgliedschaft von Elfriede Bambus (1887–1957), die als zionistische Feministin gilt.

Ab 1924 hatte der Rechtsanwalt und Notar Wilhelm Neman das Amt des Vorsitzenden inne und ab 1932 übergangsweise der Rechtsanwalt und Notar Dr. Marcus Felixbrodt, welcher später auswanderte. 1932 wurde der Kaufmann Theodor Heilbronner Vereinsvorsitzender, 1936 der Arzt Theodor Bilski, der in den USA verstarb.



#### SENSIBILISIERUNG

Gerade wegen der Projektion des Nahostkonfliktes auf alle Jüdinnen und Juden und der vereinfachten antisemitischen Formel, alle Jüdinnen und Juden seien Zionist:innen und alle Zionist:innen überdies Faschisten, ist die Kontextualisierung des Zionismus wichtig.

Nicht alle Jüdinnen und Juden befürworteten und befürworteten den Zionismus. Religiöse und orthodoxe Juden sahen es als blasphemisch an, wieder nach Israel zurückzukehren. Viele assimilierte Jüdinnen und Juden in Deutschland befürchteten, dass der Zionismus weiteren Hass auf sie lenken würde. Außerdem hatten sie oft selbst eine negative Sicht auf Jüdinnen und Juden aus Osteuropa und fühlten sich vom Antisemitismus gegen „Ostjuden“ nicht angesprochen.

Der Zionismus stellte das politische Ziel einer verfolgten Gruppe dar und war in seiner Frühform die Suche nach Schutz und Selbstverwirklichung in einem gefährlichen gesellschaftlichen Klima. Wenn Antizionist:innen heute Jüdinnen und Juden das Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstverteidigung in Form eines eigenen Staates absprechen wollen, handelt es sich dabei um israelbezogenen Antisemitismus (siehe **Glossar**).

Um Antisemitismus vorzubeugen, sollte ein möglicher Antizionismus der Lerngruppe nicht außer Acht gelassen und bestenfalls thematisiert werden. Dazu lohnt sich unter Umständen das Hinzuziehen von Expert:innen (siehe Außerschulische Lern- und Gedenkorte).

## Nach Auschwitz

Ein Ereignis wie die **Shoah**, welches die fast vollständige Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer:innen zur Folge hatte, ist beispiellos in der Geschichte. Weil Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden weder verständlich noch nachvollziehbar sind, ließ es die Überlebenden fassungslos zurück. Diese Fassungslosigkeit begleitet sowohl die Überlebenden und deren Nachfahren als auch die Nachfahren der Täter:innen sowie Unbeteiligte bis heute. Der Begriff „Auschwitz“ steht dabei sinnbildlich für die **Shoah**, um dem Unverstehbaren Ausdruck zu verleihen.

Trotz dieses Risses durch die Geschichte der Menschheit endeten jüdische Geschichte und jüdisches Leben in **Sachsen-Anhalt** nicht mit dem Jahr 1945.

### Umgang mit der Shoah

Obwohl die **Shoah** Fassungslosigkeit auslöste, mussten zunächst die alliierten Besatzungsmächte einen Umgang mit deren Folgen finden. Dazu wurden in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR Gesetze und Vorschriften geschaffen. Dies war besonders schwierig, weil es noch nie ein vergleichbares Ereignis gegeben hatte. Eine wichtige Rolle spielte die Frage, wie diejenigen unterstützt werden können, die durch den Nationalsozialismus alles verloren hatten. Dabei wurde diskutiert, wer als „Opfer des Faschismus“ gelten könne und wer nicht. Dies war eine politische Frage, denn nicht jede:r wurde als „**Opfer**“ anerkannt.

### „Opfer“

Der Begriff des „Opfers“ stammt aus der Rechtswissenschaft und meint Personen, die wegen einer Straftat körperlich, psychisch oder materiell geschädigt wurden. Das Opfer-Sein betont Passivität, was vielen durch den Nationalsozialismus zu Schaden Gekommenen nicht passend erscheint. Der Begriff „Opfer“ hat außerdem eine zweite Konnotation, die des „Opfer-Bringens“, die im Kontext des Nationalsozialismus nicht angebracht ist (siehe Glossar *Holocaust*).

Der Begriff „Opfer“ ist darüber hinaus wichtig, denn nur diejenigen Personen erhalten Entschädigungen, die als Opfer anerkannt wurden. Dementsprechend wird der Opferstatus von außen bestimmt, und es kann zu Anerkennungskonflikten kommen.

Die Diskussion um den Opferstatus war grundlegend für die sowjetische und die SED-Politik, weil sie dadurch ihre antifaschistische Politik begründen konnte. **Q 12** zeigt ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung vom 2. November 1945, das erste Entschädigungsansprüche für **Opfer** ermöglichte.

### Neues Leben

Sich nach dem **Zivilisationsbruch** der **Shoah**, dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung durch die Alliierten ein neues Leben aufzubauen, war für die überlebenden Jüdinnen und Juden nicht einfach. Sie standen vor vielen Schwierigkeiten: Sie waren ihres Besitzes beraubt worden, oft weit entfernt von ihrem ehemaligen Zuhause und hatten große Teile ihrer Familie und Freunde auf gewaltsame Weise verloren. Häufig litten sie unter psychischen Belastungen, die das Grauen und die Strapazen der Konzentrations- und Vernichtungslager oder Flucht, Exil oder Untertauchen ausgelöst hatten. Sie kämpften außerdem mit körperlichen Folgen der **Shoah**, die unter anderem durch Unterernährung, **Zwangsarbeit**, Folter, Menschenversuche und die sogenannten **Todesmärsche** verursacht worden waren. Anhand des Briefes von Dr. Samuel Siegfried Cahn (**Q 13**) lässt sich die Lage eines Überlebenden vor Augen führen.



Dr. Samuel Siegfried Cahn  
Landesarchiv Sachsen-Anhalt,  
K 4, Nr. 1048, Bl. 3.

## „Wiedergutmachung“ und Erinnerung

In Hinblick auf die Geschichte der **Shoah** geht es nicht nur um die Würdigung derjenigen, die ihr zum Opfer gefallen sind, sondern auch um weitere Themen. Bei der **Wiedergutmachung** etwa wird gefragt, wie die **Opfer** der Unrechtstaten der Nationalsozialisten zu entschädigen sind.

### „Wiedergutmachung“

Unter „Wiedergutmachung“ versteht man einen finanziellen Ausgleich (auch „Kompensation“ genannt) für erlittenes Unrecht. Im Rahmen der Aufarbeitung des Nationalsozialismus hat sich eine Wiedergutmachungspolitik etabliert, die heute gesetzlich verankert ist. Der Begriff ist umstritten, weil gezahlte Gelder das entstandene Leid und die Verluste nicht „wiedergutmachen“ können.

Sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen können Entschädigungen erhalten. Dass diese Entschädigungen aber nicht unbegrenzt sind und das erfahrene Leid nicht aufheben können, unterstreicht **Q 14**: Die Synagogengemeinde zu Magdeburg hatte durch den Nationalsozialismus all ihre Güter und Gebäude verloren. Ihre Gemeindemitglieder waren in der **Shoah** ermordet worden oder geflüchtet. In ihrer Auflistung an die Entschädigungsstellen von 1949 gab die Gemeinde an, dass ihr Vermögen und die Grundstücke einen Wert von 926.900 Mark betragen hatten. Es war nicht möglich, ihnen eine solche Summe zurückzuzahlen.

Ein weiteres Problem der **Wiedergutmachung** – vor allem für Einzelpersonen – besteht darin, dass die Regeln für eine Entschädigungszahlung oft komplex sind und viele Kriterien erfüllt sein müssen, bevor Geld ausbezahlt werden kann. Dies sorgt dafür, dass viele Menschen bis heute keinerlei Entschädigung erhalten haben. Deshalb schlossen sich 1951 jüdische Organisationen in der *Claims Conference* zusammen, um Jüdinnen und Juden dabei zu unterstützen, ihre Entschädigungsansprüche geltend zu machen.

Bei der **Aufarbeitung** der **Shoah** geht es nicht nur um finanzielle Entschädigungsforderungen, sondern auch um ethisch-philosophische Fragen nach dem Leid und dem möglichen Bösen der Menschheit insgesamt. Das Mahnen und Erinnern an die **Shoah** ist ein elementarer Bestandteil der deutschen **Erinnerungskultur**. Dass diese nicht direkt nach Kriegsende einsetzte, unterstreicht **Q 15**. Im Jahr 1986 wandte sich der Vorsitzende der Synagogenge-

meinde zu Magdeburg, Hans Joachim Levy, an den Stadtrat und erreichte, dass 1988 ein Mahnmal zur Erinnerung an die Zerstörung der ehemaligen Synagoge während der **Reichspogromnacht** errichtet wurde. Die Stele dient bis heute als zentraler Mahn- und Erinnerungsort an die **Shoah** in Magdeburg.



Mahnmal Alte Synagoge in Magdeburg (2021),

Foto: Riccarda Henkel.

## Ein Ausblick auf das Hier und Jetzt

Obwohl das neue Leben nach dem **Zivilisationsbruch** der **Shoah** von Traumata, Entbehrungen und Anerkennungskämpfen geprägt war, konnten sich Jüdinnen und Juden ein aktives Leben in **Sachsen-Anhalt** aufbauen.

Insbesondere jüngere Jüdinnen und Juden erscheinen heute selbstbewusst in der Öffentlichkeit und engagieren sich gesellschaftlich und politisch in **Sachsen-Anhalt**. Es ist ihnen ein Anliegen, nicht mit der **Shoah** identifiziert zu werden. Sie möchten vielmehr als aktive Bürger:innen wahrgenommen werden, die ein Teil der Gesellschaft sind und diese prägen. Engagierte Jüdinnen und Juden werden aufgrund ihres selbstbewussten und öffentlichen Auftretens zur Zielscheibe von rechtsextremem und islamistischem Terror. Der Anschlag auf die Halleser Synagoge von 2019 demonstrierte dies auf bestürzende Weise. Dagegen steht das vielfältige Engagement gegen Antisemitismus, das unterstreicht, dass Jüdinnen und Juden seit 1000 Jahren ein Teil der Gesellschaft sind, den es zu achten, zu schätzen und zu schützen gilt.

## Q 12: Richtlinien der Provinzialverwaltung Halle für die Betreuungsstellen „Opfer des Faschismus“ vom 2. November 1945



Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bemühten sich die alliierten Besatzungsmächte, die Überlebenden der Shoah zu versorgen und dabei zu unterstützen, wieder Fuß zu fassen. Sie erließen jeweils eigene Regeln dazu, wer als „Opfer“ der Nationalsozialisten galt und welche Wiedergutmachungsansprüche damit einhergingen.



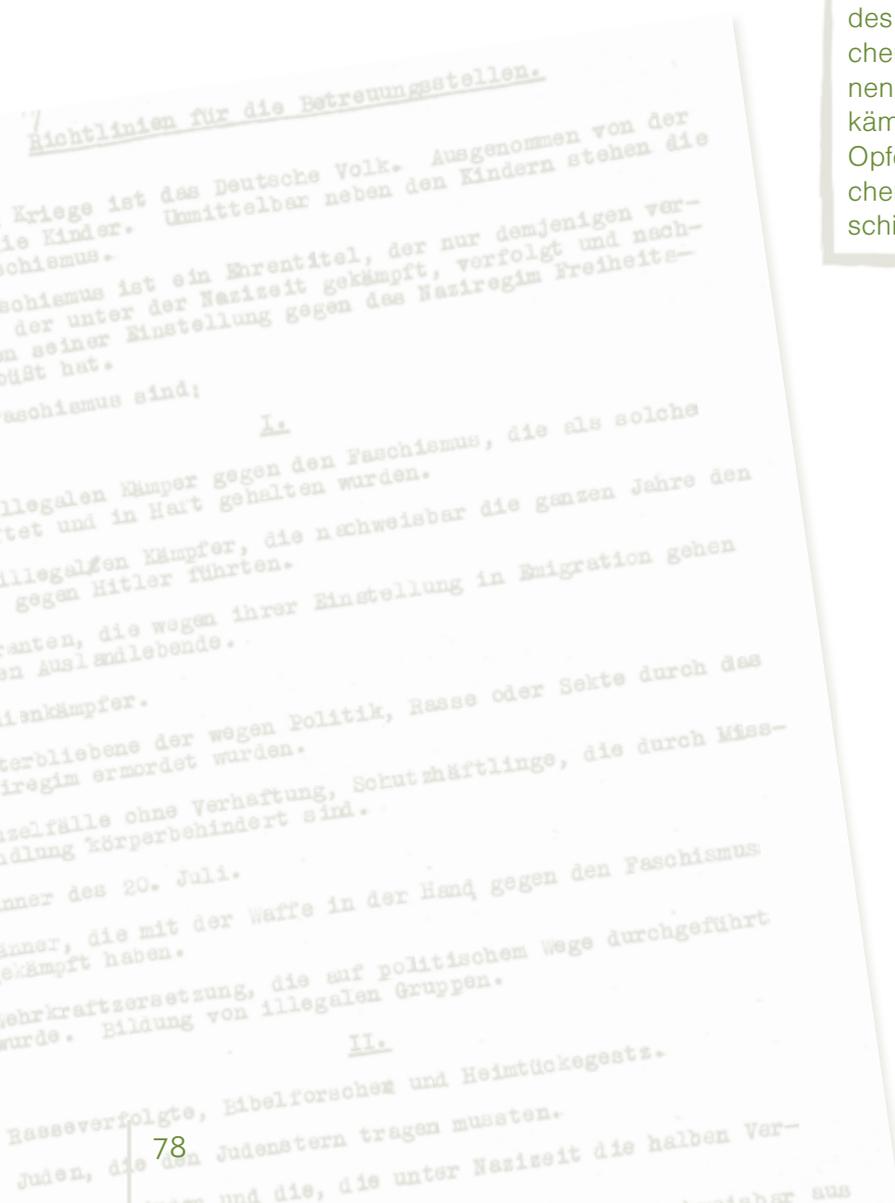
Innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone wurden die Regelungen zunächst auf Länder- und Provinzebene beschlossen. Für die Provinz Sachsen wurde im September 1945 eine Verordnung erlassen, die es den „Opfern des Faschismus“ ermöglichte, eine Hilfe zur Existenzsicherung sowie eine soziale Betreuung zu erhalten. Um die Unterstützung zu gewährleisten und zu ermitteln, wer hilfsberechtigt war, wurde die Abteilung „Opfer des Faschismus“ (OdF) bei der Provinzialverwaltung in Halle gebildet. Diese Abteilung unterhielt weitere Betreuungsstellen in der gesamten Provinz.

Welche Personen als „Opfer des Faschismus“ gelten sollten, löste eine große Diskussion aus. Zunächst wurden sehr allgemeine Richtlinien erlassen, die ehemals verfolgte Kommunist:innen deutlich bevorzugten. Dies wurde bei einer Konferenz aller OdF-Dienststellen Ende Oktober 1945 in Leipzig thematisiert. Das Ergebnis der Diskussion zeigt die Quelle vom 2. November 1945.



### Sensibilisierung für das Thema

Jüdinnen und Juden mussten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Besatzungszonen um Anerkennung ihres Leids in der Shoah kämpfen. Dabei sollte beachtet werden, dass Opfer nicht immer dieselben Rechte zugesprochen bekommen haben und es deutliche Unterschiede gab.





## Richtlinien für die Betreuungsstellen.

Schuld an dem Kriege ist das Deutsche Volk. Ausgenommen von der Schuld sind die Kinder. Unmittelbar neben den Kindern stehen die Opfer des Faschismus.

Opfer des Faschismus ist ein Ehrentitel, der nur demjenigen verliehen wird, der unter der Nazizeit gekämpft, verfolgt und nachweisbar wegen seiner Einstellung gegen das Naziregim Freiheitsstrafen verbüßt hat.

Opfer des Faschismus sind:

### I.

- 1.) Alle illegalen Kämpfer gegen den Faschismus, die als solche verhaftet und in Haft gehalten wurden.
- 2.) Alle illegalen Kämpfer, die nachweisbar die ganzen Jahre den Kampf gegen Hitler führten.
- 3.) Emigranten, die wegen ihrer Einstellung in Emigration gehen mußten Ausländerlebende.
- 4.) Spanienkämpfer.
- 5.) Hinterbliebene der wegen Politik, Rasse oder Sekte durch das Naziregim ermordet wurden.
- 6.) Einzelfälle ohne Verhaftung, Schutzhäftlinge, die durch Mißhandlung körperbehindert sind.
- 7.) Männer des 20. Juli.
- 8.) Männer, die mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus gekämpft haben.
- 9.) Wehrkraftzersetzung, die auf politischem Wege durchgeführt wurde. Bildung von illegalen Gruppen.

### II.

- 10.) Rasseverfolgte, Bibelforscher und Heimtückegeetz.
- 11.) Juden, die den Judenstern tragen mußten.
- 12.) Alle Halbjuden und die, die unter Nazizeit die halben Verpflegungssätze erhielten.
- 13.) Desserteuze der Wehrmacht, die diesen Schritt nachweisbar aus politischen Gründen getan haben, jedoch nicht die letzten 6 Monate.
- 14.) Besondere Einzelfälle.



- 2 -

### D u r c h f ü h r u n g .

Jeder Antragsteller füllt 2 Fragebogen aus. Die Betreuungsstelle läßt sich die Unterlagen, aus denen einwandfrei hervorgehen muß, daß er politisch bestraft war, aushändigen. Sind keine Unterlagen vorhanden, müssen mindestens 2 Zeugen, die selbst Antifaschisten oder politische Häftlinge sein müssen, gehört werden. Die Zeugen müssen eine eidesstattliche Erklärung für den Antragsteller unterschreiben.

Nach Prüfung, wobei auch der Ausschuß gehört und seine Zustimmung zu geben hat, wird der Antragsteller anerkannt.

Ist sich die Prüfungskommission der Betreuungsstellen über einen Fall nicht klar, geht er an die Provinzialverwaltung - Abt. "Opfer des Faschismus" zum Entscheid.

Nach Abschluß der Prüfung geht 1 Formular mit den Unterlagen, dem Prüfungsvermerk und dem Entscheid zur Provinzialverwaltung. Jaen Antrag ist ein Lichtbild für den Ausweis beizufügen. Hier wird der Antrag nochmals geprüft und der Ausweis ausgestellt.

### A u s w e i s .

Es gibt nur einen Ausweis für die Opfer des Faschismus, der von den Militärbehörden anerkannt ist.

Dieser wird von der Provinzialverwaltung ausgestellt und durch die Betreuungsstelle ausgegeben.

Der Ausweis ist in 4 Sprachen und mit einem Lichtbild versehen und trägt den Stempel des Präsidenten der Provinz Sachsen.

Politische Häftlinge und Kämpfer, die einwandfrei und lückenlos den Nachweis erbringen können, erhalten den Ausweis mit dem Zusatz " K ä m p f e r " .

### B e t r e u u n g .

Die Betreuung ist in den Durchführungsbestimmungen in § 4 festgehalten. Absatz 10 u. 11 erstreckt sich nur auf "Opfer des Faschismus" mit dem Zusatz "Kämpfer".

Das Kämpfer gegen den Faschismus einen Vorzug gegenüber den anderen Opfern des Faschismus haben, ist selbstverständlich. Die unter Ab. II hier angeführten Personen werden aus Spenden und bereits eingegangenen Beträgen und Sachen betreut.

Es kommen Fälle, die als Opfer des Faschismus nicht aufgenommen werden können, die aber auch gelitten haben. Um sie nicht abzustoßen, werden sie einmal betreut. Eine kleine Hilfe in Geld, Wohnungszuweisung, Arbeitsplatzzuweisung oder jegliche Hilfe ist hier angebracht.

### A l l g e m e i n e s .

Anträge, die von den Mitgliedern der Nazipartei gestellt werden, um ihre Mitgliedschaft zu annullieren, weil sie irgendwie gemäßregelt worden sind, sind abzulehnen. Eine Annullierung der Mitgliedschaft aus der Nazipartei gibt es nicht. Es sei denn, daß der mit einem Auftrag in die Partei eingetreten ist oder aktiver Kämpfer war.

Halle (Saale), den 2. November 1945.  
Fo./Fan.

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 12: Richtlinien der Provinzialverwaltung Halle für die Betreuungsstellen „Opfer des Faschismus“ vom 2. November 1945

#### KONTEXTUALISIERUNG

Vor allem ehemals von den Nationalsozialisten verfolgte Kommunist:innen und Sozialdemokrat:innen setzten sich mit Nachdruck dafür ein, als Opfer anerkannt und entsprechend unterstützt zu werden. Ihre Anregungen prägten sowohl die Definition, wer als „Opfer“ zu gelten habe, als auch die Art der Entschädigung. Ab 1947 schlossen sie sich zur „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zusammen, die bis heute existiert. Bei den Diskussionen um den Stellenwert des Opferstatus wurden wirtschaftliche Aspekte der Wiedergutmachung zunächst nicht weiterverfolgt. Stattdessen ging es den Behörden darum,

die Menschen bei einer Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben zu unterstützen. 1946 erließ der Berliner Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ (OdF) Richtlinien zur Opferdefinition, an denen sich alle Länder orientierten. Einheitlich wurden die Regeln erst im Oktober 1949 mit der „Anordnung zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes“. Hierdurch wurde die Aufteilung in Kämpfer und Opfer revidiert und einheitliche Wiedergutmachungsansprüche in Form von Fürsorgeleistungen festgehalten. Es wurde anschließend der Begriff „Verfolgte des Naziregimes“ (VdN) verwendet.



#### SENSIBILISIERUNG

Erinnerungskultur ist bis heute ein politisches Thema und eng mit Identitätspolitik verknüpft. Insbesondere für das sowjetische und das DDR-Staatsnarrativ spielte der antifaschistische Widerstand gegen die Nationalsozialisten eine große Rolle. Die damit einhergehende Hierarchisierung von Opfergruppen wird in der Richtlinie besonders deutlich. Dass die Anerkennung als „Opfer“ einen hohen Stellenwert bei der Frage einer möglichen „Wiedergutmachung“ spielte, ist offenkundig.

Für Jüdinnen und Juden wurde relevant, dass sie nur als „Opfer zweiter Klasse“ angesehen wurden. Schon in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wurde innerhalb der Häftlingshierarchie ein Unterschied gemacht, ob Menschen wegen einer angeblichen jüdischen „Abstammung“ oder wegen politischer Motive inhaftiert waren. So wurde im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald ein „kleines Lager“ geführt, in dem Jüdinnen und Juden mit viel schlechteren Bedingungen inhaftiert waren.

Der Bezug zu Buchenwald ist gerade deshalb relevant, weil die (Selbst-)Befreiung des Lagers

zum Gründungsmythos der DDR stilisiert und im KZ inhaftierte Kommunist:innen als Nationalhelden verehrt wurden. Bei der Behandlung von Anerkennungs- und Erinnerungsdiskursen innerhalb der DDR sollten daher der Bezug zum Antifaschismus und die Auswirkungen auf die Situation von Jüdinnen und Juden deutlich werden. Grundsätzlich muss dabei auf ein ausgewogenes Narrativ geachtet werden, sodass nicht die Erinnerungskultur der Bundesrepublik der der DDR eindimensional wertend gegenübergestellt wird.

Die Verwendung der Quelle erfordert eine Entschlüsselung der sprachlichen Besonderheiten. So sind auf der einen Seite etwa Schlagworte wie „Antifaschismus“ oder „Kämpfer“ und auf der anderen Seite sensible Begriffe wie „Opfer“ und „Verfolgte“ zu dekonstruieren.

In Bezug auf die jüdische Geschichte wären hier die Anerkennung als Opfer bzw. Verfolgte und die politischen Motive dahinter zu erarbeiten. Insbesondere eine Behandlung des Themas der Opferhierarchie wird für einen kritischen Umgang mit Erinnerungskultur relevant.



### Q 13: Brief von Dr. Samuel Siegfried Cahn an den Leiter der Anwaltskammer von Sachsen-Anhalt vom 10. September 1947



Bei der Quelle handelt es sich um einen Brief des Rechtsanwalts und Notars Dr. Samuel Siegfried Cahn an den Leiter der Anwaltskammer von Sachsen-Anhalt vom 10. September 1947.

Der Brief ist in der Personalakte von Dr. Samuel Siegfried Cahn enthalten.

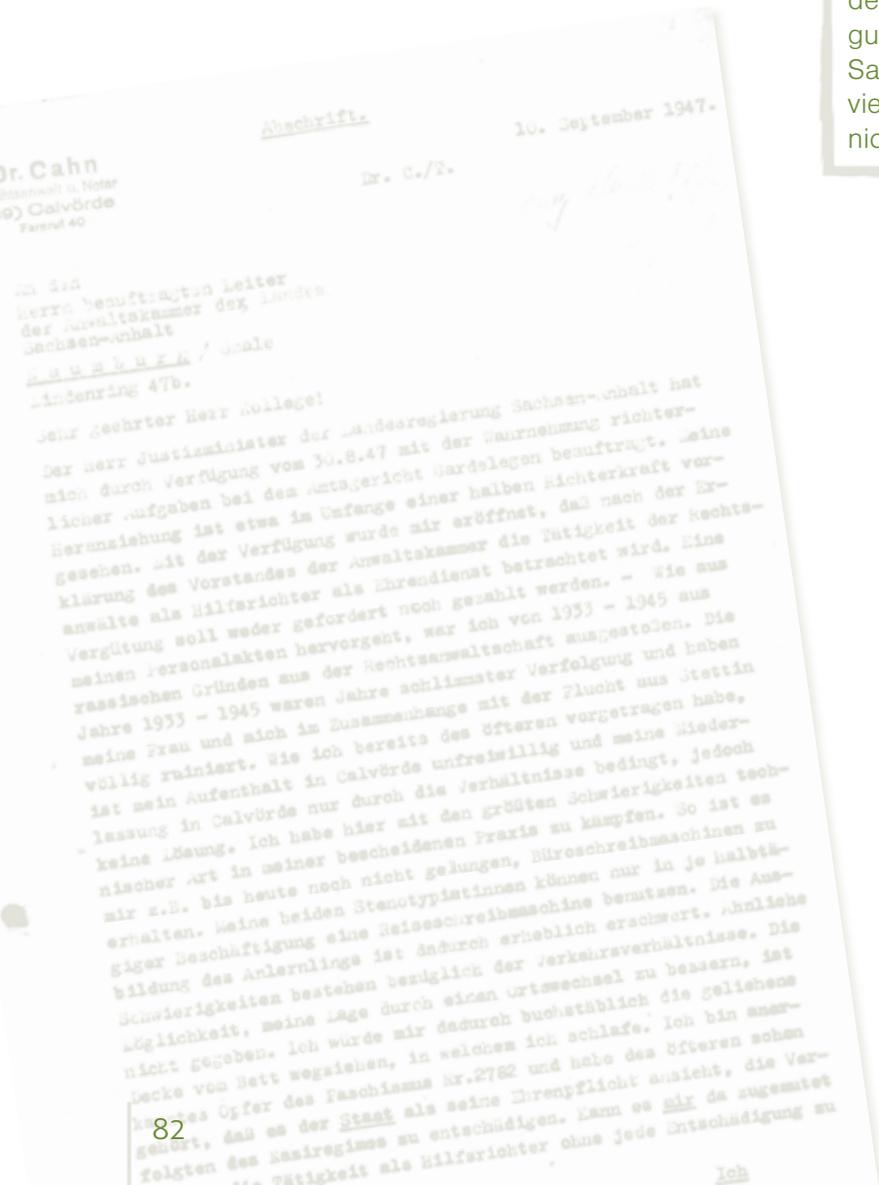
Dr. Samuel Siegfried Cahn wurde am 9. Juli 1899 in Alsfeld (Hessen) geboren und war bis zu der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten als Rechtsanwalt und Notar tätig. Er war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Im Jahr 1933 arbeitete er in Stettin und lebte dort mit seiner Ehefrau.

Aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ verlor er 1933 seinen Arbeitsplatz und war zunächst in verschiedenen anderen Berufen tätig. Weil er erkrankte, wurde er schnell arbeits- und mittellos. Im März 1945 floh er mit seiner Ehefrau, die nach nationalsozialistischer Definition keine Jüdin war, von Stettin nach Calvörde. Dort gab er sich als „Arier“ aus und wurde nicht mehr durch die Nationalsozialisten verfolgt. Im April 1945 erlebte er dort die Befreiung durch die Alliierten. Bereits ab Oktober 1945 arbeitete er als Rechtsanwalt und ab Dezember 1945 als Notar in Calvörde.



#### Sensibilisierung für das Thema

Während der Shoah haben Jüdinnen und Juden Widerstand geleistet und sich der Verfolgung auf unterschiedliche Weise entzogen. Samuel Siegfried Cahn ist nur ein Beispiel von vielen Formen, sich den Nationalsozialisten nicht zu beugen.





**Dr. Cahn**  
Rechtsanwalt u. Notar  
(19) Calvörde  
Fernruf 40

Abschrift.

10. September 1947.

Dr. C./Z.

An den  
Herrn beauftragten Leiter  
der Anwaltskammer des Landes  
Sachsen-Anhalt  
Maumburg / Saale  
Lindenring 47b.

*früher Halle 12/9*  
*H.*

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Herr Justizminister der Landesregierung Sachsen-Anhalt hat mich durch Verfügung vom 30.8.47 mit der Wahrnehmung richterlicher Aufgaben bei dem Amtsgericht Gardelagen beauftragt. Meine Heranziehung ist etwa im Umfange einer halben Richterkräft vorgesehen. Mit der Verfügung wurde mir eröffnet, daß nach der Erklärung des Vorstandes der Anwaltskammer die Tätigkeit der Rechtsanwälte als Hilfsrichter als Ehrendienst betrachtet wird. Eine Vergütung soll weder gefordert noch gezahlt werden. - Wie aus meinen Personalakten hervorgeht, war ich von 1933 - 1945 aus rassistischen Gründen aus der Rechtsanwaltschaft ausgestoßen. Die Jahre 1933 - 1945 waren Jahre schlimmster Verfolgung und haben meine Frau und mich im Zusammenhange mit der Flucht aus Stettin völlig ruiniert. Wie ich bereits des Öfteren vorgetragen habe, ist mein Aufenthalt in Calvörde unfreiwillig und meine Niederlassung in Calvörde nur durch die Verhältnisse bedingt, jedoch keine Lösung. Ich habe hier mit den größten Schwierigkeiten technischer Art in meiner bescheidenen Praxis zu kämpfen. So ist es mir z.B. bis heute noch nicht gelungen, Büroschreibmaschinen zu erhalten. Meine beiden Stenotypistinnen können nur in je halbtägiger Beschäftigung eine Reiseschreibmaschine benutzen. Die Ausbildung des Anlernlings ist dadurch erheblich erschwert. Ähnliche Schwierigkeiten bestehen bezüglich der Verkehrsverhältnisse. Die Möglichkeit, meine Lage durch einen Ortswechsel zu bessern, ist nicht gegeben. Ich würde mir dadurch buchstäblich die geliebte Decke vom Bett wegziehen, in welchem ich schlafe. Ich bin anerkanntes Opfer des Faschismus Nr.2782 und habe des Öfteren schon gehört, daß es der Staat als seine Ehrenpflicht ansieht, die Verfolgten des Naziregimes zu entschädigen. Kann es mir da zugemutet werden, die Tätigkeit als Hilfsrichter ohne jede Entschädigung zu leisten?

Ich

Ich bitte höfl., mir zu helfen und wäre für Ihre entsprechenden Bemühungen dankbar.

Mit koll.Hochachtung!

gez. Dr. Cahn.

Rechtsanwalt und Notar.

Halle (Saale), den 18.9.1947

ab 18.9.1947

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 13: Brief von Dr. Samuel Siegfried Cahn an den Leiter der Anwaltskammer von Sachsen-Anhalt vom 10. September 1947

#### KONTEXTUALISIERUNG

In der Personalakte von Dr. Samuel Siegfried Cahn sind mehrere selbstverfasste Lebensläufe enthalten, die seinen Werdegang insbesondere während des Nationalsozialismus darstellen. Nachdem er 1933 wegen der nationalsozialistischen Gesetzgebung ein Berufsverbot in der öffentlichen Verwaltung erhielt, arbeitete er zunächst in der Versicherungsbranche und anschließend in einer jüdischen Genossenschaftsbank. Weil er mit einer „Arierin“ verheiratet war, blieb er länger vor dem Verfolgungsapparat der Nationalsozialisten geschützt.

In seinem ausformulierten Lebenslauf beschreibt er eine drastische Verschlechterung der Lebensverhältnisse ab 1942, da er „auf Hungerration gesetzt, aller Wertsachen und guter Kleidung beraubt“ wurde. Auf der Flucht nach Stettin entfernte er die „Schmach der Kennzeichnung“ – den sogenannten Judenstern, den die Nationalsozialisten 1941 in Deutschland einführten. Unmittelbar nach der Befreiung engagierte er sich in der CDU und wurde stellvertretender Ortsdirektor des Antifaschistischen Ausschusses in Calvörde. Ab März 1948 war er Landgerichtsdirektor in Stendal. Die Behörden der DDR erkannten ihn als „Opfer des Faschismus“ an. Ab 1950 wurde er Mitglied im Kreis- und Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Stendal.



#### SENSIBILISIERUNG

Dass Dr. Samuel Siegfried Cahn überlebte, lag daran, dass er sich dem Zugriff der Nationalsozialisten aktiv entzog. Damit bietet die Quelle nicht nur die Möglichkeit, die Situation unmittelbar nach der Shoah fassbarer zu machen, sondern auch einer stereotypen Darstellung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus entgegenzuarbeiten. Basierend auf verkürzten Darstellungen von jüdischen Handlungsmöglichkeiten und einer vermeintlichen Wehrlosigkeit im Nationalsozialismus entsteht oft das Bild einer Passivität von Jüdinnen und Juden gegenüber der eigenen Verfolgung. Im Laufe der Aufarbeitungsgeschichte der Shoah kam es immer wieder zu bestimmten Täter- und Opferbildern, die die Wahrnehmung der Geschichte der Shoah beeinflussten.

Der Staat Israel wiederum lehnt den Topos der jüdischen Passivität in der Shoah, der in Europa und Amerika weit verbreitet ist, vehement ab. Deshalb erinnert und mahnt der Staat Israel nicht am Tag der Befreiung von Auschwitz (dem 27. Januar) an die Shoah, sondern am Tag des Warschauer Ghettoaufstandes.

## Q 14: Wiedergutmachungsantrag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Minister des Inneren vom 6. Mai 1949



Bei der Quelle handelt es sich um den Wiedergutmachungsantrag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Minister des Inneren vom 6. Mai 1949.



Die Wiedergutmachungsregelungen in der Sowjetischen Besatzungszone sahen bis zur Gründung der DDR keine Wiedergutmachung von Eigentumsverlusten vor. Stattdessen wurden die „Opfer des Faschismus“ auf vielfältige Weise sozial unterstützt. Mit dem Gesetz zur „Übertragung von Vermögenswerten der Provinz Sachsen-Anhalt an antifaschistisch-demokratische Organisationen“ vom 30. Mai 1947 änderte sich dies. Nunmehr war es möglich, Anträge auf Vermögensentschädigung zu stellen.

Nach der Bearbeitung des Antrages wurde der Gemeinde am 23. Mai 1951 mitgeteilt, dass sie 90.000 Mark für den Wiederaufbau der Friedhofskapelle und eines Synagogenraums erhalte.

**SYNAGOGEN-GEMEINDE ZU MAGDEBURG** 294

Israelitische Religionsgemeinde  
JEWISH CONGREGATION  
Еврейский приход в г.о. Магдебурге

Fernsprech-Anschluss Nr. 14811 6. Mai 1949  
Bankverbindung: MAGDEBURG, den  
Postort: Magdeburg, Depo: Siedenburg Hacklinger Straße 21  
Israelitische Friedhof, Kirch-Nr. 1948  
Synagogen-Gemeinde, Ets-Nr. 1002  
Postfach-Nr. 10

In den  
Herrn Minister des Inneren  
Abt. I a  
H a l l e / Seale  
-----  
Willy Lohmann Straße 7

**Betr.: Wiedergutmachung für die Synagogen Gemeinde zu Magdeburg.**

Zu dem Gesetz vom 30.5.1947 betr. Übertragung von Vermögenswerten der Provinz Sachsen-Anhalt an antifaschistisch - demokratische Organisationen hat der Landtag den Beschluss gefasst, den Kirchen und religiösen Gemeinschaften diejenigen Vermögensschädigungen auszugleichen, die durch nationalsozialistische Willkürakte verursacht worden sind.

Wir beziehen uns auf die Ihnen bereits vorliegenden Anträge wegen Rückgabe der Grundstücke, die früher der Synagogengemeinden gehört haben. Wir nehmen an, dass über diese Anträge das Kabinett demnächst entscheiden wird. In Ergänzung zu diesen Anträgen bitten wir hiermit um Ausgleichung derjenigen Schäden, die der Synagogen Gemeinde zu Magdeburg durch nationalsozialistische Willkürakte zugefügt worden sind. Zur Glaubhaftmachung der Schäden führen wir im einzelnen folgendes an:

**1. Grundstück Gr. Schulstrasse 2c - Synagoge Gebäude**

Die Synagoge wurde in der Kristallnacht am 9.11.1938 gesprengt und die Inneneinrichtung verbrannt

Sinnheitswert	DM 107.800.-
Die Einrichtung bestand aus:	
a) 24 grosse Thora-Rollen, deren Mindestwert auf 15.000.- pro Rl. geschätzt wird	DM 360.000.-
8 mittlere Thora-Rollen a 12.000.-	DM 96.000.-
1 kleinere Thora-Rolle mit wertvollen Silberplattenbehang	DM 10.000.-
b) Altaraufbau mit den Allerheiligsten (rot Marmor)	DM 30.000.-
c) Gros - Orgel	DM 20.000.-
d) Gestühl für Männer und Frauen geteilt	DM 20.000.-
e) Wert der Läufer und Teppiche	DM 10.000.-
<b>Übertrag</b>	<b>DM 691.800.-</b>

Druck: Harry Schwartz, Berlin O. G. Marksch. 52 - 4700 I. P. J. M. V. 1949 43

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, K 2, Nr. 812, Bl. 294 (VS).



	Übertrag:	DM 691.800.-
f) Konferenzsaal schwarz Eiche mit Bibliothek antiker Bücher, welche bereits 1935 von der Gestapo abgeholt wurden und einen hohen Wert hatten		DM 40.000.-
g) Schulräume mit Schulmaterial		DM 8.000.-
		DM 739.800.- =====
<u>2. Grundstück Schulstrasse 2 b Haus der Gemeindeverwltg.</u>		
Dieses Grundstück ist vollkommen ausgebombt und hatte einen Wert von DM 68.000.- und ist auf einen Einheits- wert von		DM 37.600.-
gesetzt.		
Inneneinrichtung, Schreibmaschinen, Buchungsmaschinen		DM 5.000.-
		DM 42.600.- =====
<u>3. Grundstück Arndstrasse 5 Israelitisches Altersheim.</u>		
Einheitswert	ca	DM 60.000.-
belastet mit DM 10.000.- Hypothek Eliese Braun.		
Das Gebäude ist durch Kriegseinwirkung beschädigt und bereits wieder hergestellt. Kosten des Wiederaufbaus		5.000.-
		DM 65.000.- =====
<u>4. Begräbnisplatz Fernersleberweg 40-46 Jüdischer Friedhof</u>		
Beschädigung der Friedhofsmauer ca 70 meter durch Kriegseinwirkung, so dass von der Strasse die Gräber zu sehen sind.		DM 20.000.-
Andachtshalle - Wiederaufbau und Ausbau		DM 18.000.-
Inneneinrichtung: Kanzel, Harmonium, Gestühl		DM 7.000.-
Leichenhalle: Wiederaufbau bereits teilweise von der Gemeinde ausgeführt		DM 3.000.-
Friedhofs Gartenanlagen - Gewächshäuser in der Wiederherstellung begriffen 1. Bauabschnitt		DM 19.500.-
2. Bauabschnitt ca		DM 12.000.-
Die vorgenannten Gewächshäuser sind von der Gestapo damaliger Zeit demontiert worden und aus der Anlage entfernt.		
		DM 79.500.- =====



## SYNAGOGEN-GEMEINDE ZU MAGDEBURG

295

Israelitische Religionsgemeinde

JEWISH CONGREGATION

Еврейский приход в гор. Магдебурге

Fernsprech-Anschluß Nr. 34811

Bankverbindung:

Stadtparkasse Magdeburg, Depke Sudenburg

Israelitischer Friedhof, Konto-Nr. 19649

Synagogen-Gemeinde, Kto.-Nr. 5868

Postcheck-Konto

MAGDEBURG, den

Hecklinger Straße 27

2, Beiblatt zum Schreiben vom 6. Mai 1949

## 5. Zusammenfassung.

Der Wiedergutmachungsanspruch der Synagogen Gemeinde zu Magdeburg beläuft sich zusammengefasst für die Grundstücke

a) 1. Grundstück Gr. Schulstrasse 2 c auf	DM 739.800.-
b) 2. Grundstück Gr. Schulstrasse 2 b auf	DM 42.600.-
c) 3. Grundstück Arndtstrasse 5	DM 65.000.-
d) 4. Jüdischer Friedhof, Ferneraleberweg 40/6	DM 79.500.-
	DM 926.900.-
	=====

## 6. Bedarfsfrage

Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass den jüdischen Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt bis zum heutigen Tage noch nicht ein einziges Gotteshaus hergerichtet worden ist. Dieser Zustand ist umso betrüblicher und umso schwerer zu ertragen, als ein Vergleich mit dem benachbarten Land Sachsen zeigt, dass dort auch ohne gesetzliche Regelung den religiösen Bedürfnissen der jüdischen Staatsbürger und ihrem berechtigten Anspruch auf Wiedergutmachung entsprochen werden konnte. So ist die Synagoge in Leipzig schon seit geraumer Zeit wieder hergestellt. Auch in Dresden hat man der dortigen jüdischen Gemeinde für die Zwecke ihres Kultus einen Betrag von DM 50.000.- zur Verfügung gestellt. Ebenso in der Stadt Zwickau.

Bei unseren Wünschen auf Wiedergutmachung handelt es sich aber im Verhältnis zu den Wiederaufbaumaßnahmen um verhältnismäßig so geringfügige Objekte, dass nicht nur die Gewährung der erforderlichen finanziellen Mittel, auf die überdies ein gesetzlicher Anspruch besteht, keine Schwierigkeiten machen kann, sondern dass auch die Bewilligung und Zuteilung der erforderlichen Materialien durchaus im Rahmen des Möglichen liegt.

Wir bitten, auch in dieser Hinsicht unseren Antrag wohlwollend zu unterstützen.

Gleichzeitig geben wir zur Kenntnis, dass eine Abschrift dieses Schreibens auch an den Herrn Ministerpräsidenten, Abt. Kirchenwesen gesandt wurde.

Anlage : 4 Grundbuchauszüge.



Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde  
zu Magdeburg*Karimov*

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 14: Wiedergutmachungsantrag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Minister des Inneren vom 6. Mai 1949

#### KONTEXTUALISIERUNG

Sachsen-Anhalt hatte in Bezug auf die Wiedergutmachungsbestrebungen innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone eine Vorreiterrolle: Die relativ frühe gesetzliche Verankerung der „Wiedergutmachung“ wird in der Forschung mit einer besonderen Personalkonstellation erklärt: Innenminister in der Regierung unter Erhard Hübener (1881–1958) war Robert Siewert (1887–1973), ein ehemaliger Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, dem es ein persönliches Anliegen war, die ehemaligen Häftlinge zu unterstützen. Ab 1947 wandelte sich auch der Begriff „Opfer des Faschismus“ in „Verfolgte des Naziregimes“ (VdN). Dass das Gesetz 1947 erlassen wurde, geht auf die Tätigkeit der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zurück, die mit massivem Druck eine Wiedergutmachungsgesetzgebung einforderte.



#### SENSIBILISIERUNG

Bei der Diskussion um „Wiedergutmachung“ der Shoah spielten und spielen Erinnerungsabwehr sowie Täter-Opfer-Umkehrungen innerhalb der deutschen Gesellschaft eine Rolle: Bis heute wird Jüdinnen und Juden eine „Rachsucht“ wegen der Shoah vorgeworfen. In der Wissenschaft wird diese Variante oft „sekundärer Antisemitismus“ genannt, weil er die Shoah zum Teil des antisemitischen Argumentes macht (s. Glossar).

In anderen Diskursen um „Wiedergutmachung“ stehen ethisch-moralische Fragen im Fokus: etwa, ob erlebtes Leid (monetär) „wiedergutmacht“ werden kann und ob es sich nicht um eine erneute Diskriminierung handelt, wenn dazu eine Berechnung und Abwägung des Leids vorgenommen wird; oder auch, welche Signalwirkung damit verbunden wäre, wenn keine Zahlungen geleistet würden. Diese insbesondere in den 1970er und 1980er in Westdeutschland geführte Debatte lebt heute wieder auf, weil durch die kritische Beschäftigung mit der Kolonialzeit auch deren „Wiedergutmachung“ und multidirektionale Erinnerung diskutiert werden. Im Zuge dessen geht es um den Stellenwert der Shoah und ihre Vergleichbarkeit mit anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bzw. Genoziden. In diesem Sinne sollte auch ein Bezug zur Geschichtskultur und aktuellen Debatten hergestellt werden.

## Q 15: Vorschlag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Rat der Stadt zur Errichtung eines Mahnmals vom 10. April 1986



Bei der Quelle handelt es sich um einen Brief des Vorsitzenden der Synagogen-Gemeinde Hans Joachim Levy an den Rat der Stadt Magdeburg vom 10. April 1986.

Der Brief befindet sich im Archiv der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg.

In den 1980er Jahren veränderte sich die Haltung der DDR-Regierung zu Jüdinnen und Juden, die nun ein großes Interesse an jüdischer Geschichte und Kultur entwickelte. In diesem Klima unterbreitete der damalige Vorsitzende der Synagogen-Gemeinde Magdeburg, Hans Joachim Levy, dem Rat der Stadt Magdeburg den Vorschlag, anlässlich des 50. Jahrestages der Pogromnacht ein Mahnmal am Ort der zerstörten Synagoge aufzustellen. Die Stadt nahm sich dieses Vorschlages an und weihte das Denkmal 1988 öffentlichkeitswirksam ein. Der Künstler und Metallbauer Josef Bzdok wurde mit der Gestaltung beauftragt, da er sich als Mitglied des Verbandes bildender Künstler der DDR bereits einen Namen gemacht hatte. In Zusammenarbeit mit Hans Joachim Levy erstellte er eine zweisprachige Stele, die bis heute als Mahn- und Gedenkort dient.



60

10. 4. 86

An den  
Rat der Stadt Magdeburg  
z. Hd. Gen. Dr. Nothe

3040 Magdeburg  
Bei der Hauptwache

Sehr geehrter Genosse Dr. Nothe!

Am 9. November 1938 ist der 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht, in der 281 Synagogen und Gemeindehäuser von den Faschisten in Brand gesteckt oder zerstört wurden. Darunter befand sich auch die Synagoge in Magdeburg, Große Schulstr. 20. Heute ist dieses Gebäude bebaut und befindet sich in der Höhe des Industrieladens von RFT in der Julius-Bremer-Str. Unsere Bitte und zugleich Vorschlag an den Rat der Stadt Magdeburg ist, dort ein Mahnzeichen in Form einer Stele zur Erinnerung an die faschistische Pogromnacht vom 9. 11. 1938 zu errichten. Bekanntlich war die faschistische Pogromnacht der organisierte Auftakt zur Endlösung der Judenfrage in Deutschland. Einen Vorschlag zu der Stele fügen wir in der Anlage bei. Hier aber eine Erläuterung zu unserem Vorschlag. Die 7-armige Menorah (Leuchter) ist das alte Sinnbild des Judentums. Auf der Stele sollten aber nur 6 Arme eingemeißelt sein, als Ausdruck der 6 Millionen ermordeter Juden. Natürlich ist dies nur ein Vorschlag und soll nur eine Anregung sein. Wir sind jederzeit zu weiteren Diskussionen bereit.

Sehr geehrter Genosse Dr. Nothe!

Wir bitten Sie unseren Vorschlag dem Rat der Stadt Magdeburg zu unterbreiten und diesen in der Ratssitzung zu vertreten.

Diese Stele sollte zum 50 Jahrestag der faschistischen Pogromnacht am 9. November 1938 in einer kurzen Feierstunde mit Kranzniederlegung der Öffentlichkeit übergeben werden.

In der Hoffnung, daß unsere Bitte nicht vergebens ist und wir von Ihnen einen hoffentlich zusagenden Bescheid erhalten verbleibt

mit freundlichen Grüßen!  
L e v y *h* (Vorsitzender)

## Kontextualisierung und Sensibilisierung für die Vermittlungsarbeit

### Q 15: Vorschlag der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg an den Rat der Stadt zur Errichtung eines Mahnmals vom 10. April 1986

#### KONTEXTUALISIERUNG

Über den damaligen Vorsitzenden der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg, Hans Joachim Levy, ist bekannt, dass er im Juli 1920 in Breslau geboren wurde und mit seiner Familie im Mai 1944 nach Magdeburg kam, um sich dem Zugriff der NS-Behörden Breslaus zu entziehen. Außerdem war er später in der SED und anderen Organisationen aktiv.

Dass die jüdische Gemeinde gerade 1986 den Vorschlag der Errichtung eines Mahnmals stellte, passte zum veränderten politischen Klima in den späten 1980er Jahren. Die Haltung der DDR-Regierung zu Jüdinnen und Juden im eigenen Land und zu Israel verschob sich. Diese war zuvor dezidiert antizionistisch ausgerichtet und von einem Antisemitismus geprägt, der Jüdinnen und Juden mit dem neuen Staat Israel assoziierte (siehe Q 11). Dies zeigte sich etwa im Klima nach dem Slansky-Prozess oder im Umgang mit Paul Merker (1894–1969), wodurch viele Jüdinnen und Juden zur Flucht bewegt wurden, darunter auch führende Mitglieder der Magdeburger Synagogen-Gemeinde. Die Zusammenarbeit der DDR mit der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) und arabischen Staaten sowie die aktive Unterstützung einer antizionistischen UN-Resolution stellen weitere Beispiele dar.

Dass sich die Haltung der DDR-Regierung zu Jüdinnen und Juden und ihr Israelbild veränderten, wird in der Forschung mit einem Annäherungswunsch an die USA erklärt. Die Annäherung sollte über einen Wandel im Umgang mit Jüdinnen und Juden gelingen.



#### SENSIBILISIERUNG

Mit Hilfe der Personifizierung von Jüdinnen und Juden als politische Akteur:innen in der DDR kann das Narrativ der Passivität gebrochen und ein Gegenwartsbezug hergestellt werden. Auf diese Weise wird deutlich, dass Jüdinnen und Juden sehr wohl die Erinnerung an die Shoah mitgeprägt haben.

Zur Beurteilung der politischen Handlungsmöglichkeiten von Jüdinnen und Juden in der DDR sind Hintergrundinformationen erforderlich, zumal sich die DDR-Politik hier veränderte. Wie auch für **Q 11** ist ein kritischer Blick auf antizionistische Haltungen und Kontexte für die Dekonstruktion der Quelle wichtig.

## Glossar

### A

#### Antijudaismus

Wenn die Wissenschaft den Begriff Antijudaismus verwendet, meint sie damit eine im Kern theologisch-religiös fundierte Judenfeindschaft, die in früheren Epochen vorherrschend war. In diesem Verständnis beinhaltet Antijudaismus im Gegensatz zum Antisemitismus keine rassistische Begründung, sondern definiert Jüdinnen und Juden über deren Religionszugehörigkeit, weshalb (Zwangs-)Taufen als „Problemlösung“ angesehen werden konnten. Der Begriff Antijudaismus lässt sich für moderne Phänomene aber oft nicht mehr trennscharf anwenden, weil die Übergänge in antisemitische Haltungen fließend werden.

#### Antisemitismus

Der Begriff Antisemitismus wird seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verwendet und bezieht sich auf eine Form des Judenhasses, der Jüdinnen und Juden als menschliche „Rasse“ definiert. Das heißt, Antisemit:innen lehnen Jüdinnen und Juden nicht primär aus religiösen Gründen ab, sondern wegen einer angeblichen Zugehörigkeit zu einer „Rasse“. Diese Feindschaft kann sich auf ganz verschiedenen Ebenen äußern. Die extremste Form, der eliminatorische Antisemitismus, fordert offen die Ermordung aller Jüdinnen und Juden. Die Nationalsozialisten versuchten, dies in die Tat umzusetzen.

Auch heute gibt es weiterhin Antisemitismus. Dieser wird in unterschiedliche Varianten aufgeteilt. Besonders häufig bezieht sich Antisemitismus auf Israel: Alle Jüdinnen und Juden werden dabei für die Politik des Staates Israel verantwortlich gemacht, egal ob sie dort leben oder nicht. Diese Art des Antisemitismus nennt die Wissenschaft „israelbezogenen Antisemitismus“. Wenn Antisemit:innen die Shoah zum Anlass ihres Hasses nehmen, indem sie sie entweder leugnen oder Jüdinnen und Juden deren Instrumentalisierung vorwerfen, spricht man von „sekundärem Antisemitismus“ oder „Post-Shoah Antisemitismus“.

Die Bundesregierung setzt sich gegen Antisemitismus ein und verwendet dabei die weit gefasste Anti-

semitismus-Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA):

*„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“*



#### Assimilation und Akkulturation

Beide Begriffe werden verwendet, um zu beschreiben, auf welche Weise sich unterschiedliche Gruppen innerhalb der Gesellschaft einander annähern. Bei der Assimilation einer Minderheitsgruppe an die Mehrheitsgesellschaft nimmt diese Werte, Sprache, Bräuche, Religion und vieles mehr von der Mehrheit an und gibt dafür Eigenes auf. Bei der Akkulturation wiederum nähert sich die Minderheitsgruppe der Mehrheitsgesellschaft an, ohne ihre Eigenheiten abzulegen.

### D

#### Diaspora

Der Begriff Diaspora stammt aus dem Altgriechischen und bedeutet Zerstreung bzw. Zerstretheit. Er bezieht sich auf Bevölkerungsgruppen, die ihre Herkunftsländer etwa wegen Vertreibungen verlassen mussten und deshalb nun in anderen Ländern leben (müssen). In Bezug auf jüdische Geschichte meint Diaspora die Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus Israel ab dem babylonischen Exil um das Jahr 597 v. Chr., das Wanderungsbewegungen auslöste, die Jüdinnen und Juden auf lange Sicht auch nach Europa brachten.

## E

**Emanzipation**

Der Begriff Emanzipation bezieht sich auf einen Prozess, bei dem eine unterprivilegierte Gruppe der Gesellschaft sich aus Formen der Abhängigkeit befreit und Selbstbestimmung erhält. In Bezug auf jüdische Geschichte meint Emanzipation den Prozess und gleichzeitig das Ergebnis des Kampfes von Jüdinnen und Juden um Gleichberechtigung und politische Partizipation. Vor der Emanzipation wurden sie rechtlich, religiös und sozial diskriminiert, nach der Emanzipation hatten sie die gleichen Rechte und Pflichten wie die Mehrheitsbevölkerung.

**Eretz Israel**

Der hebräische Begriff Eretz Israel (ישראל ארץ) stammt aus der Bibel und bedeutet übersetzt „Land Israel“. Wenn man den Begriff religiös deutet, bedeutet er „gelobtes Land“. Er ist also ein Name für das Land, in dem Jüdinnen und Juden historisch gelebt haben. Weil die Jüdinnen und Juden der zionistischen Bewegung einen Bezug zu ihrem Heimatland herstellen wollten, verwendeten sie den Begriff. Damit wollten sie ihre historische Verbundenheit zu dem Land der Bibel unterstreichen.

## H

**Haskala**

Haskala (השכלה) stammt aus dem Hebräischen und steht für die jüdische Aufklärung. Das Wort leitet sich aus dem hebräischen Wort für Vernunft ab. Wie in der Aufklärung insgesamt war es das oberste Ziel, dass alle Menschen ihren Verstand verwenden, um Freiheit und Autonomie zu erlangen. Die jüdische Aufklärungsbewegung entstand um 1770 und hatte ihren Ursprung in Berlin. Die Vertreter der jüdischen Aufklärung (die Maskilim) hatten es sich zum Ziel gesetzt, alle Jüdinnen und Juden zu vernünftigen Menschen zu bilden. Außerdem forderten sie die Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden sowie Religionsfreiheit. Ein wichtiger Vertreter der Bewegung war der aus Dessau stammende Moses Mendelssohn.

## J

**Judentum und Judenheit**

Wenn vom Judentum gesprochen wird, wird damit Unterschiedliches gemeint: zum einen die älteste Weltreligion mit ihrer heiligen Schrift, der Tora, sowie jüdische Kultur und Lebensweise, zum anderen alle Jüdinnen und Juden als Menschen. Um Missverständnisse zu vermeiden, benutzen einige Wissenschaftler:innen das Wort Judenheit, wenn sie sich auf die Gesamtheit der jüdischen Menschen beziehen, und Judentum, wenn sie über die jüdische Religion oder Kultur sprechen.

## M

**Machtübernahme**

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 erfolgte ein schrittweiser Abbau der demokratischen Grundrechte. Der Begriff „Machtergreifung“ ist ein von den Nationalsozialisten geprägter Begriff. Er wurde bereits seit der Gründung der NSDAP 1920 für ihre Bestrebungen genutzt, mehr Zugriff auf Machtbefugnisse zu erhalten. Auch der Begriff „Machtübernahme“ wurde bereits von den Nationalsozialisten verwendet, betont jedoch weniger das Kämpferische. Ein alternativer Begriff zur „Machtübernahme“ oder „Machtergreifung“ ist „Machteroberung“, der den illegitimen Charakter des Prozesses stärker hervorhebt. Der Begriff „Machtübertragung“ hingegen verdeutlicht, dass Hitler und der NSDAP die Macht mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 auf legalen Wege übertragen wurde. Welcher Begriff Verwendung finden sollte, ist noch immer Gegenstand aktueller Debatten über dieses historische Ereignis.

**Maskilim**

Das Wort Maskilim ist die Mehrzahl des hebräischen Wortes „Maskil“, das so viel heißt wie „Gelehrter“ oder „Aufklärer“. Deshalb nennt man die Vertreter der Haskala Maskilim. Sie schlossen sich Ende des 18. Jahrhunderts von Berlin und Preußen ausgehend in Vereinen, Schulen und Verlagen zusammen und verbreiteten ihre Ideale. Frauen spielten in der Haskala eine untergeordnete Rolle, zunächst vor allem in der sogenannten Salonkultur.

## N

### **Nationalismus**

Der Begriff wird in der Wissenschaft gebraucht, um eine Ideologie zu beschreiben, welche die moderne Nation und den Nationalstaat in Abgrenzung zu anderen Großgruppen in den Mittelpunkt rückt. Eine demokratische Form von Nationalismus entstand mit der Französischen Revolution. Zum demokratischen Nationalismus zählen Werte wie Menschen- und Bürgerrechte, das Selbstbestimmungsrecht und die Souveränität. Die ethnische Form von Nationalismus stellt eine Ethnie in den Mittelpunkt der Souveränität. Während der demokratische Nationalismus den Erwerb der Staatsbürgerschaft unter Voraussetzungen ermöglicht, sieht der ethnische Nationalismus eine Staatsbürgerschaft nach Abstammung vor.

## R

### **Reichspogromnacht**

Der Begriff „Pogrom“ kommt aus dem Russischen und bezeichnet „Zerstörung“ oder „Verwüstung“. Er wird für gewalttätige Übergriffe auf einzelne Gruppen, meist soziale Minderheiten, der Gesellschaft gebraucht. Der Begriff „Kristallnacht“ wurde in der Presse ab November 1945 gebraucht. Er wird heute kritisiert, weil er die Gewalttaten in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 verklärt. In der Propagandasprache der Nationalsozialisten wurde zynisch von „Demonstrationen“ oder „spontanen Volksaktionen gegen das Judentum“ gesprochen. Damit sollte die staatliche Beteiligung verschleiert und der Anschein erweckt werden, es handle sich um spontane Übergriffe im Einklang mit der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung. Um den Opfern gerecht zu werden und sich von der Sprache der Nationalsozialisten zu lösen, spricht man von der „Reichspogromnacht“ oder den „Novemberpogromen“.

## S

### **Sachsen-Anhalt**

Bei dem Land Sachsen-Anhalt handelt es sich um eine Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahr 1946 wurde die vorherige „Provinz Sachsen“ in „Provinz Sachsen-Anhalt“ umbenannt. Nach der Auflösung Preußens im Februar 1947 erhielt die Provinz im Juli 1947 die Bezeichnung „Land Sachsen-Anhalt“. Bereits 1952 wurde es wieder aufgelöst, durch die zwei Bezirke Halle und Magdeburg ersetzt und erst im Zuge der deutschen Einheit 1990 neugegründet. Deshalb gilt Sachsen-Anhalt als ein „neues Bundesland“ mit einer kurzen Landestradi-tion. Dennoch verlief auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes eine vielfältige Geschichte: Im Mittelalter lag hier das Zentrum der ottonischen Königsherrschaft, außerdem gilt es unter anderem als Ursprungsland der Reformation. Im 19. und 20. Jahrhundert entwickelte es sich zu einer der bedeutendsten Industrieregionen Deutschlands. Während des Nationalsozialismus war ein Großteil der Industriebetriebe in die Rüstungsproduktion einbezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand ein Viertel der Bevölkerung aus Geflüchteten und Vertriebenen.

### **Schutzjuden/Schutzherrschaft/Schutzbrief**

Seit dem Ausgang des Mittelalters konnten Jüdinnen und Juden unter den Schutz der Fürsten gestellt werden. Dazu mussten bestimmte Bedingungen erfüllt sein. Die Herrscher konnten den Jüdinnen und Juden die Sicherheit der Person, des Eigentums und der Religionsausübung garantieren oder entziehen. Den männlichen Familienoberhäuptern wurden gegen Ableistung eines Eides „Schutzbrie-fe“ ausgestellt, wofür sie „Schutzgelder“ und Abgaben entrichten mussten. Im Todesfall konnten die Privilegien auf Antrag auf ihre ältesten Söhne oder ihre Witwen übertragen werden. Ohne die „Schutzbrie-fe“ waren die Jüdinnen und Juden rechtlos und durften sich nicht ansiedeln. Auch mit den „Schutzbrie-fen“ konnten sie Verfolgung und Vertreibung ausgesetzt sein. Die Begriffe „Schutzjude“ und „Schutzbrief“ sind also problematisch, weil sie suggerieren, die „Schutzjuden“ seien bedingungslos von den Herrschern geschützt worden. Zudem verweist der Begriff auf die zeitgenössische Auffassung, Jüdinnen und Juden seien ‚Privatsache‘ der Fürsten, und spricht ihnen damit letztlich ihr Menschsein ab.

## Shoah

Als Shoah wird der systematische Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten bezeichnet. Der Begriff Shoah (שואה) stammt aus dem Hebräischen und bedeutet „Katastrophe“ oder „Unglück“. Er hat sich gegenüber dem jiddischen Begriff „Churban“ (חורבן) durchgesetzt, weil dieser bereits für andere Katastrophen der jüdischen Geschichte, etwa der Tempelzerstörung verwendet wurde und man die Singularität des Ereignisses betonen möchte. Oft wird anstelle des Begriffs Shoah auch Holocaust verwendet. Holocaust bezieht sich auf das griechische Wort „holókaustus“ und heißt direkt übersetzt „vollständig verbrannt“. In der Bibel wurde der Begriff auch für die Bezeichnung von Brandopfern verwendet, und deshalb möchten viele Jüdinnen und Juden den Begriff nicht verwenden. Trotzdem hat er sich insbesondere international durchgesetzt. Soll die Ermordung aller Opfergruppen benannt werden, hat sich der Begriff Holocaust etabliert.

## T

### Tzedaka

Tzedaka (צדקה) bedeutet Gerechtigkeit; es handelt sich um ein religiöses Gebot, zu dem alle Jüdinnen und Juden verpflichtet sind. Die Pflicht besteht darin, das eigene Eigentum (nach Maß) mit anderen zu teilen, weil es jedem Menschen von Gott gegeben wurde und daher allen zusteht. Auf diese Weise sollen Jüdinnen und Juden die Welt verbessern. Es geht dabei nicht um das Verleihen von Geld, sondern um die uneigennützig Gabe an Andere. Die gängige Übersetzung des Wortes mit Wohltätigkeit ist nicht ganz richtig, weil es sich um eine religiöse Auflage und keine freiwillige, generöse Tugend handelt. Tzedaka ist ein fester Teil des Judentums und hat daher eine lange Geschichte.

## W

### Wiedergutmachung

Die Geschichte der „Wiedergutmachung“ der NS-Gräueltaten ist sehr vielfältig und wurde von unterschiedlichen Akteur:innen anders definiert und ausgeführt. Zunächst haben die drei westlichen militärischen Besatzungszonen zwischen 1947 und 1949 Rückerstattungsgesetze erlassen. Dabei ging es um Eigentum, das wiederaufgefunden werden konnte. Diese Gesetze wurden in westdeutsches Recht integriert und 1957 erweitert. Insgesamt betrafen sie meist das gestohlene Eigentum von Jüdinnen und Juden. Ab 1953 gab es ein Entschädigungsgesetz, welches 1956 und 1965 ergänzt wurde. An der Ergänzung waren verschiedene jüdische Organisationen beteiligt. Bei der Entschädigung ging es im Wesentlichen um körperliche und psychologische Folgen der NS-Herrschaft.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik verstand die DDR die Wiedergutmachung zunächst anders: Hier ging es in erster Linie um Reparationszahlungen an die Sowjetunion und weniger um Rückerstattung an Einzelne. Internationale Forderungen nach Entschädigung wurden von der Regierung meist abgelehnt. Eine Ausnahme galt für diejenigen, die weiterhin ihren Wohnsitz im ostdeutschen Staatsgebiet hatten. Diese wurden als „Opfer des Faschismus“ anerkannt und erhielten soziale Unterstützung. Bei der Rückerstattung wurden Privatpersonen nicht bedacht, stattdessen wurde Gemeindeeigentum zurückgegeben.

## Z

### Zionismus

Die Idee des Zionismus entstand als Reaktion auf die zunehmende Verbreitung von Antisemitismus in Westeuropa und Angriffe auf jüdisches Leben in Form von Pogromen in Osteuropa. Vertreter:innen des Zionismus sind der Ansicht, dass die Rückkehr nach Israel ihre einzige Möglichkeit der Selbstverwirklichung und des Schutzes in Form eines eigenen Staates ist. Der Begriff Zion bezieht sich auf den Berg in Jerusalem, der symbolisch als historische Heimat der Judenheit gilt. Zionisten sind der Meinung, dass Jüdinnen und Juden, egal wie sehr sie

sich anpassen, Ausgrenzung und Vertreibung durch andere Nationen erfahren würden und daher selbst aktiv werden müssen, um sich zu emanzipieren und zu schützen. Zentral sind die Gedanken dieser Bewegung in Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat“ nachzulesen.

### **Zivilisationsbruch**

Der Begriff Zivilisationsbruch wird verwendet, wenn ein vermeintlich fortschrittlich entwickeltes Land bzw. seine Bevölkerung Verhaltensweisen aufzeigt, die in einer „zivilisierten“ Nation nicht erwartbar sind. Mit „zivilisiert“ ist dabei „fortschrittlich“ in dem Sinne gemeint, dass etwa Menschenrechte oder andere moderne Werte eingehalten werden. Die Wissenschaft nennt die Shoah einen Zivilisationsbruch, weil Deutschland bereits fortschrittliche gesellschaftliche und politische Entwicklungen vollzogen hatte, sodass hier kein systematischer Massenmord an Zivilist:innen erwartet worden wäre. Bereits Theodor W. Adorno sah die Shoah als einen „Rückfall in die Barbarei“, einen Rückfall in vormoderne Zeiten an. Mit der sogenannten Zivilisationsbruch-These wird betont, dass die Verbrechen der Nationalsozialist:innen auch deshalb einmalig in der Geschichte waren, weil sie von modernen Menschen begangen worden sind, die sich der Auswirkungen der Taten bewusst waren. Geprägt wurde die Zivilisationsbruch-These von dem Historiker Dan Diner.

# Methodenteil – Einführung zur Arbeit mit Archivquellen

## Archivquellen

In Archiven werden als einzigartige historische Dokumente unter anderem Akten und Urkunden verwahrt. Beide Quellenarten wurden nicht für künftige historische Forschungen angelegt, sondern zu dokumentarischen Zwecken von Herrschaft und Verwaltung.



Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg.

### Urkunden

Eine „Urkunde“ ist ein einzelnes Dokument, das am Ende eines Rechtsgeschäfts steht und verbindlich ein Ergebnis festhält. Beispielsweise wurde in einer Urkunde von König Karl IV. aus dem Jahr 1347 dokumentiert, dass der Magdeburger Erzbischof die Steuern der jüdischen Kaufleute Magdeburgs einziehen durfte.



Urkunde: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, U 1, Nr. 98.

### Akten

Weil Verwaltungen ab dem Spätmittelalter immer komplexer wurden, genügten Urkunden nicht mehr dem steigenden Bedarf an Verschriftlichung. Es wurden nun nicht mehr nur Inhalte von Herrscherentscheidungen und Rechtsgeschäften festgehalten, sondern auch deren Entstehung und Umsetzung. Deshalb wurden immer mehr Schriftstücke in „Akten“ abgelegt. Akten bilden also Herrschafts- und Verwaltungsprozesse ab. Sie dokumentieren die Kommunikation zwischen den Behörden und mit den Untertanen bzw. Bürger:innen und dienen als Gedächtnis der Verwaltung. Mit der allmählichen Professionalisierung der Bürokratie wurden Inhalt und Aufbau von Akten immer regelhafter und nachvollziehbarer.



Akte: Landesarchiv Sachsen-Anhalt, A 5, Nr. 722a

## Akten untersuchen

Die Quellen in diesem Bausteinheft stammen meist aus Akten. Doch entstanden sie in verschiedenen Jahrhunderten und sind auch in Form und Inhalt ganz unterschiedlich. Die hier dokumentierten Prozesse können die Neufassung oder Anwendung von Gesetzen und Verordnungen oder auch die Klärung eines Sachverhaltes betreffen. Akten enthalten alle Schritte und Erwägungen, die für die Bearbeitung relevant waren.

### Perspektivität

- Weil Akten einen Prozess dokumentieren, zeigen sie die Sicht der daran beteiligten Personen und Institutionen auf das jeweilige Thema. Bei der Interpretation von Quellen aus Akten kommt es also entscheidend auf die jeweilige Rolle und **Perspektive der Beteiligten** an.

### Jüdische Perspektiven in den Akten?

Die im Zusammenhang mit Verwaltungshandeln entstandenen Akten geben meist die Perspektive der Herrschenden wieder. Die Akten wurden von Regierungs- und Verwaltungsstellen angelegt, und **Jüdinnen und Juden waren Objekte des Verwaltungshandelns**. Dennoch können die Akten auch Auskunft über die jüdische Perspektive der jeweiligen Zeit geben, insoweit sie auch **Anfragen, Berichte, Aufzeichnungen** und **Eingaben** von Jüdinnen und Juden enthalten. So enthält **Q 8** einen Bittbrief der jüdischen Gemeinde aus Halle aus dem Jahr 1693, der den in der Akte dokumentierten Prozess angestoßen hat.

Wenn **Jüdinnen und Juden als Untertanen oder Bürger:innen mit einem Anliegen an Herrschende oder Behörden herantraten**, taten sie dies mit einer **Intention** und bestimmten Erwartungen an die Adressaten. Im Gegensatz etwa zu einem Tagebucheintrag sind diese Texte also von den jeweiligen Zielen und Motiven sowie einer Adressatenorientierung geprägt.



Akten zur jüdischen Geschichte, Foto: Riccarda Henkel.



Im Lesesaal des Landesarchivs in Magdeburg, Foto: Riccarda Henkel.

## Akten analysieren

### *Textsorte*

- Um was für ein Dokument innerhalb einer Akte handelt es sich (Gesetz, Edikt, Erlass, Verfügung, Eingabe, Bericht, Vermerk)?
- Welche Aufschlüsse und Erkenntnisse ermöglicht ein solches Dokument?

### *Entstehung der Quelle*

- Wann, wo und in welchem Zusammenhang wurde das Dokument erstellt?

### *Thema und Aussage*

- Worum geht es in der Quelle und was soll damit ausgesagt werden?

### *Verfasser:in und Intention*

- Wer hat den Text verfasst? Welche Angaben können zu der Person oder der Behörde bzw. Institution gemacht werden?
- Welche Perspektive hat der oder die Verfasser:in auf das Thema? In welcher Beziehung steht er oder sie zu dem Vorgang? Welche Interessen werden vertreten?

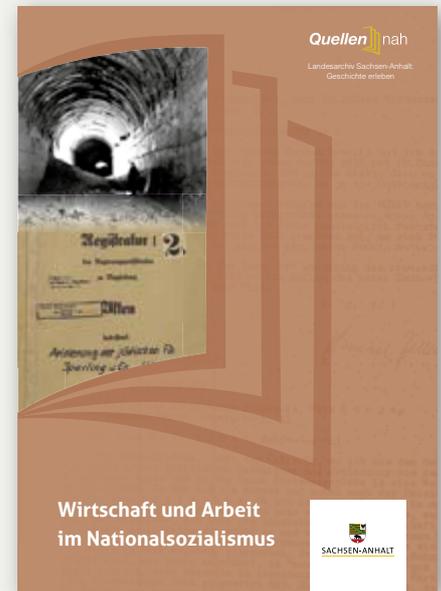
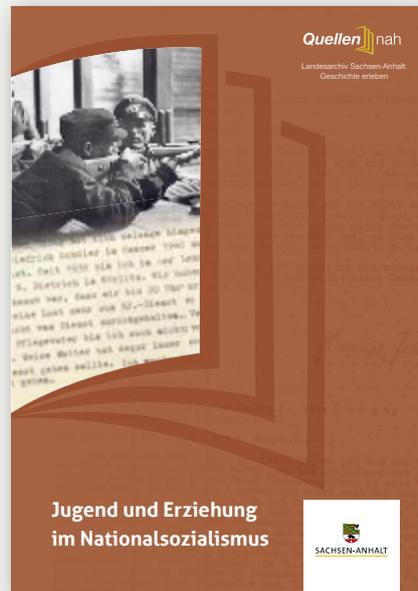
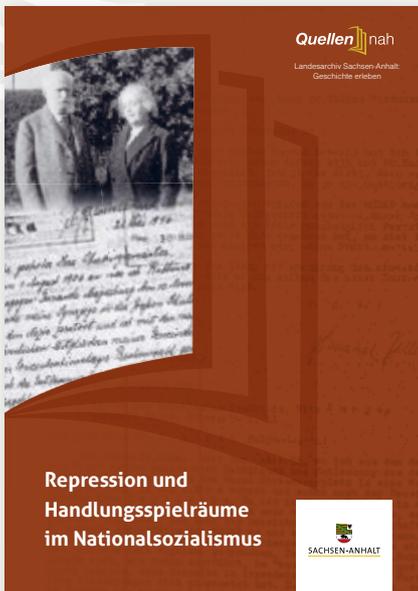
### *Adressat:in und Adressatenorientierung*

- Wer wird von der/dem Verfasser:in angesprochen (Behörde, Bevölkerung)?
- Wie könnte der Blick auf den/die Adressat:in die Darstellungsweise des/der Verfasser:in beeinflussen?

### *Darstellungsweise*

- Welche sprachlichen Mittel werden eingesetzt?
- Wie ist das Dokument gegliedert?

# Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus



## HEFT 1: Repression und Handlungsspielräume im Nationalsozialismus

Themen:

- Machtübernahme und frühe NS-Verbrechen: „Eisleber Blutsonntag“
- Entmachtung der Opposition
- Machtübernahme und „Gleichschaltung“: Unterdrückung oppositioneller Vereine und Verbände
- Novemberpogrom 1938
- Formen des Widerstandes und der Hilfe für Verfolgte
- Polizei im Nationalsozialismus: Terror- und Verfolgungsapparat
- Im Namen der Gerechtigkeit? Justiz im Nationalsozialismus
- Lager und Haftanstalten als Orte des Ausschlusses und der Verfolgung

## HEFT 2: Jugend und Erziehung im Nationalsozialismus

Themen:

- Schule und Universität
- Nationalpolitische Erziehungsanstalten (NPEA) und Nationalpolitische Bildungsanstalten (NAPOBI)
- Außerschulische Bildung und Freizeitangebote der Hitler-Jugend (HJ) und des Bundes Deutscher Mädel (BDM)
- Reichsarbeitsdienst (RAD)
- Unangepasste sowie „rassisch“ verfolgte Kinder und Jugendliche
- Mütter, Schwangerschaft und die NS-„Rassenideologie“

## HEFT 3: Wirtschaft und Arbeit im Nationalsozialismus

Themen:

- Gleichschaltung in Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Ausschluss von Oppositionellen
- Arbeitseinsatz und Arbeitsbeschaffung
- „Volksgemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“
- Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaft
- Aktion „Arbeitsscheu Reich“
- „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo
- Zwangsarbeit im Nationalsozialismus

### Informationen zur Bestellung

Die Materialien sind kostenfrei über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu beziehen.

# Bausteine zur Geschichte und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)



## HEFT 4: Repression und Handlungsspielräume in der DDR

Themen:

- Aufbau der Ein-Parteien-Herrschaft der SED
- Polizei in der SED-Diktatur
- Aufstand vom 17. Juni 1953 in Magdeburg
- Verfolgung und Diskriminierung in der DDR
- Flucht und Ausreise aus der DDR
- Kommunalwahl im Mai 1989
- Friedliche Revolution 1989 in Halle (Saale)

## HEFT 5: Jugend und Erziehung in der DDR

Themen:

- Bildung in der DDR
- „Freie Deutsche Jugend“
- Jugendkulturen in den 1970er und 80er Jahren
- „Umerziehung“ von Kindern und Jugendlichen

## HEFT 6: Wirtschaft und Arbeit in der DDR

Themen:

- Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft
- Arbeiten im Volkseigenen Betrieb
- Versorgungsmangel und Umweltzerstörung
- Der Weg zur deutschen Einheit und die wirtschaftliche Krise zu Beginn der 1990er Jahre

**Digitales Angebot**

Unter <https://landesarchiv.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah/> können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



← ... oder einfach den QR-Code scannen.

